autonomes
Blättchen



DEIN STICKER-SAMMELALBUM ZUR
G20-REVOLTE IN HAMBURG 2017

#31
Dez-Feb 2018

Liebe Freund*innen,

United we stand gegen die Pigs und Pics von der „Soko Schwarzer Block". Die bundesweiten Hausdurchsuchungen Anfang Dezember sollten Beweismittel gegen Betroffene eines Ermittlungsverfahrens sammeln - Vorwurf schwerer Landfriedensbruch. Anlass war u.a. eine Demonstration am Morgen des 7. Juli in Hamburg, die von der Polizei brutal angegriffen und aufgelöst wurde. Bei der Durchsuchung wurden vor allem Computer, Laptops, Handys und USB-Sticks beschlagnahmt. Festgenommen wurde niemand. Eine gute „Gelegenheit" linke Strukturen zu durchleuchten und einzuschüchtern. Haltet Eure Wohnungen weiter sauber - denn die Bullen haben weitere G20-Durchsuchungen durchblicken lassen - aber lasst Euch nicht von Euren Ideen und deren Umsetzungen abhalten.

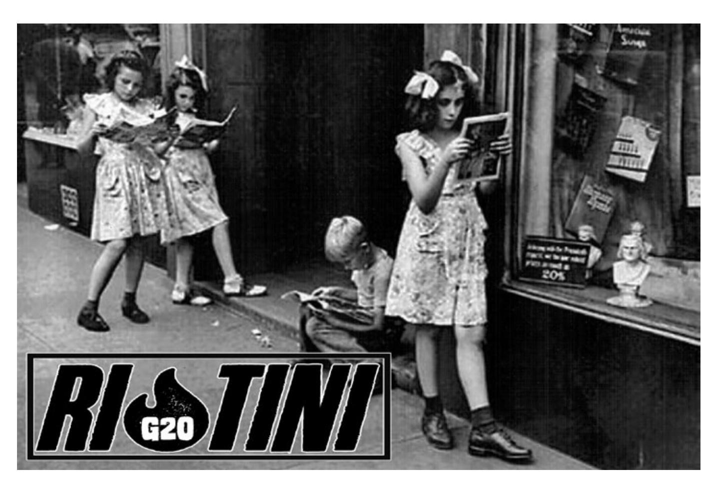
Mehrfach hat die BILD-Zeitung Bilder von G20-Aktivist*innen auf den Titel gedruckt und gefragt: „Wer kennt diese G20-Verbrecher? Sachdienliche Hinweise bitte an die nächste Polizei-Dienststelle." Jetzt hat die Polizei NDR, ZDF, N24, RTL, Sat.1 und n-tv sowie mehrere Produktionsfirmen um die Herausgabe ihres Videomaterials gebeten. Fast alle gaben nur Material raus, das ohnehin ausgestrahlt worden war – allerdings in besserer Qualität. Eine Produktionsfirma gab unveröffentlichtes Rohmaterial an die Bullen. Nicht das erste Mal, dass Quellenschutz nichts wert ist. Noch nie wurden und werden Bilder und Videos allerdings so systematisch und in solchem Umfang ausgewertet. Zukünftig wollen Innenmister und Polizei noch mehr „eigene" Bilder produzieren und diese automatisiert in Echtzeit auswerten. Auf der IMK fordern sie Kameras mit künstlicher Intelligenz auszustatten - das bedeutet automatisierte Gesichtserkennung aber auch selbstlernende Algorithmen zur Detektion von „abweichendem Verhalten".

Auch wir haben Bilder vom G20 - andere allerdings: RIOTINI, das Sticker-Sammel-Album zur G20-Revolte in Hamburg erinnert dich an die Ereignisse des Sommers. Tausche Sticker auf dem Schulhof, auf der Arbeit, im Wartezimmer, in der Kneipe…, mit deinen Genoss_innen und Mitstreiter_innen aus anderen Städten und Ländern. Und bist du einmal niedergeschlagen und hoffnungslos, dann kannst du dich mit einem Blick ins Album an all das Erlebte erinnern und dir klar machen, dass der Polizeistaat niemals stärker sein wird als das Verlangen nach Freiheit. Die weiteren Sticker zum Album findest du in Infoläden, Kneipen, Buchläden, Zentren oder bei *riotini.blackblogs.org*. Das Geld geht komplett an rebellische Gefangene vom G20 und anderen Kämpfen.

Und weil wir diesmal sehr viele Texte bekommen haben und euch auch einige Übersetzungen nicht vorenthalten wollen, ist diese Ausgabe aus Platzgründen etwas sparsam bebildert. Denkt Euch einfach die Bilder vom G20-Sammelalbum dazu.

Im Hambacher Forst sind manche nach dem Rodungsstopp im Dezember „vorsichtig optimistisch", dass RWE zunächst nicht weiter roden kann. Unterdessen versuchen RWE und IG-BCE vor Ort weiter Stimmung gegen die Waldbesetzung zu machen. Bereitet euch auf die nächste Runde vor oder nutzt die Atempause für Unterstützungsaktionen!

In Braunschweig hat die Gruppe IN/PROGRESS im September die Ausgabe #1 ihres neuen Print-Magazins IN/PRESS herausgebracht. Wir freuen uns vor dem Hintergrund der Angriffe auf indymedia in Deutschland und Frankreich über ein neues Print-Medium ...



Impressum:

Nr. 31 Dezember 2017- Februar 2018

Kontakt für Kritik und eigene Artikel:

E-Mail:
autonomes-blaettchen@nadir.org
PGP-Key auf Anfrage und auf der Homepage

Fingerprint:
2188 A430 857F 1DCE E089
B218 D4C7 A0F3 17BA D725

Post:
Erna Stark
Klaus-Müller-Kilian-Weg 1
30167 Hannover

Homepage:
autonomesblaettchen.noblogs.org
Alle Ausgaben gibts auch online. Außerdem könnt ihr uns Texte etc., anonym und ohne Angabe einer e-Mail-Adresse, über die Kommentarfunktion unser Homepage schicken. Wie das funktioniert wird dort erklärt.

Einsendeschluss:
normalerweise alle drei Monate:
1. März, *1. Juni, 1. September, 1. Dezember*

ViSdP:
Uwe Binias, Waterloostr. 9, Hannover

In diesem Blättchen...

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitung bleibt solange Eigentum der Absender_in, bis sie der_dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird ein Teil der Zeitung der_dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist dieser und nur dieser unter Angbe der Gründe für die Nichtaushändigung der_dem Absender_in zurückzusenden. Der Rest ist der_dem Gefangenen persönlich auszuhändigen.



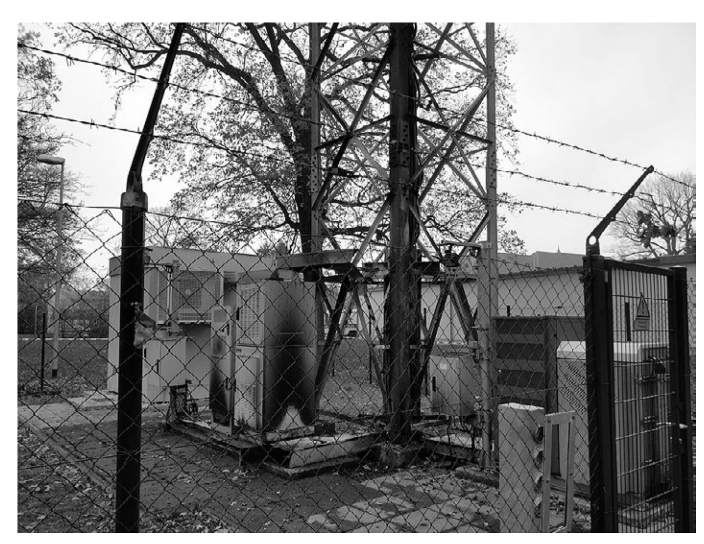
Spenden:

Spenden für das autonome Blättchen schickt ihr bitte gut verpackt an die Postadresse.

Info zu unserer Sprachpolitik:

In diesem Heft finden sich verschiedene Beiträge mit verschiedenen Sprachpraxen. Einige nutzen Sterne oder Unterstriche als Darstellungsraum für jene, die sich beispielsweise jenseits von Leser und Leserin definieren oder sich in beidem wiederfinden. Wir finden das richtig und verwenden diese Schreibweise dementsprechend in unseren Beiträgen. Wir würden uns wünschen, dass diese Praxis beibehalten wird. Das gilt auch für Übersetzungen, auch wenn wir wissen, dass das nicht immer ganz einfach ist. Drucken wir jedoch externe Beiträge ab, ändern wir die Schreibweise nicht eigenhändig. Einerseits kennen wir die Beweggründe der Autor_innen nicht und andererseits denken wir, dass die Sprachpraxis auch immer etwas über die Schreibenden und ihre Politik aussagt. Die Bewertung dieses Umstands liegt dann bei euch.

Polizei-Funkmast in Leipzig angezündet



Dokumentation:

„In offener Feindschaft mit dem Staat und seinen Schergen haben wir am Abend des 8.11. Feuer unter einem Funkmast der Schweine gelegt. Wir unterstützen damit den Aufruf gegen die Innenministerkonferenz die am 7. und 8. Dezember in Leipzig stattfinden wird.

Unsere Solidarität gilt allen kämpferischen Gefangenen! Freiheit für Nero und Fabio!"

anonym

Presse: Leipzig, 9. November
In der Nacht zum Donnerstag ist auf einen Telekommunikationsmast der Polizei in der Hans-Driesch-Straße ein Anschlag verübt worden. Dadurch wurde der Funkverkehr der Einsatzkräfte in Leipzig gestört.

Leipzig. Ein Funkturm von Polizei und anderen Sicherheitsbehörden in Leipzig ist in der Nacht zum Donnerstag Ziel eines Anschlags geworden. Unbekannte setzten den Mast neben dem Polizeigelände in der Hans-Driesch-Straße in Leutzsch gegen 23 Uhr in Brand, teilte das sächsische Landeskriminalamt (LKA) mit. Beim Eintreffen der Beamten stand die Anlage in Flammen. Durch das Feuer sei auch der Funkverkehr der Einsatzkräfte in Leipzig gestört worden, so LKA-Sprecher Tom Bernhardt. Es entstand rund eine halbe Million Euro Schaden.

Die Täter waren gewaltsam in das umzäunte Areal eingedrungen und hatten die Schaltkästen am Fuß des Stahlmasts angezündet. Zuvor sollen sie laut Medienberichten auch mehrere Kabel durchtrennt haben. Die Funkanlage wird von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS) genutzt – darunter neben der Polizei auch Feuerwehr und Rettungsdienste. Auch Mobilfunkanbieter senden von dort ihre Signale. Ein politisch motivierter Hintergrund der Tat wird vom LKA geprüft. Ein Bekennerschreiben gibt es bislang nicht.

[...] Innenminister Ulbig verurteilt Anschlag
Sachsens Innenminister Markus Ulbig (CDU) fand nach dem Angriff deutliche Worte. „Der Anschlag auf die Funk-Basisstation in Leipzig ist nicht nur ein Anschlag auf ein wichtiges technisches System, sondern ein Angriff auf die Polizei und den Rettungsdienst im Freistaat insgesamt", sagte Ulbig der Deutschen Presse-Agentur. „Ich verurteile diesen feigen Brandanschlag scharf und hoffe, dass der oder die Täter schnell gefasst werden, um sie dann zügig zur Verantwortung zu ziehen und entsprechend hart zu bestrafen." Den Kriminellen müsse klar sein, dass derartige Straftaten unter Umständen sogar Menschenleben gefährden können.

Unsere Solidarität gegen ihre Repression!

Gemeinsam gegen die Kriminalisierung des Widerstands gegen den G20!

Am Dienstagmorgen gab es eine bundesweite Durchsuchungswelle gegen linke Strukturen, Gruppen und Einzelpersonen wegen der polizeilichen Ermittlungsmaßnahmen gegen die G20-Proteste in Hamburg. Auf Initiative der Hamburger Sonderkommission „Soko Schwarzer Block" sollten Beweismittel gegen Betroffene eines Ermittlungsverfahrens wegen des Vorwurfs des schweren Landfriedensbruchs gesammelt werden. Anlass ist u.a. eine Demonstration am Morgen des 7. Juli in Hamburg, die von der Polizei brutal angegriffen und aufgelöst wurde. Bei der Durchsuchung wurden vor allem Computer, Laptops, Handys und USB-Sticks beschlagnahmt. Festgenommen wurde niemand.

Wir erklären uns mit allen Betroffenen der Polizeiaktion solidarisch. Wir werden es nicht zulassen, dass einzelne kriminalisiert werden: Betroffenen waren gestern einige, gemeint sind wir alle. Die offenkundige Absicht der Delegitimierung der Proteste gegen das Treffen der G20 in Hamburg wird so wenig gelingen, wie das dahinter stehende Kalkül, im Nachhinein zu spalten. Ein vielfältiger, kreativer, entschlossener und auch militanter Protest hat es im Juli geschafft, die Propagandaveranstaltung nachhaltig zu behindern. Nicht die offizielle Gipfelinszenierung, sondern die Proteste dagegen haben die Bilder bestimmt. Das ist auch deswegen gelungen, weil unterschiedlichste politische Gruppen spektrenübergreifend ein gemeinsames Protestziel verfolgt haben.

Die polizeiliche Durchsuchungsaktion war nicht der Versuch, „Straftaten" aufzuklären. Hamburgs Polizeiverantwortliche tun das, was sie in den letzten Jahren immer wieder getan haben: Getrieben von einem manifesten Feindbilddenken wird politisches Engagement und Gesinnung kriminalisiert. Es soll vor allem Stimmung gegen linke Strukturen und Zusammenhänge gemacht werden.

Das Ergebnis ist allerdings absurd. Da wird großkotzig behauptet, mit der gestrigen Aktion würden angebliche klandestine autonome Organisationsstrukturen offengelegt. Warum 600 Polizeibeamte z.B. Aktivist_innen der verdi-Jugend, Kreisabgeordneten der Piratenpartei und offen arbeitende politische Zentren durchsuchen, wird wohl das Geheimnis der Soko „Schwarzer Block" bleiben. Wahrscheinlich weiß die Soko-Führung tatsächlich nicht, dass es im Juli kein „autonomes Oberkommando" gebraucht hat, um vielfältige und effektive Aktionsformen gleichzeitig und an unterschiedlichen Orten auf die Straße zu bringen. Eine Stärke von autonomen und undogmatischen Zusammenhängen ist es nun mal gerade, dezentral, in Eigenverantwortung und selbstbestimmt zu agieren.

Wahrscheinlich wird demnächst auch endlich die öffentlichkeitswirksame Razzia in der Roten Flora stattfinden. Weil die Soko „Schwarzer Block" auf den großen Fund unserer geheimen und hinterhältigen Pläne spekuliert und wir selbstverständlich das alles fein archiviert haben, wird auch der letzte Schleier der militanten G20-Planungen dann gelüftet sein. Aber im Ernst: Es wird weitere Versuche der Kriminalisierung, der Hetze und Denunziation linken Widerstands unter dem Vorwand der Aufklärung von Straftaten geben.

Wir werden uns nicht einschüchtern lassen. Anna und Arthur halten das Maul! Keine Zusammenarbeit mit staatlichen Repressionsorganen!

Freiheit für alle, die immer noch im Knast sitzen.
United we stand....
P.S.: G20 ist und bleibt Scheisse!!!!!

Rote Flora 06.12.2017

Erklärung von Fabio V. im Amtsgericht Hamburg-Altona

Sitzung am 07. November 2017

Frau Richterin, Frau Schöffin, Herr Schöffe, Frau Staatsanwältin, Herr Jugendgerichtshelfer,

Sie müssen heute über einen Mann urteilen. Sie haben ihn als „aggressiven Kriminellen" und als „respektlos gegenüber der Menschenwürde" bezeichnet. Mich persönlich kümmert es nicht, mit welchen Attributen Sie mich benennen. Ich bin nur ein Junge mit einem starken Willen.

Zunächst einmal möchte ich sagen, dass die Herrschaften Politiker, Polizeikommissare und Staatsanwälte wahrscheinlich glauben, dass sie den Dissens auf den Straßen aufhalten können, indem sie ein paar Jugendliche festnehmen und einsperren. Wahrscheinlich glauben diese Herrschaften, dass das Gefängnis ausreicht, um die rebellischen Stimmen aufzuhalten, die sich überall erheben. Wahrscheinlich glauben diese Herrschaften, dass die Repression unseren Durst nach Freiheit aufhalten wird. Unseren Willen, eine bessere Welt zu erschaffen.

Nun gut, diese Herrschaften täuschen sich. Sie liegen falsch, das beweist auch die Geschichte.Denn wie ich mussten bereits unzählige junge Menschen Gerichtsverfahren wie dieses hier durchleben.

Heute ist es Hamburg, gestern war es Genua und davor wiederum war es Seattle. Sie versuchen, die Stimmen der Rebellion, die sich überall erheben, mit allen „legalen" Mitteln und „prozessrechtlichen Maßnahmen" einzugrenzen.

Wie dem auch sei, wie auch immer die Entscheidung des Gerichtes lauten wird, sie wird nichts an unserem Protest ändern. Denn noch viele junge Männer und Frauen, die von den gleichen Idealen angetrieben werden, werden auch weiterhin überall in Europa auf die Straßen gehen, ohne sich dabei um die Gefängnisse zu kümmern, die Sie mühevoll versuchen, mit politischen Gefangenen zu füllen.

Aber kommen wir nun zum Punkt, Frau Richterin, Frau Staatsanwältin, Frau Schöffin, Herr Schöffe, Herr Jugendgerichtshelfer.

Kommen wir zum Punkt.

Wie Sie sich vorstellen können, werde ich heute in Bezug auf die Sache, wegen der ich angeklagt bin, von meinem Recht zu schweigen Gebrauch machen. Aber ich möchte etwas über die Beweggründe sagen, weswegen ein junger Arbeiter aus einer abgelegenen Stadt in den östlichen Voralpen nach Hamburg gekommen ist. Er tat dies, um sein Missfallen am G20-Gipfel zum Ausdruck zu bringen.

G20. Allein der Name an sich hat etwas Perverses.
20 Menschen, Männer und Frauen, welche die reichsten Industrieländer der Welt vertreten, versammeln sich um einen Tisch. Sie sitzen alle zusammen, um über unsere Zukunft zu entscheiden. Ja, ich habe es richtig gesagt: „unsere" Zukunft. Meine Zukunft, die Zukunft aller Menschen, die heute hier in diesem Saal sitzen, sowie die Zukunft weiterer 7 Milliarden Menschen, die auf unserer schönen Erde wohnen.
20 Menschen entscheiden über unser Leben und unseren Tod.

Selbstverständlich ist die Bevölkerung zu diesem netten Bankett nicht eingeladen. Wir sind nichts anderes als die dumme Schafsherde der Mächtigsten der Welt. Hörige Zuschauer dieses Theaters, in dem eine Handvoll Menschen die ganze Menschheit in der Hand hat.

Frau Richterin, ich habe lange darüber nachgedacht, bevor ich nach Hamburg gekommen bin.

Ich habe an Herrn Trump gedacht und an seine Vereinigten Staaten von Amerika, die sich unter der Flagge der Demokratie und der Freiheit für die Polizisten der ganzen Welt halten. Ich habe an die vielen Konflikte gedacht, die der amerikanische Riese in jeder Ecke des Planeten anstiftet. Von Nahost bis nach Afrika. Alles mit dem Ziel, die Kontrolle über die eine oder andere Energiequelle zu erlangen. Nicht so wichtig, dass dann immer die gleichen sterben: Zivilisten, Frauen und Kinder.

Ich habe auch an Herrn Putin gedacht, den neuen Zaren Russlands, der in seinem Land systematisch die Menschenrechte verletzt und sich über jegliche Art von Opposition lustig macht.

Ich habe an die Saudis und an ihre auf Terror gründenden Regierungen gedacht, mit denen wir westliche Länder riesige Geschäfte machen.

Ich habe an Erdogan gedacht, der seine Gegner foltert, tötet und einsperrt.

Ich habe auch an mein eigenes Land gedacht, in dem jede Regierung mit Gesetzesdekreten pausenlos die Rechte von Studenten und Arbeitnehmern beschneidet.

Kurzum, das sind sie, die Hauptdarsteller des prächtigen Banketts, das im letzten Juli in Hamburg stattgefunden hat. Die größten Kriegstreiber und Mörder, die unsere heutige Welt kennt.

Bevor ich nach Hamburg kam, habe ich auch an die Ungerechtigkeit gedacht, die unseren Planet zerstört. Es scheint mir schon fast banal zu wiederholen, dass 1% der reichsten Bevölkerung der Welt genau so viel Reichtum besitzt wie 99% der ärmsten Bevölkerung zusammen. Es scheint mir schon fast banal zu wiederholen, dass die 85 reichsten Menschen auf der Welt genau so viel Reichtum besitzen wie 50% der ärmsten Bevölkerung der Welt zusammen. 85 Menschen gegenüber 3,5 Milliarden. Nur ein paar Zahlen, die ausreichen, um eine Vorstellung zu bekommen.

Und dann, Frau Richterin, Frau Schöffin, Herr Schöffe, Frau Staatsanwältin, Herr Jugendgerichtshelfer, bevor ich nach Hamburg kam, habe ich an meine Stadt gedacht: an Feltre. Das ist der Ort, an dem ich geboren wurde, an dem ich aufgewachsen bin, an dem ich leben möchte. Es ist ein kleines mittelalterliches Städtchen, das wie ein Juwel in die östlichen Voralpen eingelassen liegt. Ich habe an die Berge gedacht, die sich bei Sonnenuntergang rosa färben. An die wunderschönen Landschaften, die ich das Glück habe aus dem Fenster meines Zuhauses sehen zu können. An die umwerfende Schönheit dieses Ortes.

Und dann habe ich an die Flüsse in meinem schönen Tal gedacht, die von den vielen Unternehmern geschändet werden, die Genehmigungen haben wollen, um dort Elektro-Wasserwerke zu bauen, unbeachtet der Schäden, die sie der Umwelt und der Bevölkerung zufügen. Ich habe an die Berge gedacht, die vom Massentourismus befallen werden und zu einem grausigen Militärübungsplatz geworden sind.

Ich habe an den wunderschönen Ort gedacht, an dem ich lebe und der an skrupellose Geschäftemacher verscherbelt wird. Genauso wie viele andere Täler in jeder Ecke des Planeten, in denen die Schönheit im Namen des Fortschritts zerstört wird.

Angetrieben von all diesen Gedanken hatte ich mich also entschieden, nach Hamburg zu kommen und zu demonstrieren. Hierher zu kommen, war für mich mehr eine Pflicht als ein Recht.

Ich habe es für richtig gehalten, mich gegen diese gewissenlose Politik zu erheben, die unsere Welt in den Abgrund treibt.

Ich habe es für richtig gehalten zu kämpfen, damit zumindest etwas auf dieser Welt ein bisschen menschlicher, würdevoller, gerechter wird.

Ich habe es für richtig gehalten auf die Straße zu gehen, um daran zu erinnern, dass die Bevölkerung eben keine Schafsherde ist und dass sie in Entscheidungsprozesse involviert werden muss.

Die Entscheidung, nach Hamburg zu kommen, war eine parteiische Entscheidung. Es war die Entscheidung, mich auf die Seite von denen zu stellen, die um ihre Rechte kämpfen. Und gegen die, die sie ihnen wegnehmen wollen. Es war die Entscheidung, mich auf die Seite der Unterdrückten zu stellen. Und gegen die Unterdrücker. Es war die Entscheidung, gegen die kleineren und größeren Mächtigen zu kämpfen, die unsere Welt behandeln, als wäre sie ihr Spielzeug. Und denen es dabei egal ist, dass immer die Bevölkerung ihren Kopf dafür hinhalten muss.

Ich habe meine Entscheidung getroffen und habe keine Angst davor, wenn es einen Preis geben wird, den ich ungerechterweise dafür zahlen muss.

Nichtsdestotrotz gibt es noch etwas, das ich Ihnen sagen möchte, ob Sie mir es glauben oder nicht: Gewalt mag ich nicht. Aber ich habe Ideale und ich habe mich entschieden, für sie zu kämpfen.

Ich bin noch nicht fertig.

In einer historischen Zeit, in der überall auf der Welt neue Grenzen entstehen, neue Zäune mit Stacheldraht aufgebaut und von den Alpen bis zum Mittelmeer neue Mauern errichtet werden, finde ich es wundervoll, dass Tausende junger Menschen aus jedem Teil Europas bereit sind, gemeinsam in einer einzigen Stadt für ihre Zukunft auf die Straße zu gehen. Über jede Grenze hinaus. Mit dem einzigen Ziel, die Welt etwas besser zu machen als wir sie vorgefunden haben.

Denn, Frau Richterin, Frau Schöffin, Herr Schöffe, Frau Staatsanwältin, Herr Jugendgerichtshelfer, wir sind nicht

die Schafsherde von zwanzig mächtigen Herrschaften. Wir sind Frauen und Männer, die das Recht haben wollen, über ihr eigenes Leben selbst zu entscheiden. Dafür kämpfen wir. Und dafür werden wir weiterkämpfen.

Solidarität und Gedanken zum Knast

Dokumentation: Berlin, November 2017

„Ein Paar Nächte zurück holen..

„Ein wirklich militantes Denken meint aber was anderes, das ist nicht aufgetrennt, sondern auf das Ziel gerichtet, wie man es will und darum mit allem kämpft,
wo man alles reinlegt,
weil man so leben will..." (80er Jahre).

Getroffen von den kämpferischen und klaren Worten Fabios, die er im Prozesssaal in Hamburg den Schweinen entgegen rief, wurde uns warm ums Herz und wir mussten lächeln bei dem Gedanken, doch irgendwie das richtige zu tun oder zu versuchen und damit nicht alleine zu sein.

Wir dachten auch an Nero, der hinter den Mauern in Moabit gefangen bleibt und ganz bestimmt sehr vielen Menschen fehlt.

Wir glauben, dass es wichtig ist, die Gefangenen und Verdächtigen nicht als Opfer zu sehen, die es leider nicht rechtzeitig geschafft haben vor den Schlagstöcken auszuweichen, dem Auge der Kamera zu entweichen oder die Beine in die Hand zu nehmen und zu rennen.

Fabio hat es damit ausgedrückt, dass es seine aktive Entscheidung war nach Hamburg zu fahren und dass hinter dieser Entscheidung Argumente und ein politisches Verständnis über die Gesamtscheiße stecken. Es waren nicht der Zufall der Atmosphäre vor Ort, der Rausch oder die Trunkenheit. Er war in Hamburg, um dort seine Wut auszudrücken, um dort Andere zu treffen, die dasselbe vor hatten. Er hat den Widerstand geplant, weil er davon überzeugt ist, das richtige zu wollen.

Und auch Nero ist wohl nicht durch Zufall in die Maschinerie hinein geraten. Er wurde nicht auf dem Weg ins Matrix von einer Streife verfolgt.

Wir sollten die Gefangenen, die uns Grüße senden auch so einschätzen. Sie wissen, was sie tun und sie brauchen die Unterstützung von außen, um diese Entschlossenheit weiter zu tragen.

Klar sind Bullen und Justiz Täter*innen und verantwortlich für das Festnehmen und Einsperren, für das Zusammenschlagen und Morden. Aber die Entscheidung auf der richtigen Seite stehen und dafür kämpfen zu wollen heißt, diese Strukturen und Kreaturen nicht als Hindernis zu betrachten, auf dem Weg in eine andere Gesellschaft, sondern als Angriffsziele und Gegner*innen. Egal für welche Methode wir uns entscheiden: Sitzblockade, Graffiti, Steinwurf... Wenn das Ziel darüber hinaus geht, sind wir bei einer Festnahme keine Opfer, sondern diese Festnahmen und Strafbefehle sind Teil unseres Lebens. Nicht der Bullengriff ist die Ursache der Gefangenschaft, sondern unsere Lebenseinstellung in dieser Gesellschaft und das Ziel, das für uns darin besteht, deren Existenz auszulöschen, ihre Strukturen, die Knäste, die Abschreckung und Normierungs-gewalt. Das soll nicht nach einer Legitimierung der Gewalt der Bullen und Gerichte klingen, es soll ausdrücken, dass wir niemals inerhalb dieses Systems legitim gegen dieses System kämpfen können. Wir werden immer Staatsfeinde bleiben.

Wir sollten genau deshalb so vorsichtig wie nötig vorgehen und ihnen so viele Hindernisse wie möglich in den Weg legen, damit sie uns nicht kriegen. Aber der Knast darf kein Bedrohungszenario sein, das uns lähmt und uns hindert konsequent zu bleiben. Wir können daran arbeiten, Repression nicht als Niederlage sondern als Konsequenz und als weiteren Grund wahrzunehmen, Wut zu entwickeln, und zurück zu schlagen.

Es wäre schön, wenn noch mehr Gefangene sich äußern und ein Zeichen nach draußen senden würden. Für die Solidarität hinter den Mauern und um hier draußen dem oft abstrakten Kampf gegen Knäste und Richter*innen einen Bezugspunkt geben zu können, einen Willen.

Wir dachten an dich, Nero, als wir die Autos der Firmen Wall AG und WISAG in den Nächten der letzten Woche den Flammen überlassen haben.

Wir dachten darüber nach, wie Solidarität funktionieren könnte, über die Mauern hinweg, und wir hoffen, dass dich diese Rauchzeichen erreichen werden.

Wir schicken solidarische Grüße an all diejenigen, die in denselben Nächten in Berlin unterwegs waren..
..deren Kanister vor dem Amtsgericht liegen geblieben sind (Wir hoffen auf Zeitverschwendung der Spurensicherung),
..an die Brandstiftenden, die in Treptow parallel zündelten,
..an die begabte Gang, die in Wedding das Student*innenwohnheim mit Farbe so richtig gründlich im Stadtbild hervor heben wollte.

Für stets motivierte Nachtaktive!
Until all are free!
Freiheit für Nero und Fabio!"

anonym
Quelle: Indymedia, dort zensiert

Krawall und Kontrolle

Es ist schon einiges gesagt worden zur G20-Randale, wie auch zu zahlreichen anderen Terminen, zu welchen sich linksradikale Horden zusammenrotteten, um ansehnliche Sachbeschädigungen von der Fantasie in die Tat umzusetzen. Einiges, sowohl von der Anzahl, als auch von der Unterschiedlichkeit der Positionen her. Wenn hier nun erneut ein Anlauf gemacht wird, sich mit dem Thema Krawall und Randale zu beschäftigen, dann nicht unbedingt deswegen, weil hier etwas gesagt wird, was noch nicht gesagt wurde, oder weil uns die explizite G20 Nachbereitung so wichtig ist, sondern unter anderem auch deswegen, weil das, was hier gesagt werden soll, vielleicht noch nicht oft genug gesagt wurde. Dies mag insoweit irritieren, als ja Hefte wie das Blättchen, oder aber auch die Interim und auch die entsprechenden Seiten im Internet voll sind mit Artikeln zu diesem Thema. Doch im Vergleich zum gesamten Output, den die Menschen, die sowohl positiv wie auch negativ dem Krawall gegenüberstehen, ist die krawallfreundliche Sicht doch eher in der Unterzahl. Zudem haben weder die Mainstreammedien, mit denen wir nichts zu schaffen haben wollen, wie auch die Politik und die Repressionsorgane nicht aufgehört, Stimmung gegen den Krawall und alle, die sich daran beteiligten zu machen. Dass es dabei nicht nur um Stimmung, sondern auch um die Zersetzung und Beschädigung unserer politischen wie sozialen Gefüge geht, zeigt sich am Verbot von linksunten, an den laufenden Gerichtsprozessen und auch an den autoritären Überlegungen der Parteien in einigen Städten, gegen die bisher unterstützten linken soziokulturellen Zentren vorzugehen.

Unter dieser Perspektive ist erneut das Wort zu ergreifen und für die drastische Art sich in ein praktisches Verhältnis zum Gegebenen zu setzen Partei zu ergreifen, darauf abzielend auch auf inhaltlicher Ebene die Tür offen zu halten, welche auf den Straßen mit Steinen und Feuer aufgebrochen wurde. Dabei wird ein Aspekt in den Vordergrund gestellt, welcher immer wieder gegenüber dem Krawall ins Feld geführt wird: Seine Unkontrolliertheit, seine Aggressivität, seine ungestüme Sinnlosigkeit und Heftigkeit gegenüber den Sachen, die von den Menschen als Teil einer neutralen Allgemeinheit wahrgenommen werden. Dabei sind es nicht nur Politik, Repression und Medien, die voller Ekel und Erschrecken über die Krawallos und Krawallas schimpfen. Der Widerwillen gegen deren Zügellosigkeit setzt sich fort in den rechten Rand der linken Bewegung, wo sich die Forderung ebenfalls verdichtet, dass der Krawall nicht zügellos sein darf, dass er innerhalb bestimmter Grenzen und Verkehrsformen verbleiben soll, dass er nicht so sinnlos daher kommen darf.

Zwar drückt sich in manchem Krawall auch eine systematische und gut durchdachte Planung aus, wie auch eine gute Vorbereitung der Handelnden. Doch erstreckt sich das nicht in Gänze auf den gesamten Krawall. Vielmehr ist er ein vorbereiteter Kontrollverlust. Und dieser Kontrollverlust ist notwendig, damit es Krawall und Randale überhaupt gibt. Dabei meint die wegfallende Kontrolle zum einen die Kontrolle durch die Polizei ganz konkret und mit ihr die Kontrolle der Gesellschaft., wie auch die Kontrolle der Einzelnen über sich, bzw die Kontrolle, die die Einzelnen über sich in der inneren Unterwerfung gegenüber der sonst äußerlichen Repression ausüben.

Der Kontrollverlust bedeutet dabei gar nicht nur etwas Gutes: Das Überschreiten der Grenze des Akzeptablen, des Legalen, führt zu einer Situation, die zu zum Teil sehr heftiger Repression und Gewalterfahrung führen kann. Und zwar für alle, die mit ihm konfrontiert sind, also den Krawallos und Krawallas, den Bullen, und den Zuschauer_innen.

Viele Menschen haben vor diesem Kontrollverlust Angst, und diese Angst hat vielerlei Gründe. Zum einen haben die Menschen gelernt, die Repression zu fürchten. Schon seit der frühesten Kindheit machen viele Menschen die Erfahrung, dass das Übertreten der gesetzten Grenze zu einer Aggression seitens einer Autorität führt, und das der sicherere Status der stabile ist, also der Zustand, der sich innerhalb der gesteckten Grenzen abspielt. Dabei wird nicht nur die Reaktion auf die eigene Grenzübertretung gefürchtet, sondern auch die Reaktion auf die Grenzübertretungen anderer, denn auch sie bedeuten die Destabilisierung eines als harmonisch erlebten Zustandes. Die Angst vor Repression fällt dabei schon bei Kindern unterschiedlich aus: Während das eine sich daran macht, die verbotene Kiste mit den Süßigkeiten vom Schrank zu angeln, in der Absicht, sie zu stehlen oder noch an Ort und Stelle zu verschlingen, steht das andere daneben, von einem Fuß auf den anderen tippelnd, an den Fingern nagend, unschlüssig ob es der Angst nachgibt und forteilt, oder der eigenen Gier nach Süßem folgt und sich an dem Beutezug beteiligt. Das dritte Kind hingegen mag schon auf dem Weg zum bösen Vater sein, die anderen verratend. Die Furcht der Kinder richtet sich dabei nicht auf das Verschlingen der Süßigkeiten, sondern auf die folgende Verwüstung der Küche, die durch die aggressive Autorität umgesetzt wird. Das dritte Kind hat die Gewaltdrohung des Vaters als Verhaltensstruktur schon so weit verinnerlicht, dass es zwischen den eigenen Interessen und denen des Vaters nicht mehr zu unterscheiden mag. Im Dienste des Vaters fallen dem Kind möglicherweise schon eigene Argumente ein, welche gegen die Erbeutung der Süßwaren spricht, die der Vater niemals geäußert hat.

Neben der Furcht vor der Autorität und ihrer Reaktion macht auch die im Krawall zu erfahrende Praxis Angst. Sicher, sie kann auch ein Gefühl von Macht und Stärke vermitteln, vor allem, wenn sich jemand selbst durch sein Handeln aus gedanklichen Ketten befreit und seinen Gefühlen freien Lauf lässt, aber in der Rezeption von außen ist dies wohl eher selten unmittelbar der Fall. Auch erleben sicher nicht alle den Krawall auch als Teilnehmende als nur positiv. Das Knallen, Krachen, Klirren, Zersplittern, Verwüsten, die Hitze des Feuers, all das kann auch zur ängstigenden Überforderung werden, eben auch, weil

das, was geschieht durch die Heftigkeit sehr unmittelbar erlebt wird und zugleich durch einen einzelnen Menschen nicht kontrollierbar ist. Je heftiger der Krawall ausfällt, desto schwerer verdaulich ist er.

Auch zählen im temporären Verlust der Kontrolle die üblichen Konventionen nicht. Sowohl nach Innen kann es vorkommen, dass nicht mehr miteinander geredet, sondern nur noch gebrüllt wird und jedwedes gute Benehmen flöten geht, als auch im Bezug der Krawallierenden nach außen. Hiermit ist unter anderem auch die Perspektive der Bullen gemeint, die von außen auf einen Krawall stoßen. Im allgemeinen können sie davon ausgehen, dass sie respektiert werden, im Moment des Krawalls können sie gut und gerne davon ausgehen, dass ihre Unversehrtheit nichts mehr zählt. Für Passant_innen gilt dies zwar weniger, allerdings können sie erfahren, dass zumindest ein Teil ihres Eigentums keinen Cent wert ist.

Dieser Umstand, dass die Konventionen nicht mehr gelten, stößt auch in einem Teil der Linken sauer auf. Denn auch die Linke hat Verkehrsformen mit der Macht ausgehandelt. Es folgt dem Prinzip: Wenn wir nicht über die Stränge schlagen, schlagt ihr auch nicht über die Stränge, oder besser gesagt: Wir machen es so, wie ihr es erlaubt und hoffen darauf, dass ihr uns dann nicht schlecht behandelt. Es geht diesem Teil der Linken, der vor allem im legalen Rahmen und in Aktionen des zivilen Ungehorsams seinen Ausdruck findet, wie dem Kind aus dem Süßigkeitenbeispiel, dass, obwohl es die Süßigkeiten nicht klaut, weiß, dass die Aggression des bösen Vaters alle Kinder gleich treffen wird. Alle, außer denen die gepetzt haben, auf jeden Fall aber auch jene, die zumindest in der Nähe waren und den Blick nur allzuoft Richtung Schokolade warfen. Die Annahme der im weitesten Sinne friedlich Demonstrierenden, dass ein wenn auch lokal und temporär begrenzter Kontrollverlust ihre eigenen sicheren Verkehrsformen betreffen wird, ist sehr berechtigt. Wenn es einen Krawall gibt, gerade einen, in welchem die Bullerei nichts ausrichten konnte, so nimmt sie Rache an allen, die sie, wenn auch im vollen Bewusstsein, dass es falsch ist, irgendwie mit den Krawallas und Krawallos identifizieren. Der Kontrollverlust bringt damit auch alle in Gefahr, für etwas verantwortlich gemacht zu werden, wofür sie sich dann doch nicht verantwortlich fühlen und es auch vermutlich nicht sind.

Damit wird das Geschehen rund um den Krawall nicht erlebt als eigenes, sondern als Fremdes, etwas, dem man äußerlich ist. Und diese Äußerlichkeit findet ihren Ausdruck in einer distanzierten Betrachtung und einer ebenso distanzierten Analyse des Geschehens. Speziell für Hamburg zeigte sich das auf verschiedene Weise: Das Abbrennen von Billigautos wurde heftig kritisiert. Das Auftreten bei der Kiezrandale wurde kritisiert. Interessant ist, dass hier so getan wird, als sei zwar Militanz die eigene Sache, nicht jedoch deren unkontrollierter Ausdruck. Militanz sei eben nur dann wünschenswert, wenn sie mit klarem Kopf und sinnvoll betrieben wird. Nicht unbedacht solle irgendetwas geschehen, weil man sonst im Fernsehen das Bild eines Rowdys bekommen würde, was, so der Wunsch, nicht der Fall sei, wenn nur zielgerichtet und irgendwie im Auftritt angemessen randaliert würde. Die Analyse findet hier nicht nur in zeitlicher, sondern auch in inhaltlicher Distanz statt. Dagegen ist für sich genommen wenig einzuwenden, sofern in der Analyse die Situation, um die es geht nicht nur als Gegenstand der Kritik irgendwie eingeht, sondern die Situation vielmehr in der Kritik aufgeht. Das bedeutet aber auch, dass sie von der unmittelbaren Erfahrung des Krawalls und seinen unmittelbaren Notwendigkeiten nicht getrennt werden darf. Und über die Notwendigkeiten kann nicht nur abstrakt geurteilt werden, indem festgestellt ist, was objektiv zu den Bedingungen und Notwendigkeiten des Krawalls gehört, sondern es muss darin eben auch aufgehen, was die konkrete Voraussetzung derer war, die sich am Krawall beteiligten, mitsamt auch deren Ängsten, Gefühlen, Absichten, Hintergründen. Eine Kritik, die dies nicht berücksichtigt, bleibt der Sache gegenüber äußerlich und damit in einem zentralen Punkt falsch.

Es gibt weitere Sichtweisen, an welchem sich zeigt, dass die Kritik am Krawall diesem äußerlich bleibt. In einer wird die Randale verklärt zu einem spontanen und verständlichen Reflex auf die Gewalt der Polizei. In dieser Betrachtung steht damit dem Bild des Krawallos und der Krawalla, die als Rowdys völlig hirn- und sinnlos Gewalt anwenden, ein Randalierender gegenüber, der randaliert, weil er selbst Gewalt erfuhr und bei friedlichem Verlauf selbst friedlich geblieben wäre. Das mag zwar auf eine Reihe von Leuten zutreffen, jedoch definitiv nicht auf alle.

In einer weiteren Perspektive tauchen jene auf, die sagen, dass der Rowdy nur dann einer ist, wenn sich seine Gewalt nicht vermitteln lässt und im Sinne einer Vermittlung solle man eben nur Dinge tun, die Ausdruck für die gerechte Sache sind, zuletzt sei noch die Sichtweise erwähnt, dass es sich bei der Randale um gesteuerte Aktionen von Bullen und Faschisten handelt, die dann noch von Kiezproleten im Suff angefeuert wird, alles mit der strategischen Absicht, die Linke zu diskreditieren.

In jedem Falle läuft die Betrachtung darauf hinaus, dass eine Randale völlig sinnlos ist, oder nur dann sinnvoll sein kann, wenn die Menschen, die sie erleben, ihr auch einen nachvollziehbaren Sinn abgewinnen können. Als sei ein Krawall eben nur dann sinnvoll, wenn sich im vollen Bewusstsein für ihn entschieden würde und dann auch die Durchführung planvoll geschähe, ohne das etwas zu Bruch ginge, dass nicht vermittelbar ist, und das eben diese sinnvolle Planung und Durchführung dann von außen erkennbar sei und Sympathien entwickeln würde.

Tatsächlich ist der Krawall in seiner Ausgestaltung und Erscheinung nicht so simpel zu umfrieden. Zum einen ist es richtig, dass er nicht nur aus einer vernünftigen Überlegung geschieht. Dies ist der Fall eher bei den Aktionen der IL und des ...ums Ganze Bündnisses, welche Aktionen planen und durchorchestrieren, um den Ablauf und das Erscheinungsbild, und somit in der Theorie auch die Weise der Vermittlung in der Hand zu haben (ob das

Konzept so funktioniert sei einmal dahingestellt). Demgegenüber hat der Krawall auch stets den Aspekt der Spontanität, sowie dass er auch Ausdruck eines starken Gefühls ist. Dieses Gefühl ist eine starke Emotion in Bezug auf die Menschen (und manchmal auch auf die Tiere und die Umwelt), und die Gewalt und das Leiden, was ihnen geschieht. Wie auch eine starke Emotionalität gegen die Enge und den Zwang der Welt, in der man selbst lebt. Krawall ist also nicht bloß zu denken als ein durchdachter Plan oder ähnliches, sondern vielmehr auch als innere Haltung und Berührtheit von den Dingen die anderen und einem selbst geschehen. Der Krawall ist eine Reflexion auf die stattfindende Gewalt und das stattfindende Leiden und den konkreten Zwang und diese Reflexion findet einen wenig vermittelten Ausdruck im Konkreten. Die Reflexion auf das Übel bleibt nicht abstrakt sondern wird konkret. Ihre Ausformulierung ist die konkrete Tat in all ihrer Heftigkeit. Auf das, was geschieht, ist den Krawallierenden ihr Handeln angemessene Reaktion. Am ehesten wird der Krawall daher verständlich, wenn man sich weniger auf die Krawallmachenden bezieht, und stattdessen den Blick richtet auf das Elend dieser Welt, mit welchem sie sich beschäftigen. Krawall ist also vielmehr ein Zusammenspiel aus Gefühl und Verstand. Eine Erfahrung löst Gefühle und Gedanken aus, und führt dann als Reflexion im Ergebnis zur widerständigen Handlung.

Für die IL u.ä. Gruppen, wie manche Antifagrupppe, oder im konkreten G20-Spektakel auch die Rote Flora (sie haben sich ja nochmal berappelt, kann gesagt werden) ist die Zustimmung der Öffentlichkeit, also vor allem die Zustimmung der Medienöffentlichkeit ein wichtiges Anliegen. Ihre Grenzen und Rahmen sind gesteckt durch diese. Ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Krawall liegt weniger tatsächlich im Krawall, sondern in der negativen Reaktion der Medienöffentlichkeit und der Politik und dem damit zusammenhängenden Imageverlust, sowie der Gefahr, gleich in einem der Repression ausgesetzt zu sein. Das liegt daran, dass solche Gruppen den finalen Bruch mit der Gesellschaft weder suchen, noch wünschen. Sie bleiben lieber im Teil der Gewinner, von wo aus sie eine für diesen Teil bekömmliche kritische Haltung zelebrieren wollen. Für sie ist das bürgerliche Zentrum der Welt Ausgangspunkt und Diskussionsfokus.

Die Randalierenden sind für sie dann stets bloß die Schmuddelkinder der eigenen Bewegung, die man zwar irgendwie cool findet, aber an denen man sich in dem Maße stört, wie sie nicht der eigenen Kontrolle unterliegen. Aus diesem Kontrollwunsch wird dann als Argument die Kritik geformt, die auf eine vernünftige Eingrenzung des Krawalls aus ist, diesen auf die Ebene des vernünftigen Dialogs hebt, in der Hoffnung, dass dann auch ein vernünftiger Dialog in der Öffentlichkeit darüber stattfinden würde.

Der Krawall wird immer unvernünftige Elemente in sich tragen, weil er eben kein alleiniges Produkt der Vernunft ist. Es ist nicht das, was am vernünftigsten erscheint und er folgt auch nicht allein den Kriterien der Vernunft. Er ist neben der Vernunft auch Produkt der sinnlichen Reaktion auf die Welt. Doch macht das die Gewalt nicht schön und das ist auch nicht möglich. Gewalt und Aufstand haben immer auch scheußliche Seiten und diese muss man ertragen können, wenn man den Aufstand will.

anonym

Wo wir abseits vom Spektakel stehen und warum – G20 Nachbetrachtung

Seit ein paar Monaten sind in Berlin Plakate aufgetaucht, in welchen „Autonome Gruppen" sich fragen, wie die Kraft, welche sie im Rahmen der G20 Proteste verspürten, sich vom Großevent weg in den Alltag transportieren ließe. Im Verweis auf die Situation nach dem Kampf um die Flora 2013 und die Riots im Rahmen des EZB-Protestes 2015, wie auch die daran anschließenden Diskussionen scheint es, dass die Autonomen Gruppen, die hinter dem Plakat stecken, beabsichtigen, den Zirkel zu Durchbrechen aus dem immer gleichen oder zumindest ähnlichen Verhalten, es beim Großevent krachen zu lassen und sich danach wieder zurückzuziehen in die Unsichtbarkeit.

Nichts gegen dieses Ansinnen. Das Frustrierende an der Frage, was wir tun können, um nicht nur alle zwei Jahre aufzutauchen, ein paar Monate in den Schlagzeilen zerrissen zu werden und dann wieder zu warten auf das nächste Event, ist nicht, dass sie gestellt wird, sondern dass sie immer wieder gestellt wird. In unseren Augen ist sie damit Teil des Problems, neben den zahllosen und fast ausnahmslos langweiligen Überlegungen bezüglich dessen, was beim Gipfel oder was auch immer gut und schlecht war, wie das alles einzuordnen ist und dergleichen. Wenn nur einmal etwas Neues dabei auftauchen würde! Doch es bleibt beim stets gleichen Geschwafel das sich erstreckt zwischen den Floskeln der Oberlehrerinnen, Hinterbänklern, Meisterstrategen, Scharfmacherinnen, Beruhigern.

Wenn wir diesen Zirkel durchbrechen wollen, müssen wir endlich aufhören, so zu tun, als sei es zum einen eine neue Frage um die es geht und zum anderen so zu tun, als ob die Antwort darauf nicht längst bekannt ist. Wir listen daher mal die Gründe auf, wieso der Schwung in bestimmter Hinsicht eben nicht herüber gerettet wird und woran es liegt, dass wir nach dem Spektakel eher wieder in der Versenkung verschwinden. Formuliert haben wir die Punkte nicht mit der Absicht uns oder jemand anderes zu diffamieren, herunter- oder schlecht zu machen, sondern als Bestandsaufnahme. Auch wenn wir davon ausgehen, dass im Grunde genommen die meisten wissen, wie es aussieht, denken wir, dass es sinnvoll ist, genau dies nochmal festzuhalten. Provoziert zu diesem Festhalten

dessen, was zumindest für uns sich als gegenwärtige Lage darstellt, hat uns die eingangs erwähnte Frage. Dabei haben wir uns um eine gewisse Deutlichkeit bemüht, die in ihrer Direktheit eventuell etwas grob geraten ist – Im Endeffekt jedoch sind wir wohl alle Schlimmeres gewöhnt und das Folgende auch nicht zwangsläufig mehr als eine in die Öffentlichkeit getragene kritische Selbstreflexion.

1.) Der Schwung rettet sich nicht herüber, weil wir zu wenige sind

So banal es klingen mag, spielt es doch eine entscheidende Rolle, wieso es in den meisten Regionen unmöglich ist, irgendeinen Schwung zu behalten. In den meisten Städten gibt es wenig Militante, vielleicht ein oder zwei Bezugsgruppen, die jenseits der üblichen Nachtaktion wenig auf die Beine stellen. Und sicher nicht, weil sie keine Lust darauf hätten, auch mal in ihrer eigenen Stadt aufzutreten als militanter Mob. Und von außen betrachtet sind die Städte den meisten einfach viel zu klein und unbedeutend, dass auch niemand hinfahren würde, um sich dort an irgendwas zu beteiligen.

Auch in den Großstädten sind es zu wenige: Nehmen wir als Beispiel die ehemalige Hauptstadt der Autonomen (Berlin): Dort mag es zwar zahlenmäßig ein paar mehr Militante geben als anderswo, aber in ihrem Verhältnis zum Szenesumpf, zur Größe der Stadt und zum Aufgebot der Bullerei reicht es eben nicht dafür, dass es dort im großen Stil kracht. Das Gleiche gilt ähnlich für Hamburg oder Leipzig, erst Recht für andere Städte.

Allein schon aufgrund der Anzahl gelingt es nicht, den Schwung von a nach b zu tragen. Denn in a kamen wir halt alle zusammen und zwischen uns verwischen und verschwimmen die Grenzen, wer von woher kommt. Und gerade in diesem Verwischen der Herkunft liegt ein Teil der Freiheit die wir brauchen, um aus uns rauszukommen.

2.) Der Schwung rettet sich nicht herüber, weil der Staat uns Angst macht und wir damit keinen Umgang finden

Dieser Punkt ergänzt den zuvor genannten: Warum geht denn in kleiner Anzahl nicht auch was? Die Antwort ist ebenso banal wie die erste: Weil die meisten von uns doch eine Heidenangst vor dem Knast haben. Die Bedingung, tätig zu werden, ist doch extrem eng verzahnt damit, dass eine sehr große Wahrscheinlichkeit besteht, nicht erwischt zu werden und wenn man schon erwischt wird, dann doch zumindest keine hohe Strafe dafür zu bekommen.

Möglich ist das in unserer bisherigen Erfahrung auf zwei Ebenen: Regional durch gut vorbereitete, geheime Aktionen, die sich in einer sehr kleinen Gruppe durchführen lassen und von geheimer Vorbereitung und Durchführung leben, und bundesweit oder mindestens doch überregional eben bei Großzusammenkünften, welche die örtliche Anzahl der Militanten um ein Vielfaches vergrößert.
In allen anderen Kontexten haben die meisten von uns einfach zu viel Angst vor den Konsequenzen. Wir wollen das nicht als gut oder schlecht bewerten, aber genau das ist doch der Fakt, der uns davon abhält das zu tun, was wir gerne machen würden. Das Konzept was verfolgt wird ist dieses: Wir handeln dann, wenn wir keine Angst haben, sie beiseite schieben können oder nur wenig Angst haben müssen, erwischt zu werden und Konsequenzen zu spüren und wir sind nicht sonderlich risikobereit. Für viele stimmt das Verhältnis nicht: Es wäre schön, eine militante Auseinandersetzung in der eigenen Stadt zu haben, oder zumindest eine Krawalldemonstration, aber dafür in den Knast? Lieber nicht, das lohnt nicht. Wir sehen an Hamburg nach dem G20, dass hier der Staat versucht, die Repression hochzudrehen, um Leuten wie uns eben noch mehr Angst zu machen, als wir eh schon haben. Und sofern es keinen offenen und ehrlichen Umgang damit gibt, dass wir vor den meisten Sachen große Angst haben, brauchen wir eigentlich nicht weiterzureden. Das Kaschieren der Angst hat bei vielen von uns auch eine ganz bestimmte Form: Statt zuzugeben, wie ängstlich wir sind, sagen wir dann eher so etwas wie: „Das und das ist strategisch gar nicht sinnvoll", weil wir eben nicht nur Angst vor dem Staat haben, sondern auch, weil wir Angst haben, unsere Angst zuzugeben. Das liegt auch daran, dass viele in einer Dichotomie denken: Entweder ich traue mich etwas, dann kann ich es machen, oder ich traue es mich nicht, dann kann ich es nicht machen. Das ist zwar sehr individuell, jedoch definitiv eine falsche Begrenzung der Möglichkeiten. Eine dritte Möglichkeit wäre eben, nicht zu warten, bis Situationen eintreten, wo wir mit wenig oder gar keiner Angst handeln können, sondern wo wir trotz aller Angst handlungsfähig werden. Und zwar nicht einer abstrakten oder diffusen Angst, sondern trotz der Angst vor Gewalt durch Bullen, Nazis, wem auch immer und trotz der Angst vor dem Knast und was sonst noch so zur Repression gehört.

Um hier einem Missverständnis vorzubeugen sei auch das noch gesagt: Dass viele von uns Angst hinsichtlich ihrer eigenen Ängste haben in Bezug auf ihre politische Praxis und dass deren dichotome Betrachtung so eine weite Verbreitung hat, liegt vor allem daran, welche Kultur wir selbst im Umgang mit Ängsten pflegen. So sehr es auch immer wieder gesagt werden mag, dass das Veräußern von Ängsten kein Problem darstellt, ist es trotzdem eins. Offenheit bezüglich der eigenen und der Ängste der Genoss_innen ist nicht der Standard, sondern die Ausnahme und auch dies hat wiederum zwei Seiten. Auf der eine stehen jene, die sich aus welchen Gründen auch immer nicht trauen, über ihre Ängste zu reden, auf der anderen Seite stehen jene, die einen schlechten Umgang mit dem Veräußern von Ängsten haben. Zum Abschluss noch mal in aller Deutlichkeit: Nicht das Ängste existieren ist das Problem, sondern das wir in weiten Teilen und auch uns persönlich gegenüber häufig einen schlechten Zu- und Umgang damit haben. Allerdings wollen wir auch nicht mit einem Appell enden, es anders zu machen, nachdem wir nun verurteilt haben, was falsch ist. Vielmehr denken wir, dass nur da ein gangbarer Weg ist, wo der Ist-Zustand so wie er ist akzeptiert wird und dann geschaut wird, wieso es eigentlich so ist, ohne das das dominierende Motiv hier schon ist, alles ganz anders haben zu wollen. Das ganz andere kommt nicht durch die eine gezielte

Überlegung, sondern ist vielmehr Ergebnis des Prozesses, das sich vermöge der fortwährenden und niemals endenden Beschäftigung mit uns und unserer Lebensrealität einstellt.

3.) Der Schwung rettet sich nicht herüber, weil wir politisch faul sind

Neben der Anzahl und der Angst ist es auch politische Faulheit, die es verhindert, dass eine schwungvolle Bewegung in der Folge der großen gemeinsamen Tat in die Städte schwappt. Viele von uns haben Politik als Nebentätigkeit neben ihrer beruflichen (oder studentischen, oder sportlichen, oder intellektuellen oder weiß der Henker) Haupttätigkeit. Und da ist das Aufbringen der Vorbereitung für einen Gipfel oder vergleichbares schon eine krasse Besonderheit. Die meisten von uns wollen nicht mehr als ein Treffen in der Woche (und dann kommen sie schon zu diesen unregelmäßig), wenige mögen zwei Treffen und wer mehr als zwei Treffen regelmäßig besucht ist schon exotisch. Und dann gibt es ja auch Leute, die mögen gar keine festen Treffen, wollen alles nebenbei regeln (keine schlechte Idee vom Grunde her) und machen dann aber fast gar nichts, weil immer alles kann und nichts muss. Politik als Hauptsache, als zentralen Lebensinhalt nehmen sich aus Bequemlichkeit heraus die wenigsten von uns vor – und daran ist ein weiterer wichtiger Aspekt zu sehen, wieso sich nichts vom Event herüberrettet in den Alltag. Die meisten von uns haben und wollen keine politische Alltagspraxis jenseits des bequemen Rahmens. Damit sich politische Praxis im Alltag ausdrückt, muss es ja ersteinmal auch den Wunsch geben, dass politische Praxis zentrales Moment im eigenen Leben ist. Wenn der nicht da ist, bleibt alles auf der Strecke und insbesondere eben die militante Praxis. Wegen der größeren Belastung und der Konfrontation mit Ängsten ist bei einer alltäglichen militanten Praxis ein besonders starker Wunsch nötig, politische Alltagspraxis zu betreiben. Und bei den meisten scheitert es eben schon sehr weit vorher.

Gegen diese politische Faulheit ist kein Kraut gewachsen. Sie ist nicht das Ergebnis einer konkreten Entscheidung sondern resultiert vielmehr aus der objektiven Lage in der sich die meisten von uns befinden: Es gibt immer noch genug objektive Möglichkeiten, sich das eigene Leben schön zu machen mit gutem Essen, Sport, Urlaub, Serien und Füße hoch. Demgegenüber ist die politische Praxis für viele von uns anstrengend, weil sie eher aus einem moralischen Druck á la „da müsste man aber unbedingt was machen, das ist ja ganz schlimm“ und eben nicht aus einem persönlichen „ich will endlich auftauchen als Mensch, der ich das Elend nicht mehr ertrage“ heraus handeln.

Die objektive Lage erlaubt uns (wenn auch nur vordergründig) die Faulheit und zu viele geben sich dem hin, ein weiterer Grund, wieso unser Alltag so aussieht wie er aussieht und dem Großereignis so unähnlich bleibt.

4.) Es rettet sich nichts vom Großevent herüber, weil wir häufig stumpf sind, weil wir abgestumpft werden und uns auch selber abstumpfen

„Wer Sorgen hat, hat auch Likör“ sagte mal jemand, aber schauen wir mal andersrum: „Wer Likör hat, spürt seine Sorgen nicht“. Das, was zuvor gesagt wurde zur objektiven Option der Faulheit (sie sei allen gegönnt, gegeben ist sie nur ganz wenigen, bestimmten Leuten) geht nicht spurlos an uns vorbei: Wer sich ständig mit irgendetwas ablenkt, sei es Sport, leckeres Essen, das Bereisen der Welt, oder für die etwas Ärmeren Serienjunkietum, der ist nicht mehr gleichermaßen aufnahmefähig bezüglich dem, was in der Welt geschieht sofern wir das, was wir tun nicht in unsere politische Perspektive einreihen. Denn es gibt ihn nicht, diesen neutralen Bereich, in welchem wir einfach mal die Seele baumeln lassen, und aus dem heraus wir uns dann mit der anstrengenden Politik beschäftigen. Nichts in dieser Welt ist neutral und die meisten Verlockungen sind eben Teil der Welt, die wir bekämpfen. Wenn wir diese einfach so in uns aufnehmen, dann schadet uns das. Wir besitzen kaum die Fähigkeit, uns gegen die permanente Perpetuierung des alltäglichen Stumpfsinns zu erwehren und sie sickert in uns hinein, lässt uns alles gleich erscheinen und erzeugt und befriedigt in uns den Wunsch nach einem ruhigen Inneren, das keinen Schmerz und Kummer kennt. Wer seinem eigenen Schmerz, Kummer, Leid ausweicht, weicht Schmerz, Kummer, Leid im Allgemeinen aus und macht sich stumpf demgegenüber: Schmerz, Kummer, Leid wird zu etwas Abstraktem, gegen das zu wehren eben auch zur abstrakten Angelegenheit verkommt, welches sich dann auf der Ebene der „Debatte“ abspielt, etwas, was ja auch immer wieder mit Vehemenz eingefordert wird, wenn ein Spektakel an welchem wir teilhatten, zuende ist. Die Forderung nach der Debatte ist bisweilen kaum mehr als der Wunsch nach Selbstabstumpfung. Sie verlangsamt die Bewegung, die wir zuvor hatten, lockt uns in den Sessel am Kaminfeuer, wo wir dann sitzen und schwadronieren, was nun sinnvoll getan werden kann, ohne das wir noch tatsächlich dabei sind, sinnvolles zu tun – wir beginnen



stattdessen schon bald mit der Planung sinnloser Dinge, sinnlos zumindest im Bezug auf den politischen Kampf, die politische Arbeit, sinnvoll einzig im Sinne individueller Entspannung und Erleichterung und diese macht uns eben stumpf und unwillig gegenüber den Dingen, die um uns herum passieren.

Auch hier ist es wohl nötig, noch eine gewisse Ausdifferenzierung vorzunehmen, um ein Missverständnis zu verhindern. Es gibt sicherlich eine Vielzahl von Gründen für den Wunsch nach Debatte und es gibt auch sicherlich verschiedene Debatten. Ohne dieses weite Feld erschöpfend behandeln zu können, möchten wir verweisen auf einen ganz bestimmten Unterschied, und den machen wir fest in der Absicht, mit welcher die Debatten geführt werden. Wenn es in der Debatte darum geht, die eigenen Erfahrungen zu reflektieren und zu verarbeiten, dann entfaltet die Debatte ihren Sinn im politischen Kampf. Daneben mögen wir eben ganz genau aber jene Debatten nicht, die darauf abzielen, dass Erlebte einfach in das Bekannte herabzuwürdigen, so zu tun, als sei sowieso alles schon vorher gewusst, was als Ergebnis der Debatte sich erst einstellen müsste. Die neuen Erfahrungen werden transformiert in bereits dagewesene Ansichten und nicht andersrum entwickeln sich die Ansichten aus dem neu Erlebten.

Events wie der G20-Riot sind für uns alle keineswegs alltäglich, genausowenig sind die Erfahrungen die wir dort machen alltäglich. Nicht zuletzt hinterlassen sie ja auch deswegen einen solch starken Eindruck bei uns, und nicht zuletzt wollen wir ja auch deswegen darüber reden.

Kontrastreich sollen hier einmal zwei Aspekte gegenübergestellt werden. Bisweilen gehört es zur Debatte, an diese völlig außergewöhnlichen Ereignisse mit den gewöhnlichsten Kategorien heranzutreten, sie nicht mehr zu betrachten, sondern stattdessen zielt die Debatte darauf ab, das Erleben nachträglich in herkömmliche Kategorien einzufrieden. Debatten, die darauf abzielen, dass Erlebte zum Zersetzen der Kategorien zu nutzen, zum Zerschlagen von Denkmodellen, die für sich eine Gefangenschaft in Gedanken ermöglichen, sind zu begrüßen. Sie führen gewiss nicht zur Stumpfheit, sondern dazu, das temporär ungewöhnliche Erleben in sich fruchtbar werden zu lassen, die Gewalt des Geschehens zu nutzen, um mit ihr die Enge im Kopf aufzusprengen. Geht es jedoch darum, die Debatte zu führen, um sich von den Geschehnissen wegzudenken, sie abzuurteilen, um von ihnen eben genau nicht mehr so affektiert zu sein, so steht der abstumpfende Prozess deutlich im Vordergrund.

Demgegenüber ergeben sich Ansätze für die Praxis von alleine, wenn wir nicht stumpf sind. Sie stellen sich ein als Reflex auf die Begebenheit der Welt um uns herum. Wenn uns nicht einfällt, was zu tun ist, reicht eine Beschäftigung mit den Gegebenheiten und dem, was sich im Reflex darauf bei uns einstellt. Wenn sich nichts einstellt im Reflex, dann macht es wohl mehr Sinn, darüber nachzudenken, wieso dies so ist, als darüber nachzudenken, was sinnvolles zu tun sei. Auch wenn es uns in keiner Weise darum geht, fleißige Politroboter herbeizureden, und es auch etwas Befreiendes und Erholsames hat, sich selber abzustumpfen: Die innere Regungslosigkeit gegenüber dem tatsächlichen Geschehen ist jedenfalls mindestens bisweilen Ausdruck unserer Stumpfheit. Einer Stumpfheit, die wir weder moralisch ablehnen, noch auf einer abstrakten Ebene verwerflich finden, die aber, egal ob wir sie gut, schlecht oder egal finden, trotz allem mit ein Grund für Handlungsarmut gegenüber dem aktuellen Weltlauf ist.

5.) Es rettet sich nichts herüber, weil wir an unserer bürgerlichen Prägung leiden

Desweiteren sind viele von uns sehr stark geprägt und geschunden worden von der bürgerlichen Gesellschaft. Das hat zur Konsequenz, dass wir viele Anteile und Ansichten der bürgerlichen Gesellschaft in uns aufgenommen haben, die nun in uns wirken, ohne das wir sie als solche erkennen. Ansichten erscheinen uns als selbstverständlich, einfach nur, weil wir zu wenig gegen diese bürgerliche Prägung (was in gewisser Weise ein Euphemismus ist, die Prägung hat für nicht wenige von uns einen ziemlich gewalttätigen Charakter gehabt, an den wir uns aber nicht mehr so gut erinnern) unternommen haben. Nehmen wir als Beispiele zwei Werte der bürgerlichen Gesellschaft heraus, an der sie ihre eigenen Handlungen, also Handlungen, die zu ihrem Erhalt nötig sind, misst: Effizienz und Erfolg. Diese beiden sind Kriterien, wie sie die bürgerliche Gesellschaft zu ihrem Erhalt braucht, danach bewertet das Bürgertum seine eigenen Handlungen und Aktionen. Es erscheint nicht wenigen von uns so, als seien es ebenfalls Werte, nach welchen wir unsere Aktionen messen sollten. Ist etwas nicht Effizient, verspricht es nicht einen greifbaren Erfolg, so wird es abgelehnt. Woran wird der Erfolg, die Effizienz gemessen? Das ist oft unterschiedlich, aber nehmen wir ein paar Messlatten heraus: Die finanzielle Auswirkung der Aktion, die Aufbereitung



der Aktion in der bürgerlichen Presse, die Folgen der Aktion für Anhänger der bürgerlichen Gesellschaft. Eine Aktion, die „nur" von uns bejubelt und beklatscht wird, gilt schon vielen von uns nicht als sonderlich erfolgreich, eine Aktion die in der Presse zerrissen wird, gilt als wenig erfolgreich, weil sie gemessen an der Pressereaktion nicht vermittelbar war, eine Aktion mit hohem Risiko und geringem Sachschaden beispielsweise gilt nicht als effizient. Was die Aktion mit uns als Subjekt macht, scheint vielen von uns gar nicht wichtig zu sein. „Ich habe Lust auf dies und das" mag zwar hier und da jemand von uns äußern, aber die Frage „Ja, aber was bringt den das?", schiebt hier so manchem Impuls wieder einen Riegel vor. Zu sehen ist diese Haltung beispielhaft an manchen Reaktionen bezüglich den Aktionen die aus der Rigaer Straße kommen, wo es zwar irgendwo mit Erstaunen zur Kenntnis genommen wird, dass dort Bullen vom Dach aus mit Steinen beworfen werden, doch folgt darauf nicht selten die Frage, was das denn bringen solle, weil ja schließlich der Kampf nicht wirklich zu gewinnen sei, es also an Effizienz fehlt. Dass ein solcher Kampf dazu führt, dass jemand sich dadurch viel mehr als Mensch fühlt, weil er oder sie sich für die eigenen Belange einsetzt auf eine Art, die der Sache um die es geht (immerhin das eigene Leben), angemessen erscheint, hat für viele gar keine Bedeutung und zwar deswegen nicht, weil dies kein bürgerlicher Wert ist.

Die bürgerliche Gesellschaft unterdrückt uns alle so sehr, dass wir, um den Druck auszuweichen, dazu neigen, uns aus dem Bauch (wo wir besonders gequält werden und sind) uns in den Kopf zurückziehen, von wo aus wir wie ein kleiner Napoleon alles zu überschauen meinen. Wir fühlen uns wie Strategen, doch sind wir keine, vielmehr sind wir Unternehmerinnen, die eine große Kosten-Nutzen-Rechnung erstellen, als käme es uns zu, eine effiziente Truppenführung zu erwirken. Das ist schlecht – solange wir jedoch unsere Bereitschaft zu kämpfen davon abhängig machen, ob es erfolgsversprechend ist, werden wir nicht kämpfen, denn wenn wir uns umschauen wirkt der einzelne kleine Kampf stets aussichtslos: Unsere Passivität ist Ergebnis unserer Zurichtung und bestärkt zugleich die Gesellschaft, die wir hassen. Finden wir jedoch den Weg in unseren Bauch nicht zurück, ein Weg der für sich genommen ineffizient und von der gefühlten ersten Konsequenz sinnlos ist, weil er nur weh tut und alten Schmerz hervorholt, bleiben wir im Alltag, wie wir sind. Aus dem Kopf heraus und geleitet von der patriarchalen Vernunft jedenfalls wird uns keine Antwort auf die Frage erscheinen, wie wir auch im Alltag sinnvoll wogegen kämpfen, denn der Weg der patriarchalen Vernunft ist der Weg, den das Bürgertum uns zur Lösung unserer Fragen eingeimpft hat, nur kommt als Antwort immer nur wieder die bürgerliche Gesellschaft heraus.

6.) Es rettet sich nichts herüber, weil viele von uns Angst haben vor dem Negativen

Es war Meister Yoda in der Filmreihe Star Wars der sagte: „Angst, Hass, aggressive Gefühle, die dunkle Seite der Macht sie sind." und weiter „Hast einmal du beschritten diesen Pfad, für immer wird bestimmen er dein Schicksal". Das klingt im Filmsetting recht einleuchtend und es ist auch nicht das einzige Aufkommen in der Kulturindustrie, welches genau diese Haltung bekräftigt. Doch spricht hier wirklich ein Angehöriger der Rebellion gegen das dunkle Imperium, wie im Film behauptet? Oder spricht hier nicht vielmehr der Bürger, immer noch in Angst vor Gaunern, Räuberbanden, Hexen, Piraten, Sklavenaufständen, in der Konsequenz in Angst vor sich selbst und seinem inneren Brodeln, bestehend aus den schon genannten Gefühlen, welche sich in Reaktion auf die Anforderungen, die die bürgerliche Gesellschaft an uns stellt, bilden, und welche daher im Sinne der Gesellschaft in Zaum gehalten werden müssen? Wir denken, es ist genau so. Angst, Hass, Wut, Verzweiflung, Ohnmacht, Aggression, Rachegelüste, Blutdurst, alles was abscheulich klingen mag, sind genau die Gefühle, die die Gesellschaft bei allen verursacht, deren Unterwerfung sie erzwingt. Aber es gibt eine Scheu vor diesen Gefühlen auch bei uns, sie beunruhigen uns, und ihr Aufkommen sieht hässlich aus, es macht die Menschen auf ganz eigenwillige Art und Weise hässlich. Der Widerwille dagegen zeigt sich auch darin, dass es tatsächlich Leute gibt, die von „politischer Schönheit" reden. Es zeigt sich auch darin, dass in der Rezeption eines weiteren Auswurfs der Kulturindustrie, dem Film zum „Herrn der Ringe", sich alle mit der Allianz der Guten und Schönen identifizieren, also den Elben, den Menschen etc, von denen gerade die Besten der Guten durch ihre zum Teil schon völlig übertriebene Schönheit und ihr edles Verhalten glänzen, niemand jedoch sich mit den primitiven, wilden und ziemlich missgestalteten und hässlichen Orks identifiziert. Stattdessen werden diese hässlichen und missgebildeten Gestalten zum Teil genutzt, um die Polizei oder wahlweise die Nazis zu denunzieren.

Viel lieber als mit anderem wird sich mit dem Positiven identifiziert, werden Dinge positiv formuliert, wird darauf geachtet, dass wir ein hübsches Mäntelchen tragen, als seine eigene Schäbigkeit, Hässlichkeit, Schlechtheit einzugestehen. Und viele von uns mögen sie auch nicht an anderen, sie wollen einen Kreis von Menschen um sich haben, der ebenfalls durch positive Eigenschaften besticht. So nachvollziehbar dies auf der einen Seite ist, so schwer machen wir es uns dadurch selbst, weil gerade die negativen Aspekte, die wir in uns haben und die in uns herein kamen durch ein an uns verübtes Leid, wären ein zentraler Grund, im Alltag nicht losgelöst von sich Politik zu machen. Aber so lange wie wir so tun, als ob bei uns schon alles in Ordnung sei, wir eigentlich zu den Guten und Schönen dieser Welt gehören, und wir aus klarer Überzeugung handeln, so lange wird es keine Alltagspraxis geben, weil wir in den anderen Geschundenen dieser Welt nicht Unsresgleichen erkennen, sondern immer nur Leute, wegen deren Leiden wir etwas unternehmen müssen, während es uns eigentlich ganz gut geht, wo wir doch schon so viele Privilegien haben. Und so bleiben wir auch denen, welchen wir helfen wollen, fremd, sie erkennen uns nicht, sondern wir bleiben für sie Teil einer feindlichen Welt.

Das war es von unserer Seite. Es gibt sicherlich weitere Aspekte, die hier keine Erwähnung fanden, weil wir sie nicht kennen, oder sie im Kontext nicht so wichtig fanden.

Auf einen Aspekt möchten wir jedoch zumindest kurz noch hinleuchten: Es gibt auch die Möglichkeit, neben der militanten Alltagspraxis stattdessen eine Alltagspraxis zu entwickeln. Wer es nicht hinbekommt, sei es aus den oben genannten oder aus anderen Gründen, alltäglich militant zu sein, muss das ja auch einfach gar nicht. Zumindest für uns ist es falsch, sich an militanter Praxis zu orientieren, wenn das für jemanden eigentlich gar nicht das Richtige ist. Und wenn es nicht möglich ist, eine militante Praxis im Alltag zu leben, dann ist es auch eine absolut akzeptable Möglichkeit, sich eben nur beim Großevent an Dingen zu beteiligen und im Alltag ein friedlicher und freundlicher Mensch zu sein.

anonym

Glasbruch bei der Gewerkschaft der Polizei

Dokumentation, Bremen:
„Freiheit für alle G20-Gefangenen! Diese Worte glänzen an der Fassade, die dem von uns mit Hämmern entglasten Büro der Gewerkschaft der Polizei gegenüberliegt.

Seid den G20-Krawallen versuchen Bullen und Justiz Angst zu schüren. In den Prozesse gegen die Inhaftierten wollen sie mit hohen Strafen zeigen, dass Bullen unantastbar sind. Wer es wagen sollte ihre Autorität infrage zu stellen und auch dementsprechend zu handeln, hat mit Knast zu rechnen. Wer mit Flaschen wirft, wird als Terrorist abgeurteilt. Durch die Verschärfung des § 113-114 wollen sie verhindern das der verbreitete Hass auf die Bullen auch in Taten mündet.

Die Gewerkschaft der Polizei ist einer der Akteure, der die Verschärfung der Repression immer weiter vorantreibt. In ihrem Hass auf alles was sich bewegt übertreffen sie sich immer weiter mit Forderungen nach neuen, schärferen Gesetzen, mehr Befugnissen und neuen Waffen für die Bullen. Die GdP ist sehr erfolgreich darin die Bullen immer wieder als Opfer darzustellen, die ohne jegliche Schuld zur Zielscheibe der Wut werden.

Das alles dient dazu uns immer weiter einzuschüchtern.

Angst lähmt, macht uns ohnmächtig, für uns bleibt das beste Mittel gegen die Angst und die Ohnmacht der Bruch mit diesen Verhältnissen. Dieser Bruch kann sich in der Solidarität mit den Inhaftierten durch Angriffen ausdrücken.

Kraft allen Inhaftieren, Durchsuchten, Ausspionierten – hier und überall!

Der G20 ist vorbei, unsere Kämpfe nicht!“

AnarchistInnen

Unsere Nächte brauchen keine Sterne mehr um zu leuchten.

„Die Hölle der Lebenden ist nicht etwas, das erst noch kommen wird. Wenn es eine gibt, ist es die, die schon da ist, die Hölle, in der wir jeden Tag leben, die wir durch unser Zusammensein bilden. Es gibt zwei Arten, nicht unter ihr zu leiden. Die erste fällt vielen leicht: die Hölle zu akzeptieren und so sehr Teil von ihr zu werden, daß man sie nicht mehr sieht. Die zweite ist riskant und verlangt ständige Aufmerksamkeit und Lernbereitschaft: zu suchen und erkennen zu lernen, wer und was inmitten der Hölle nicht Hölle ist, und ihm Dauer und Raum zu geben.“

Italo Calvino

„Man kann eine Stadt lieben, man kann ihre Häuser und Straßen in der liebsten und ältesten Erinnerung tragen, aber erst in der Stunde der Revolte wird die Stadt wirklich als die eigene empfunden: eigene, weil Schauplatz eines Kampfes, für den man selbst und das Kollektiv sich entschieden hat; die eigene, weil umschriebener Raum, in dem die historische Zeit aufgehoben ist und wo jede Tat in sich selbst Gültigkeit hat, mit ihren absolut unmittelbaren Folgen. Man eignet sich eine Stadt wesentlich mehr an, indem man in den aufeinanderfolgenden Angriffswellen mit vorprescht und zurückweicht, als wenn man als Kind auf ihren Straßen spielt oder später mit einem Mädchen auf ihnen dahingeht. In der Stunde der Revolte ist man nicht mehr allein in der Stadt.“

Furio Jesi

“Es wird ein Tag kommen, an dem wir, die Feuerschlucker, damit anfangen werden, es auszuspucken, und unsere schönste Schöpfung werden die großen Brände sein, die wir auf diese Weise entfachen.”

Romain Gary

Freitagabend
warm, sommerlich
Tausende Menschen in den Straßen
Und tausende Bullen.
Barrikaden brennen,
Ein Bewohner beschallt von seinem Balkon die Nacht mit Musik
Wir tanzen unten,
Und dort greifen wir die Polizisten an,
Stundenlang.

Etwas weiter, wir trinken Bier, entspannt diskutieren wir miteinander

geplünderte Supermärkte und Läden.
Die eine oder andere Oma und einige junge Maskierte mit vollen Armen...
Schokolade und Macbooks für alle!
Eine Bank steht in Flammen
unter den alles beobachtenden und machtlosen Augen der Hubschrauber
Einige beschimpfen die vermummten Demonstranten, andere verteidigen sie und bedanken sich bei ihnen.
Manchmal fasst man den Nachbarn an den Händen.
Ein aufgedrehtes Pärchen fickt auf dem dritten Stock eines Baugerüsts
Darunter ein Spirituosengeschäft mit geborstenen Scheiben, der Inhaber bietet den Vorbeiströmenden Wein an:
« Vor zwanzig Jahren hätte ich dasselbe getan. »
Am anderen Ende der Schanzenstraße wird eine Wanne samt fünfköpfiger Besatzung
von einem dutzend Aufständischer gejagt.
Die Angst hat die Seiten gewechselt.

Wir werden in der Erinnerung der Menschen leben, die keine haben...

Schon seit einer Woche sprechen Medien, Journalisten, Politiker und die verantwortlichen Aktivist_innen von nichts anderem und sie schrecken dabei vor keiner semantischen Niederträchtigkeit zurück: « Das deutsche Aleppo », « linker Terror », Chaos. Das Problem sind nicht die paar Millionen Euro an Sachschaden, die post-apokalyptischen Bilder, die tausenden auf die Bullen geschmissenen Steine und Flaschen, sondern die Situation selbst: die gleichzeitige Anwesenheit tausender Bewohner, abgehärteter und neu dazugekommener Aufständischer, junger Einwanderer, Schaulustiger und Protestierender aus allen Himmelsrichtungen in den Straßen Hamburgs. Ein Moment des Beinahe-Aufstands in einer deutschen Großstadt im Jahre 2017: das muss um jeden Preis verurteilt und unterdrückt werden. Aus diesem Grund werden wir von Ministern mit Nazis und dem IS verglichen.

Die Medien können Geschichten von Menschen wiederkäuen, die vom Abfackeln ihres Autos, der Zerstörung ihrer Schaufensterscheibe oder von der Anwesenheit ihrer Kinder auf der einen oder anderen Seite der Barrikade traumatisiert sind. Aber alle diejenigen, die mehr oder weniger an diesen Momenten teil hatten, wissen, was in diesem Augenblick mit uns geschehen ist: Diese Freude, diese Angst und diese Intensität hat uns soviel lebendiger gemacht als der reguläre Gang der Dinge im kapitalistischen Alltag. Wir haben mit einer Vielzahl von Unbekannten geredet, die das erste Mal in ihrem Leben Teil eines solchen politischen Moments waren und wir haben ihren Enthusiasmus und ihre Energie gespürt. Die ganze Katastrophen-Propaganda der Medien zielt genau darauf ab, die Freude und die Stärke, die in dieser Situation geteilt wurde, zu verbannen und durch die Angst vor einer Situation ausserhalb des Normalzustandes zu ersetzen, sodass der Verlust der Kontrolle durch den Staat unattraktiv wird. Aber auch wenn sich alle deutschen Journalisten zu Tode mühen – nichts kann verhindern, dass die Teilnehmenden der Tage und Nächte von Hamburg eine wirkliche Erinnerung in ihrem Körper aufbewahren.

Die Unruhen schaffen eine Unmittelbarkeit der Präsenz sich selbst und Anderen gegenüber, eine helle Brüderlichkeit, die der Staat niemals erwirken kann. Der organisierte Riot produziert selbst das, was die Gesellschaft nicht hervorbringen kann: lebendige und unumkehrbare Verbindungen.

Jene, die bei den Bildern der Gewalt Halt machen, verpassen all das, was passiert, wenn man gemeinsam die Risiken des Zerstörens, des Taggens und des Bullenangreifens auf sich nimmt. In diesem Moment experimentieren wir mit der Schaffung und Stärkung von Freundschaften: eine offene Welt, voller Möglichkeiten, aufrichtig zu handeln, voller greifbarer Mittel. Die Situation hat eine Form und wir können uns in sie hinein bewegen...Wenn der Riot erstrebenswert ist, dann vor allem als Moment der Wahrheit.

Die Kunst des Ausweichens oder wie ein Polizeieinsatz mehr Unordnung produziert als er Ordnung wiederherstellt

Wenn die Bullen im Schanzenviertel fast sechs Stunden lang nicht eingreifen – und dann erst im Schutz der Nacht und in einer Wolke aus Tränengas, im Gefolge von mit Maschinenpistolen bewaffneten Anti-Terror-Einheiten vorrücken – dann ist das weniger auf den hartnäckigen Kampf einiger Hundert Wütender, militant oder nicht, als auf die Anwesenheit Tausender Hamburger zurückzuführen. Wie grenzt man « die guten Bürger », von denen einige ganz nonchalant die Bullenkolonnen am Vorrücken gehindert oder auch den ein oder anderen Stein geworfen haben, von den Aufständischen ab, die zum fünften Mal an diesem Tag ihre schwarze Kleidung abgelegt haben?

Wenn auch nicht alle Bewohner_innen Hamburgs die Angriffe auf Polizisten, die Plünderungen und die brennenden Autos unterstützten, so haben doch alle den außergewöhnlichen Charakter der Situation empfunden. Eine dem Ausnahmezustand, der ihnen seit Wochen und insbesondere in den vergangenen Tagen auferlegt wurde, angemessene Situation:

19.000 eingesetzte Polizeibeamte, 30 Wasserwerfer, Räumpanzer und Boote; Tag und Nacht der Lärm von Hubschraubern und permanentes Sirenengeheul; die vorübergehende Aussetzung des Schengen-Abkommens an den Grenzen...

Wie konnte die so gut organisierte und so effiziente deutsche Polizei bei dieser Vorbereitung die Kontrolle über die Situation verlieren? Man könnte auf die labyrinthischen Straßen Hamburgs, die massive Präsenz der Bewohner_innen in den Straßen oder die Entschlossenheit der Aufständischen hinweisen. Aus einem strategischen Blickwinkel sollten wir im Kopf behalten, dass die deutschen Bullen einen 1500 Leute starken kämpferischen schwarzen Block innerhalb von zehn Minuten brutalst

auseinanderzuschlagen imstande sind, wenn sie sich den Ort und den Zeitpunkt des Angriffes aussuchen können (« Welcome to Hell! »). Aber wenn man aus diesem geplanten und bekannten Ablauf ausbricht, wenn tausende Personen anfangen, sich in den Straßen zu zerstreuen und spontan zu agieren, oder wenn man einfach den städtischen Raum verlässt (denken wir an die Aktionen gegen die Atommülltransporte im Wendland), dann blockiert die schöne Maschine oder läuft ins Leere, wie ein kopfloses Huhn.

In Hamburg ist die Null-Toleranz-Strategie der Polizei doppelt gescheitert. Zum einen hat das Verbot eines großen Camps am Rande der Stadt dafür gesorgt, dass zahllose Aktivist_innen sich in der Innenstadt zerstreuten, auf eine Vielzahl kleiner Camps, die sich unmöglich alle überwachen ließen. Zum anderen führte der frühzeitige Angriff auf die Demo am Donnerstag dazu, dass tausende Demonstrierende, anstatt geordnet in eine bestimmte Richtung gelenkt zu werden, völlig ungeordnet in die Stadt zurückgedrängt und ihnen dort ein neues Spielfeld eröffnet wurde. Diese Strategie war nur ein Vorgeschmack der Gewalt, die der Staat in den nächsten Tagen ausüben würde.

Wir sind in Hamburg Zeugen eines erzwungenen Wechsels in der Taktik der deutschen Polizei geworden: vom Nahkampf, dem Kesseln Tausender und der Durchdringung des öffentlichen Raums hin zu Angriffen aus der Distanz, zu Befestigungspunkten, zum Gebrauch von Tränengas, zu Verfolgungen, die nicht mehr auf Festnahmen, sondern nur noch auf Zuschlagen und Verletzen abzielen. Situationen, die eher an die in Südeuropa oder anderswo in der Welt gängige « Verwaltung der Ordnung » erinnern. Eins ist sicher: die Ehre der deutschen Polizei, ihr weltweit anerkannter Ruf für Disziplin und Effektivität, ist im Arsch.

Wir sprechen hier nicht von dem Skandal der zweihundert besoffenen Berliner Bullen, die rumgefickt und alles vollgepisst und was auch immer mit ihren Dienstwaffen angestellt haben, sodass ihre Vorgesetzten sie noch vor der ersten Demo wieder nach Hause schicken mussten (see you next time guys!). Wir sprechen auch nicht vom Frust, der davon kommt, stundenlang absurde Positionen zu halten, schwitzend unter der Panzerung, sich an jeder Kreuzung zu verlieren, immer wieder in die Wannen ein- und auszusteigen, von dem Zeitpunkt, an dem man sieht, dass man wieder mal nicht zur richtigen Zeit am richtigen Ort sind.

Wir sprechen vom größten in einer deutschen Großstadt in den letzten dreißig Jahren eingesetzten Repressionsapparat und seinem krachenden Scheitern. Wir sprechen von einem unbeschreiblichen Chaos, von dem von den Bränden geschwärzten Himmel und der unkontrollierbaren Menschenmenge genau an dem Ort, an dem nur Fotos lächelnder und selbstsicherer Gewinner vor dem Hintergrund philharmonischer Musik vorgesehen waren. Wir sprechen vor allem von einer Praxis des Ausweichens, einer verallgemeinerten Fähigkeit, die allgegenwärtigen Kontrollen zu vermeiden und in die Offensive überzugehen. Wir sprechen von einer kollektiven Intelligenz, die den Augen der ganzen Welt gezeigt hat, dass das Empire auf seinem eigenen Feld geschlagen werden kann.

Von einer ozeanischen Präsenz…

Freitagmorgen, 7 Uhr 30. Vor einer halben Stunden haben die mehr oder weniger pazifistischen Blockaden in allen Ecken der Stadt begonnen und ziehen die Bullen an wie die Fliegen. Jetzt brechen südlich von Altona ein zweihundert Leute starker schwarze Block aus dem Dickicht, ausgerüstet, maskiert und entschlossen.

Ein Ausbruch…

Bushaltestellen, Immobilienmakler, Büros, Banken, Rathaus und Einkaufszentrum…
Die Schönheit der Bewegung eines durch Metall verlängerten Körpers, die sich einem Schaufenster nähert…
Mülleimer, Baustellenmaterial, Caféterrassen, mitten auf der Straße zusammengeworfen. Eine Rauchbombe auf einem Reifen, oder geworfen durch eine geborstene Fensterscheibe…
1, 2, 3, 10, 15, 25 Autos gehen in Flammen auf.
Die erste Bullenkarre macht noch vor dem Kontakt Kehrtwende. Ein paar vor dem Bahnhof geparkte Wannen werden mit Molotows versehen, sie ziehen brennend und auf Felgen fahrend ab. Innerhalb von fünfzehn Minuten verschwinden alle…

Es bleiben nichts als Asche und Glassplitter, einige abgestumpfte Bürger-Blicke. Der Polizeiapparat schnappt ins Leere,

Während es woanders weitergeht und wieder von vorn anfängt…

Molotows und wilde Zerstörung können eine Bewegung sowohl schwächen als auch Möglichkeiten eröffnen. In Hamburg hat der morgendliche Elan ein Konfliktniveau angenommen, die vielen legitim und notwendig erschien, wie es die Stunden und die Nacht, die darauf folgten, gezeigt haben: ein Grad an Offensivität, der von Tausenden Namenlosen aufgenommen und geteilt wurde.

Eine legitime und notwendige Gewalt – sowohl in Reaktion auf die Militarisierung der Stadt als auch, um die zwanzig Drecksäcke würdig zu empfangen, die sich hier als Herrscher der Welt zusammenfanden, als Herrscher dieser Welt…

Austerität ist die Norm: Milliarden für die Banken, Brotkrümel für den Rest. Weg mit Archaismen wie Sozial-, Krankenversicherung und Renten, der Fortschritt marschiert! Er hat die Länder im Süden schon während der segensreichen Kolonialzeit erreicht.

Heute ist der Süden jedes Jahr etwas weiter im Norden…
Stacheldraht, Uniformen und die Lager der Festung

Europa verfolgen, erniedrigen und ermorden hunderttausende Menschen. Der Rassismus ist kein versteckter mehr, sondern eine ertragreiche und respektable Sache, manchmal sogar Nationalsport. Für die « Nationalen », existenzielles wie affektives Elend, Arbeit und Psychopharmaka als Ausweg, Routine als Gegengift.
Zum Leben.
In der Ferne fahren sich Kriege fest, die Rüstungsindustrie wird immer fetter wirtschaftliches Wachstum auf dem Boden sonnenverbrannter Kadaver.
Polizei und Militär in den Straßen, mit Waffen, Kameras, Drohnen und Hubschraubern.
Entfesselte Gewalt und tolerierter Amtsmissbrauch.
Die Kontrolle ist überall, im Chip eines Ausweises oder in einer DNA-Datei für die Privilegierten.
Die terroristischen Gesetze organisieren und legitimieren die Repression. Widerstände dürfen sich unter keinen Umständen ausbreiten.
Die Medien halten den Deckel des Fleischtopfes etwas geöffnet: Spiele, Shows, Träume, und nochmal Spiele.
Die Kommunikationsagenturen geben ihr Bestes, um den Konsum anzukurbeln, während wir uns am Ende jedes Monats durchkämpfen müssen.
Die Schlange frisst ihren eigenen Schwanz.
Tausende Tonnen Erdöl, vergossen in die Ozeane, Millionen von Plastiktüten schmücken die Landschaften, Ibiza am Nordpol und Fukushima mon amour.
Die vom Aussterben bedrohten Arten weisen unseren zukünftigen Kindern den Weg…

Die paar dutzend abgebrannten Autos zu beweinen, die paar hundert zerschlagenen Scheiben, die armen verletzten Polizisten.
Meint ihr das ernst!?
Die Aufständischen einsperren, die Rote Flora rausschmeißen, St. Pauli schleifen…
Vergessen…
Weitermachen, als sei nichts gewesen…
Die Anstandslosigkeit einer tödlichen, atemlosen Zivilisation.

Was haben sie sich gedacht?

Sich in einer Großstadt treffen, in nur fünfhundert Metern Entfernung eines der wenigen Stadtteile, die eine Identität und eine politische Geschichte für sich beanspruchen… Grenzenlose Arroganz: eine Provokation, zu groß, um nicht zu versuchen, ihre Feier mit alle Mitteln zu ruinieren.

« Mit allen Mitteln » – wir beschränken uns nicht auf eine einzige Wahrheit und eine einzige Modalität: wir waren enthusiastisch unter Tausenden (relativ) friedlich demonstrierenden Schüler_innen; wir haben uns unter die Pazifisten gemischt, die die Konvois der offiziellen Limousinen blockierten; lachend haben wir die Mütter St. Paulis die Bullen, die ihr Viertel verwüsten, beschimpfen hören; und wir haben es geliebt, bis in die frühen Morgenstunden auf der Reeperbahn zu tanzen, mit hunderten Unbekannten, die oft gar nicht wussten, dass sie an einer Blockadeaktion teilnahmen. Ganz einfach: wir können auch Autos anstecken, Scheiben einschlagen und Bullen angreifen, und genau das haben wir gemacht. Wir wollten verhindern, dass das Bild, das von diesem G20-Gipfel bleibt, der Handschlag der Bastarde Trump und Putin ist. Und das haben wir erreicht!

**Das Licht schafft das Volk,
die Nacht bringt den Plebs hervor**

Wir sind also « Terroristen », die Autos vebrannt und Supermärkte geplündert haben. Wir sind die « potentielle Mörder », die die Bullen zwei Tage und zwei Nächte lang angegriffen haben. Wir sind Angestellte, Arbeiter und Arbeitslose, Teilzeitler. Wir sind Kinder Eingewanderter und Kinder der Mittelklasse, die niemals den Komfort ihrer Eltern erreichen werden. Wir sind Analphabeten und Dichter, Tagger und Straßenreiniger. Wir sind Studierende und Schüler, mit oder ohne Geld. Wir sind die mit der Milch des Konsumismus groß gezogene Jugend dieser Welt und wir sind Frauen, die sich den sexistischen Verhaltensweisen, welche sie ständig erdulden müssen, entgegenstellen. Wir sind die Generation, die weiß, was diese Zeit für sie bereithält. Wir haben keine Zukunft, aber Träume, die aus dem Rauch unserer Joints oder unserer in Flammen stehenden Barrikaden aufsteigen.

Wir sind der Plebs, enteignete Wesen, die sich zusammenfinden und sich organisieren, um die Ursachen ihrer Enteignung anzugreifen, jenseits jeglicher Legalität – um gegen das zu kämpfen, was sie schwächt, jenseits jeglicher Legitimität, als unendlicher Versuch, andere Welten hervorzubringen…

**Es tut uns leid für euch,
aber ihr werdet euch daran gewöhnen müssen…**

Einige verantwortliche Aktivisten beschuldigen uns der Vergehen: des Schweigens, der Inkohärenz, des Angriffs auf die moralische Ordnung, infiltriert und instrumentalisiert zu sein, zur Legitimation der freiheitsraubender Gesetzgebung. Man muss blind und taub gegenüber der Zeit, gegenüber der Geschichte sein, um uns eine solche Bedeutung beizumessen. Wir sind nur die auf der Rechnung dieser Welt Vergessenen, der Abschaum, die Reservearmee, aber wir sind zahllos.

Die Modalität unseres Auftauchens ist ganz einfach die passende Antwort auf eine Welt, die uns den Atem nimmt, uns vergiftet und uns einsperrt. Wir leugnen nicht, unregierbar und unkontrollierbar zu sein, wenn es die Situation erlaubt. Aber worauf hofft ihr?

Zu wollen, dass die Revolution absolut vegan, antisexistisch, umweltbewusst, respektvoll gegenüber allen Schwachen und Minderheiten, ohne jeglichen Ausbruch – in anderen Worten: zu wollen, dass sie überwacht, diszipliniert, kontrolliert abläuft, bedeutet, überhaupt keine Revolution zu wollen. Wir streiten nicht ab, dass es im Verlauf dieser Tage und Nächte unglückliche Ausbrüche gab und wir haben diese auch nicht akzeptiert. Es ist vorgekommen, dass wir untereinander in körperliche Auseinandersetzungen gerieten, nachdem wir gerade gemeinsam einen Vorstoß der Bullen zurückgeschlagen

hatten. Aber: sich auf diese Ausbrüche zu konzentrieren, sie zu benutzen, um die guten von den schlechten Aufständischen zu trennen, oder, noch radikaler, um sich von den Ereignissen in Hamburg zu distanzieren – das bedeutet, sich in eine medial bestimmte und dogmatische Logik zurückzuziehen, und vor allem: sich auf die andere Seite der Barrikade zu schlagen.

Wir ziehen es vor, die zwischen uns geteilte Aufmerksamkeit des Furors im Kopf zu behalten, eine Aufmerksamkeit gegenüber den Gelegenheiten, kaputt zu machen, zu plündern, Bullen anzugreifen, aber auch eine sanfte Aufmerksamkeit gegenüber Unbekannten: zusammenhalten, jeder Person am Boden helfen, Wissen teilen, miteinander reden, sich zuhören.

Einige der Moralisten und (selbsternannten) Verwalter der Kämpfe kritisieren die blinde und apolitische Gewalt der Hamburger Tage. In erster Linie hätten wir eines unserer « eigenen » Viertel zerstört. Es stimmt, dass unser langes Durchhalten der impliziten oder expliziten Unterstützung zahlreicher Bewohner zu verdanken ist, die für einen ständigen Nachschub an Steinen gesorgt oder sich einfach in den Straßen aufgehalten haben. Wir waren auf einem Gebiet, das weniger feindselig als andere ist. Aber seien wir nicht naiv: wer kann sich die derzeitigen Mieten im Schanzenviertel, in Kreuzberg oder Friedrichshain leisten? Sind diese Viertel von staatlicher Kontrolle, von der Warenherrschaft, von der Polizeipräsenz befreit? In Wirklichkeit handelt es sich hier um ein Schlachtfeld wie jedes andere, lediglich ein bisschen wohlgesinnter; Supermärkte und Apple-Läden ändern sich kein bisschen mit dem geographischen Umfeld, in dem sie stehen… Dann gibt es auch zahlreiche Stimmen, die das Abfackeln von Autos « unterer Preisklasse » verurteilen. Der deutsche Staat hat sich diesem grauenvollen Angriff auf ein Grundrecht seiner Bürger – das Recht auf Auto für alle – angenommen: Vierzig Millionen Euro sind für die Opfer der « terroristischen » Gewalt von Hamburg bereitgestellt worden, verglichen mit neunhunderttausend Euro für die Familien der zehn Opfer des NSU… Auch wenn wir es bei unseren Aktionen immer auf Luxuskarren abgesehen haben, werden wir nicht in eine Logik der Dissoziation eintreten. Diese teilweise wahllose Gewalt ist allen politischen Momenten inhärent, seien es die Riots von London, die Gegengipfel von Straßburg und Vichy, oder den Revolten in französischen oder schwedischen Vororten.

Sicher, wir haben es nicht geschafft, dauerhaft die Repression aufzulösen, das Territorium an uns zu reißen, Freiräume zu etablieren. Genauso, wie wir im Dezember 2008 und den darauffolgenden Jahren in Griechenland, in der Kommune von Oaxaca oder in der Widerstandsbewegung gegen das Loi Travail (Arbeitsgesetz) in Frankreich gescheitert sind. So viele leuchtende und missglückte Versuche… Wir bereuen nichts, wir folgen weder einem Generalplan noch einem Aktivistenkalender. Die Möglichkeiten, die diese Momente eröffnen, hängen von der kollektiven Intelligenz ab, die dort entsteht – wir können sie lediglich mit Aufmerksamkeit, Entschlossenheit und Erfahrungen nähren…

In die Gegenwart einbrechen.
Es versuchen. Scheitern. Es nochmal versuchen. Besser scheitern.
Sich anketten. Angreifen. Bauen.
Vielleicht gewinnen.
In jedem Fall: überwinden.

Die Zukunft ist offen…

Aus der Nekropolis in den Taumel des Lebens

Hamburg, Paris, Kairo, Frankfurt, Mailand, Tunis, London, Athen, Thessaloniki, Rom, Istanbul, Nantes, Teheran, Barcelona… In den letzten zehn Jahren haben alle diese normalisierten, neutralisierten und oft für den Fall der Fälle militarisierten Städte Situationen erlebt, die für Stunden oder Tage außer Kontrolle waren. Welche Metropole kann heute von sich behaupten, vor dieser Art Ereignis gefeit zu sein? Keine.

Mit solchen Ausnahmesituationen experimentieren, sie mit unseren Leben verbinden, mit unseren Wesen. Dafür sorgen, dass diese Intensitäten auf unseren Alltag überspringen, uns verändern, uns ausbrechen lassen und uns vervielfachen. Unsere Träume, Freuden und Verrücktheiten darauf übertragen. Daraus lernen, sorgfältig mit einander zu umzugehen, sich bewegen, sich rühren. Sich organisieren, damit die Rückkehr zum Normalzustand immer schwieriger und schließlich unmöglich wird.

Auf die Anschläge von Paris und die Erklärung des Ausnahmezustands in Frankreich folgte eine politische Phase, die länger und konfliktreicher als alles in den vergangenen vierzig Jahren war. Niemand kann einen Aufstand, eine Revolte oder eine Revolution vorhersehen. Wir wissen weder ob noch wann es passieren wird, aber wir wissen, dass wir da sein werden, und dass wir Tausende sein werden.

« Was ich euch vorschlage ist eine gefährliche, unbequeme, verrückte Welt! Eine Welt, in der es keine Regeln außer den von uns selbst geschaffenen gibt! Eine vielfältige, zerborstene, bunte Welt ohne Regierung, denn sie ist von Herrschern gemacht! Eine Welt von Pionier_innen, Forscher_innen, Abenteurer_innen! Eine Welt der Erfinder_innen neuer Möglichkeiten des Spielens, des Fühlens und des Sehens, in der es keine Angst davor gibt, zu versuchen und zu scheitern! Eine Welt, in der man lernen muss, in der Leere zu atmen, wo man einen Ziegel auf den anderen setzen und Tomaten im Sand züchten können muss!

– Eine Welt, in der die Paarbeziehung nicht mehr die endgültige und unantastbare Form des gesellschaftlichen Gewebes ist. Wo die Liebe aus dem Gefängnis ausbricht! Es gibt kein Gut, kein Recht und keine Pflicht mehr, nur ein Angebot, nur ein Geschenk…

– Eine Welt ohne Richter, ohne Bullen, ohne Spitzel!

– Eine Welt, in der die Kinder in den stillen Straßen weinen können, da es keine stillen Straßen mehr gibt!

– Eine Welt, verbunden und verwoben, direkt, ohne Medien, ohne Werbung, aber mit öffentlichen Räumen, Agoras wo immer wir wollen.

– Diese Welt wird das sein, was ihr daraus macht. Nicht mehr und nicht weniger. Aber ich weiß, dass sie schön sein wird, denn sie wird handgemacht sein, und sie wird den Taumel des Lebens spüren… »

Imaginäre Partei – Li.Ke. Kommando

Glasbruch bei der Leipziger Volkszeitung

Leipzig, 29. September 2017

LVZ besucht. In der Nacht vom 28.9. auf den 29.9 haben wir der Leipziger Volkszeitung einen Besuch abgestattet. Dabei gingen einige Scheiben zu Bruch und es wurde der Slogan „Ihr sucht uns – wir kommen zu euch, 12.12." hinterlassen. Grund für diese Ansage war die Veröffentlichung von Fahndungsfotos durch die LVZ vor einigen Wochen mit denen die Polizei nach Täter_innen der Riots am 12.12.2016 sucht.

Die Rigaer Straße im Schein des Helikopters

Ein Gefährte im Knast

„Ein 22-Jähriger, der die Besatzung des Hubschraubers mehrfach geblendet haben soll, wurde wenig später im Nahbereich festgenommen. Bei ihm fanden die Beamten neben einem Laserpointer außerdem eine Zwille mit mehreren Stahlkugeln, Pyrotechnik, ein Einhandmesser, Handschuhe und eine Sturmhaube. Der Festgenommene wurde erkennungsdienstlich behandelt und anschließend entlassen."

….. Wochen später wurde er dann auf seiner Arbeitsstelle überrascht, festgenommen und sitzt seit Mitte Juli 2017 hinter den Mauern des Knastes in Berlin Moabit. Ihm wird vorgeworfen den Helicopter mit einem Laser geblendet zu haben und an den Ausschreitungen in der Rigaer Straße am selben Abend involviert gewesen zu sein."

Ein Gefährte wurde gefangengenommen, an einem Tag wie jedem anderen.

Das brummende, dumpfe Stottern der sich nähernden Helicopterrotoren über den Dächern des Nordkiezes in Einklang mit dem Tuckern der Wannen, die sich wie Kakerlaken rings um den Dorfplatz einnisten, bilden für viele eine vertraute Kulisse für die Ereignisse in der Rigaer Straße. Ereignisse, die für den Rest der Gesellschaft als terroristisches Spektakel isolierter Verrückter inszeniert werden.

So waren die ersten warmen Wochenenden im Juni dazu auserkoren, sich den Dorfplatz und seine Straßen zu erobern und den Bullen klar zu machen, dass der sogenannte rebellische Kiez aus dem Sommer der Belagerung nicht nur gestärkt, sondern mit geschürtem Hass herausgegangen ist.

Am 16. Juni dann, wurde ein Hip-Hop-Konzert aus den geschlossenen Hinterhöfen heraus auf die Straße verlegt. Um dort nach eigenen Regeln spielen zu können, wurde auf ein Szenario gesetzt, bei dem dem Aufmarsch der Staatsmacht offensiv entgegengetreten werden könnte.

Eine Regelmäßigkeit in der Rigaer Straße und ein Grund zur Hoffnung, dass die Ideen gegen Staat und Autorität hier einen Identifikationspunkt haben, von dem aus sie sich weiter verbreiten und den es nach Möglichkeit am Leben zu halten gilt.
Menschen begannen Barrikaden zu errichten, Pflastersteine wurden ausgebuddelt, Rauchschwaden zogen über die Dächer des Kiezes und mittendrin die letzten Songs für eine erwartungsvolle Menge.
Wenig später, wie schon zig Mal die Tage zuvor, war das Wummern des Helicopters über dem Kiez zu hören. Auch über dem Boxhagener Platz:

Wir wollen uns nicht beschweren über diese Scheiße. Wie können wir davon überrascht sein, von einem System, in dem Menschen sich dazu entschieden haben, sich nie sicher fühlen zu wollen, sondern als konspirative Feinde nur die Klandestinität oder als offene Gegner nur die mögliche Aussicht auf Gefängnismauern wählen zu können.
Den Einsatz eines Helicopters zu stören – der einerseits die Bewohnenden des Nordkiezes permanent terrorisiert, andererseits ein Überwachungsmedium darstellt, dem wir uns als Widerständige oder Straßenkämpfer_innen schwer entziehen können und in dem zu guter Letzt Schweine Platz genommen haben – wird sich als Aktion immer der Sympathien der widerständigen und unangepassten Teile unserer Kieze sicher sein können.

Aus diesem Grund werden wir seine Verhaftung, wie auch immer die Beweislage aussehen wird, auch nicht nach Schuldkategorien bewerten und hoffen, dass auch er sich hinter den Mauern nicht darüber ärgern wird, dass das System ihn in dieser Weise zu bestrafen versucht für etwas, was sich jeden Abend aufs neue alle von uns wünschen. Er ist kein Opfer irgendeines Rechtsstaates, sondern ein Feind dieser Logik. Und ob letztes Jahr der Lasereinsatz am Tag X oder letztens in Hamburg; alle möglichen Leute sind offensichtlich nicht bereit den Terror über ihren Köpfen tatenlos hinzunehmen.

Wir denken an dich hier draußen und hoffen, dass du deine Wege findest gegen das Knastsystem zu kämpfen. Nur weil Widerständige die Gefangenschaft einkalkulieren, heißt das nicht, dass wir sie hinnehmen werden.
Wir werden hier draußen weitermachen.

Wir rufen dazu auf von hier draußen solidarische Grüße zu senden. Werft Scheiben ein. Bemalt die Straßen. Kämpft gegen die Bullen in euren Vierteln!

Rigaer Straßenplenum 09.09.2017

Stoppt die Auslieferung von Andreas Krebs!

Vor bald drei Jahren kam Andreas zu uns. Er war von seiner langjährigen Gefangenschaft geprägt und fand bei uns nicht nur Unterschlupf sondern auch Freunde. Wir haben Andreas' erste Schritte außerhalb der Knastmauern miterlebt. Von Freiheit wollen wir nicht reden. Wer einmal gesehen hat, wie langjährige Haft die Menschen zurichtet, eine tiefe Angst vor engen sozialen Bindungen erzeugt, gar eine Angst vor der so genannten Freiheit, dem wird der Begriff relativ. Zumal die Gesellschaft draußen alles dafür zu geben scheint, dem Wort Freiheit den Sinn zu rauben.

Es war schön zu sehen wie sich Andreas Stück für Stück die Freiheit wieder erkämpft hat. Er zog bald aus der Rigaer94 aus und nahm gemeinsam mit seiner jetzigen Lebensgefährtin das Leben wieder in die eigenen Hände. Bald zog es ihn nach Süd-Italien, dort wo Europa nicht existiert. Als er die Mittel dafür zusammen hatte, machte er sein Versprechen wahr und kehrte der deutschen Gesellschaft, die wohl nie sein zu Hause war für immer den Rücken.

Doch das Schicksal meinte es nicht gut mit ihm. Er kam zwar gut mit seiner Partnerin an und sie richteten sich in der Nähe einer Kleinstadt 50 Kilometer nördlich von Neapel häuslich ein. Doch ein Streit mit dem Besitzer einer Tankstelle, für den er gearbeitet hatte endete unglücklich.

Seine Gefährtin beschreibt den Vorfall als Notwehr mit Todesfolge. Die Überwachungsvideos der Tankstelle scheinen das zu bestätigen. Denn nach dem er festgenommen und eingekerkert wurde hat ein italienisches Untersuchungsgericht ihn entlassen und unter Hausarrest gestellt.

Die Zeit in Untersuchungshaft war bis zu dieser Gerichtsentscheidung die Hölle. Ein Teil der Familie des Verstorbenen hatte eine Hetzkampagne gegen Andreas und seine Gefährtin gestartet. In sozialen Netzwerken wurde Andreas als kaltblütiger Mörder dargestellt, der die Tankstelle ausrauben wollte. Bis in die lokalen Medien reichte die Forderung nach Blut-Rache. Seine Gefährtin erhielt Todesdrohungen und Andreas durchlebte eine Tortur, da im Knast einige Familienmitglieder des Verstorbenen als Schließer arbeiten. Er wurde täglich verprügelt und mit dem Tode bedroht.

Die Gerichtsentscheidung zum Hausarrest setzte dem ein vorläufiges Ende. Doch der Hausarrest war nur scheinbar eine Erleichterung. Zu permanenten unangekündigten – auch nächtlichen – Razzien der Polizei kam der Hass aus Teilen der Bevölkerung. Durch die Haftverschonung angestachelt mobilisierten die Feinde Andreas' zunehmend. Die Rede war von einem vollständigen Vertrauensverlust in die Justiz, die kriminelle Ausländer bevorzugen würde. Mit einem Lynchmob war zu rechnen. Mit der italienischen Polizei natürlich nicht.

So entschloss sich Andreas dazu, unterzutauchen. Auch seine Partnerin verließ Italien. Wir haben mit ihr gesprochen und die sozialen Medien verfolgt. Wir unterstützten die Auffassung von Andreas und seiner Partnerin, dass das Gerichtsverfahren in Italien unter starkem Druck der aufgehetzten Öffentlichkeit steht. Selbst wenn es in höheren Instanzen zu einer Wahrheitsfindung käme, so würde dies jahrelange Untersuchungshaft unter den beschriebenen Bedingungen bedeuten. Das würde nach Aussage von Andreas seinen Tod bedeuten, und sei es weil er des Lebens dann müde wäre.

Nun aber wurde Andreas Anfang August in Sachsen-Anhalt von einem MEK festgenommen. Zunächst kam er in Strafhaft wegen Fahrens ohne Führerschein. Der eigentliche Grund dafür, dass ein Zielfahndungskommando ihm aufspürte ist aber, dass Andreas nach Italien ausgeliefert werden soll. Vor wenigen Tagen erhielt er einen Gerichtsbeschluss, dass er in Abschiebehaft kommt. Ohne anwaltlichen Beistand wurde er bereits zu seiner Auslieferung „angehört". Er verweigerte jedoch jegliche Kooperation und konnte so das Verfahren verzögern.

Wir gehen aber nach wie vor davon aus, dass Andreas ausgeliefert werden soll. Es steht auch im Raum, das er „nur" zum Verfahren nach Italien gebracht wird und die Haftstrafe in Deutschland absitzen muss. Die von der italienischen Staatsanwaltschaft geforderte Strafe beträgt wohl 21 Jahre. Und nicht zu vergessen: Verfahren sind in Italien oft eine langjährige Angelegenheit ,insbesondere bei Berufung.

Da wir nicht wissen, was der deutsche Staat mit seinen rebellischen Gefangenen Andreas Krebs vor hat, ist es dringend nötig, Hilfe zu leisten. Eine Abschiebung wäre Andreas' Todesurteil. Macht seinen Fall öffentlich und baut Druck bei den Justizbehörden auf, dass sie ihn nicht abschieben.

Der Familie des Verstorbenen, die die Entwicklung verfolgt, sei versichert, dass der Tod von Massimo und die Tatsache, dass zwei Kinder ohne Vater aufwachsen müssen, Andreas und auch seiner Gefährtin tiefen Schmerz bereitet. Es wird Massimo nicht rächen, wenn ein weiterer Mensch zum Opfer dieser Auseinandersetzung wird. Die Justiz wird niemals Gerechtigkeit herstellen! Im Gegenteil: sie hat einen Teil von Andreas bereits auf dem Gewissen!

Andreas Krebs ist kontaktierbar in der

Justizvollzugsanstalt Volkstedt
Am Sandberg 11
06295 Lutherstadt Eisleben

Seine Lebensgefährtin hat einen offenen Brief geschrieben, zu lesen auf http://www.abc-wien.net/?p=3921"

Freiheit und Glück für die Hinterbliebenen!
Freiheit und Glück für Andreas Krebs und seine Gefährtin, die mit Würde diese dunkle Zeit durchsteht!
Gegen alle Knäste und die Gesellschaft die sie benötigt!

13.09.2017, Rigaer94

Gefangene suchen Unterstützung im Kampf gegen ihre Einsperrung und „Behandlung" in den deutschen forensischen Psychiatrien!

September 2017
Im Kampf gegen die Justiz, die Knastgesellschaft und Neo-Faschismus!

Forensik – ein Ort der Vernichtung

Die forensische Psychiatrie, der sogenannte Maßregelvollzug (auch bekannt als die „Geschlossene") zeigt sich als ein lebensfeindlicher Ort, der heutzutage sogar als fortschrittlich, fürsorglich und human gelten soll... Steht die Psychiatrie doch weiterhin in tödlicher (deutscher und christlicher) Tradition: Menschen, die dem zivilisierten „Sicherheits" und „Gesundheits" Wahn, den Gesetzen und Normen, also der Logik einer funktionierenden bürgerlichen Gesellschaft zum „Opfer" gefallen sind, werden in dieser Institution als Versuchsobjekte für Wissenschaft und Pharmaindustrie gefangen gehalten. Hier werden Menschen seelisch, körperlich und psychisch bearbeitet, verstümmelt und zerstört.

Diese Methoden reichen von (Zwangs-)Medikation und „Therapien", über Isolationshaft, Postzensur, Zellenrazzien und Fixierungen, bis zu (Bullen)Rollkommandos, psychologischen und psychiatrischen Begutachtungen und Gerichtsprozessen. Da verwundert es nicht, wenn Gefangene immer wieder von ihrer Todesangst und von „kaputt gepflegten" Mitinsassen berichten.

Rainer und Manfred – rebellisch in forensischen Psychiatrien in Nordrhein-Westfalen

Doch auch hier gibt es Menschen, die gegen die Entmündigung und Entwürdigung Widerstand leisten und deren Drang nach Freiheit nicht zerstört werden konnte. Die Langzeit Gefangenen Rainer Loehnert und Manfred Peter gehören dazu. Sie sind inzwischen seit 31, bzw. 25 Jahren Geiseln des Staates und dieser Gesellschaft. Eine Vollzugslockerung, bzw. eine Entlassung scheint nicht in Sicht!

Wir möchten dazu ermutigen, ihnen zu schreiben, Pakete zu schicken (im Gegensatz zu vielen JVA's können sie regelmäßig Pakete mit Bücher, Zeitungen, Tabak, Geld usw. erhalten)... oder das zu machen, was Dir so einfällt im Kampf gegen die Isolation (auf beiden Seiten der Mauern) und die Klinik und Knastgesellschaft! Jede Geste der Solidarität und Würde ist wertvoll!

Lassen wir Rainer und Manfred nicht allein! Versuchen wir mit Ihnen gegenseitige Solidarität in Wort und Tat zu schaffen! Unterstützung und Widerstand gegen das forensische „Maßregeln", denn für das Verlangen nach Freiheit und Selbstbestimmung gibt es kein Maß!

Und wenn überhaupt, dann sind diejenigen maßlos, die sich über andere Menschen stellen, die sich bereichern auf Kosten anderer und die nicht genug kriegen können von der Kontrolle, Ausbeutung, Unterdrückung und Zerstörung der Natur, der Tiere und Menschen!

Freiheit für alle!
Es lebe die Verrücktheit nach Freiheit!

Rainer Loehnert ist 55 Jahre alt und seit über 31 Jahren in verschiedenen Knästen und Psychiatrien eingesperrt, wovon er sich lange in Isolation und auf „gesicherten Stationen" befunden hat. Momentan wird er in der forensischen Psychiatrie in Bedburg-Hau (Nordrhein-Westfalen) gefangen gehalten.

Rainer wurde aufgrund einer ihm zur Last gelegten Körperverletzung, die 32 Jahre zurückliegt, und mittels einer „festgestellten Schuld-Unfähigkeit und negativen Gefährlichkeitsprognose nach § 63 StGB" in eine geschlossene Psychiatrie eingewiesen. Mit der Folge einer inoffiziellen, scheinbar endlosen „Sicherungsverwahrung" und Dauerüberdosierung von Psychopharmaka.

Während seiner gesamten Inhaftierung wurden vor allem Rainers antifaschistische und antiautoritäre Haltung, Aktionen und Widerstandshandlungen immer wieder pathologisiert, als „krankhaft" und „wahnhaft" verklärt. Unwürdige Würmer, genannt Richter, Gutachter und Psychologen/Psychiater konstruieren und prognostizieren so regelmäßig seine „Krankheit" und „Gefährlichkeit" für die Gesellschaft.

Der Demütigung und dem Terror der Pfleger, Ärzte, Therapeuten, Gutachter, Richter, usw. und anderen Gefangenen (Neo-Nazis) stellte er seinen ungebrochenen Willen entgegen, sich gegen dieses Knastsystem zur Wehr zu setzen.

Er ist inzwischen gesundheitlich gezeichnet sowohl durch die „Behandlungs-“Methoden, die starken Nebenwirkungen der Psychopharmaka und „Arznei“. Auch die Kämpfe haben ihn viel Kraft und Nerven gekostet.

In den drei Jahrzehnten ging Rainer in etliche Hungerstreiks, unternahm mehrere Fluchtversuche und leistete unterschiedlichen Widerstand bei Rollkommandos sowie Provokationen des Personals und mitgefangener Neo--Nazis. Er beteiligte sich am Hungerstreik in Solidarität mit den kämpfenden Inhaftierten in Griechenland im Juli 2014 und verweigert immer wieder Medikamente und Urinkontrollen, was oft mit Isolationshaft oder Fixierung/Zwangsmedikation bestraft wird.

Rainer schreibt und liest sehr viel und solidarisiert sich mit verschiedenen kämpfenden (Ex)Gefangenen, wie z.B. Marco Camenisch oder Gabriel Pombo da Silva. Er hält oder sucht Kontakt u.a. zu einigen Anti-Knast-Projekten und Individuen und informiert sich über aktuelle (herrschaftsfeindliche) Kämpfe.

Er versucht weiterhin mit (kämpfenden) Menschen innerhalb und außerhalb der Knäste weltweit in Kontakt zu kommen. Aktuelle (anarchistische) Kämpfe v.a. in Europa, sowie anarchistische Zeitungsprojekte aber auch „Klassiker“ der anarchistischen Theorien und Praxis bezieht Rainer in seine Überlegungen und Beobachtungen mit ein.

Regelmäßig sind Texte und Briefe von ihm im Gefangenen Info und im Internet veröffentlicht.

Links:
• political-prisoners.net/item/3363-hau-ab-mensch-fluchtversuch-aus-einem-ort-der-vernichtung.html
• www.abc-wien.net/?p=2814
• www.freie-radios.net/70360
• www.gefangenen.info/?s=Rainer+Loehnert

Manfred Peter ist 49 Jahre alt und seit über 25 Jahren inhaftiert, zurzeit in Lippstadt Eickelborn (Er nennt es treffend Ekelborn). Manfred kennt die „Autonomen“Zeit der 80er und setzt sich u.a. auch heute noch für eine Entkriminalisierung von Cannabis ein. Er äußert sich zu aktuellen politischen Ereignissen, wie z.B. zu den Protesten gegen den G20-Gipfel. Er war in verschiedenen forensischen Psychiatrien und versucht seit einiger Zeit auf Bewährung rauszukommen, jedoch wurde ihm z.B. verwehrt, eine eigene WG aufzumachen.

Manfred hat in den vergangenen Jahren Grußbotschaften zu Anti-Knast-Tagen geschrieben, er kritisiert und thematisiert regelmäßig den widerlichen Alltag und beteiligte Strukturen in der Forensik in veröffentlichten Texten (Gefangenen Info, Internet oder „Radio Flora“-Interviews) und ruft u.a. zur antifaschistischen Solidarität auf. Im Juli 2014 wurde eine Broschüre „Widerstand braucht Mut! Macht kaputt, was uns kaputt machen will!“ von Manfred veröffentlicht, mit einem Beitrag zum Solidaritätshungerstreik für die kämpfenden Gefangenen in Griechenland sowie einem Bericht über den Maßregelvollzug.

Manfred freut sich auch über Post von Psychiatrie-Gegner_innen (auch international), um sich auszutauschen oder spezielle Fragen zu diskutieren!

Links:
• www.abc-wien.net/?p=1530
• www.abc-wien.net/?p=1621
• solidaritaetswerkstatt.noblogs.org/tage-gegen-die-knastgesellschaft/texte/
• www.gefangenen.info/?s=manfred+peter

Hilferuf von Rainer Loehnert

vom 10.8.2017

„Liebe AnarchistInnen und GenossInnen!

Erst mal möchte ich mich für die vielen Karten von verschiedenen Kampfplätzen wie z. B. „war starts here“ in der Nähe von Magdeburg bedanken. Diese Karten bedeuten mir sehr viel, danke.

Ich möchte hiermit den nächsten Termin bezüglich meiner Anhörung bekanntgeben. Am 31.8.2017 kommt es zur jährlichen Überprüfung meiner Unterbringung (in der Forensik). 31 mal wurde meine Inhaftierung schon bestätigt. Die Verhandlung findet um 11 Uhr vor dem Landgericht Kleve, Schwanenburg Schloßberg 1, Sitzungsaal C 4 statt.

Ich hoffe, dort Recht zu bekommen. Wobei natürlich schon spekuliert wird, mich weiterhin zusammen mit Neo-Nazis unterzubringen. Wohin das führt, sieht man an Hugo Pinell aus den USA, der im Alter von 70 Jahren von 2 Faschisten in einem Gefängnishof umgebracht wurde.

Derzeit bin ich im Haus 1, dem Krisen- und Aufnahmehaus, untergebracht. Klar wird da auch mein Tod gemäß § 63 und § 62 angestrebt. Das alles geschieht unter der sicheren Obhut der „LVR Rheinland“ als Träger und der CDU Landesregierung.

Ich habe schon mehrmals das Glück gehabt, zu überleben.

Erscheinen werde ich vor Gericht. Ich bin ein Gegner dieses imperialistischen, kapitalistischen Staates, der versucht, meinen Willen zu brechen und mich psychisch und physisch zu foltern. Sei es durch Injektionen, Verlegungen und (Zellen)Durchsuchungen nach angeblichen Waffen, Drogen, Medikamenten. Das alles zielt gegen mein revolutionäres Denken.

Wer das Radio-Interview bei Radio Flora gehört hat, weiß dass ich Anarchist bin und mit AktivistInnen z.B. aus Spanien sympathisiere wie Gabriel Pomba da Silva und Marina Bonnade Bonardo, die zur Zeit in französischer Haft sitzt wegen „ETA“.

Das Landgericht muss mir jetzt endlich Vollzugslockerungen wie begleiteten Ausgang gewähren und mir so eine Freiheitsperspektive eröffnen. In den letzten Jahren bekam ich nach der Verhandlung 14 Tage später vom Gericht eine Mitteilung, „die Unterbringung von Herrn Loehnert dauert an." Nein, das darf nicht wieder geschehen.

Deshalb schickt mir massenweise Briefe, Karten, Fotos und Pakete, damit die zuständige Strafvollzugskammer in Kleve bemerkt, dass ich nicht alleine bin und mir eine Ablehnung nicht gefallen lasse. Wenn ihr mir schreibt und Marken beilegt, schreibe ich Euch sicher zurück. Geld benötige ich übrigens auch, um mir gesunde Sachen wie Müsli oder Vitamintabletten leisten zu können.

Anarchistische und anti-imperialistische Grüße
Rainer Loehnert"

Update: Die Anhörung war negativ, auch nach 31 Jahren Haft in der Forensik. Er ist ziemlich verzweifelt und will verlegt werden von Bedburg-Hau. Entweder nach Eickelborn, Dortmund oder Hamburg.

Auch nach der Anhörung gehen die Schikanen und der alltägliche Terror gegen Rainer weiter: Zellendurchsuchungen, Provokationen und Übergriffe vom „Pflegepersonal".

Kontakt:
Rainer Loehnert
Bahnstraße 6
47551 BedburgHau

Telefon: 02821/815201
Fax: 02821/815208
http://www.klinik-bedburg-hau.lvr.de/de/nav_main/startseite.html

Offener Brief von Manfred Peter

aus Ekelborn vom 15. Juni 2017
(entnommen dem GefangenenInfo #409)

„Liebe GenossInnen und FreundInnen!
Ob wir hier in Ekelborn in den Hungerstreik treten oder es lassen wir würden mit diesem politischen Mittel nichts erreichen. Uns würde die Zwangsernährung unter einer Fixierung drohen.
Dass andere JVA-Gefangene im In- und Ausland dieses Mittel effizient und erfolgreich eingesetzt haben und ihre Ziele erreichen, ist richtig und nicht strittig.

Für uns ist es ein Trugschluss, dass die Bediensteten der Klinik auch nur einen Ansatz Mitgefühl mit einem Einzigen von uns hätten. Ganz im Gegenteil, sie würden sich zu Hause über uns amüsieren und ihre Steaks genießen.

Nachdem ich mich nun wieder 2,5 Monate im geschlossenen Vollzug mit Lockerungen befinde, stelle ich fest, dass die Schergen, die hier in Ekelborn arbeiten, sofort versucht haben, mich wieder finanziell und materiell ausbluten zu lassen, wie es auch schon früher im Laufe der letzten 18 Jahre getan wurde.

Meine privaten Kaffee- und Tee-Connections wurden ausgehebelt, indem mir verboten wurde, dort per Rechnung zu bestellen.

Meine ein- und ausgehende Post wurde weg gefilzt, bzw. spät oder gar nicht zugestellt. Erwartete Geldmittel bleiben aus. Selbst Antwortschreiben von der Roten Hilfe (RH) kommen nicht an - von der RH kam keinerlei Antwort.

Telefonate an die LWL-Beschwerde-Komission in Münster wurden auf tote(rauschende) Leitungen per Computer umgeschaltet und es war nur über einen anderen Mitarbeiter der Beschwerde-Komission möglich, eine Verbindung zu der entsprechenden Mitarbeiterin zu erhalten. Die entsprechende Beschwerde wird nun, zum Ärger der Büttel, bearbeitet und könnte erfolgversprechend für die Insassen im Allgemeinen sein.

Bei einer anstehenden Ausführung wollte ich ins Internetcafe, um meine Emails zu checken – dies wurde mir von der Stationsleitung, auf Grund eines separaten Antrags deswegen, nicht gestattet. Angemerkt sei, dass man auch die Ausführung ausfallen ließ.

Da ich mich durch meine Schreibtätigkeit im Besitz einer manuellen Schreibmaschine befinde, beantragte ich die Aushändigung der Schreibmaschine, die sich im Keller der Station befindet. Diese Forderung wurde mir ebenfalls gecancelt – ich bekomme die Maschine nicht, mit dem Hinweis, es gäbe zum Schreiben einen Stationscomputer, an dem ich arbeiten könne.

Liebe Freunde, ich möchte aber nicht, dass meine Texte sich auf der Festplatte des Computers befinden, weil es die Büttel der Station und somit der Klinikleitung einen Scheißdreck angeht, an wen ich was schreibe. Daher für das GI weiterhin mit Hand schreiben.

Den bestehenden Kontakt zu Rainer Loehnert betrachtet man mit Argwohn, da Loehni hier in Ekelborn beim Personal ebenfalls sein Andenken hinterlassen hat. Insgesamt erachtet die gesamte Belegschaft der Klinik eine politisch ausgerichtete Tätigkeit, wie sie bei mir stattfindet, als konträr-negativ. Daher meine ich, dass ich mich in allen Nuancen des Widerstandes gegenüber der Institution weiterhin verstärkt betätigen und profilieren muss.

Denn liebe GenossInnen und MitstreiterInnen - Der Kampf geht weiter, macht kaputt, was euch kaputt machen will!
Gruß an alle Aktivisten wehrt euch massiv!
Nieder mit Intoleranz, Faschismus und Klassenjustiz!"

Kontakt: Manfred Peter
Eickelbornstr 19
59556 Lippstadt

Telefon: 02945/9812004
Fax: 02945/9812009
http://www.forensik-lippstadt.de

Angriff auf unsere Kommunikationsstrukturen

1.) Der Angriff auf Linksunten

Am 25.08.2017 attackierte das Bundesinnenministerium eine der für den deutschsprachigen Raum wichtigsten Kommunikationsportale: linksunten.indymedia.org. Ehemals als kleine Schwester des zum damaligen Zeitpunkt bedeutsameren de.indymedia.org gestartet, hatte sich linksunten mit der Zeit zur zentralen Plattform der antagonistischen Bewegung entwickelt, unter anderem und gerade auch weil die Moderator_innen von linksunten keinerlei inhaltliche oder formelle Kriterien verlangten: Die strömungsübergreifende inhaltliche Breite wurde ergänzt durch eine Fülle von Textarten, beginnend mit Disskusionsbeiträgen über die klassischen Aktionsberichte, Aktionstickern und dringlichen „gerade jetzt"-Informationen hin zu Bekenner_innenschreiben, vollständigen Nazioutings und Bauanleitungen. Eine vergleichbar gebündelte Sammlung an Material, Informationen und Wissen hat es bis dahin mindestens in Deutschland nicht gegeben und vermutlich wird es auch eine Weile dauern, bis etwas Vergleichbares wieder zugänglich sein wird.

Genau hierauf zielte der Angriff des Innenministeriums ab. Linksunten wurde identifiziert als bedeutsame Organisationsplattform der linksradikalen Bewegung in Deutschland (und in Ansätzen darüber hinaus) und eben als solche zerschlagen. Was genau hierbei den Ausschlag gab, ließ sich an der Aussage des Innenministers De Maizière erkennen, der ausdrücklich betonte, dass sich der Schlag nicht gegen de.indymedia.org richtete, sondern ausschließlich gegen linksunten. De.indymedia.org, von der militanten und linksradikalen Bewegung letztlich gemieden wegen ihrer Löschungspolitik gerade bezüglich Bekenner_innenschreiben und Nazioutings, sowie einem restriktiveren Umgang mit Kommentaren zu Artikeln, blieb aus genau diesen Gründen verschont.

Der Angriff auf Linksunten bildete die Blaupause für eine Bedrohung gegenüber zwei der französischen Indymediaseiten, Indymedia-Nantes und Indymedia-Grenobles. Beiden wurde seitens des französischen Innenministeriums zum Vorwurf gemacht, dass sie ein Schreiben bezüglich einer umfangreichen Sachbeschädigung am Fuhrpark der Gendarmerie veröffentlichten. Was bei Linksunten ganz allgemein als Begründung taugte, wird hier am konkreten Fall behandelt: Die Verbreitung von Informationen und Materialien, deren Inhalt über das bloße Berichten hinausgeht und stattdessen staatsfeindliche Partei ergreift, weckt die Verteidigungsinteressen des Staates.

2.) Reaktionen auf die Zerschlagung von Linksunten

Der Angriff des Innenministeriums auf Linksunten war ein voller Erfolg. In einem einzigen Streich gelang es, die Struktur so hart zu treffen, dass Linksunten vom Netz ging und seitdem nicht wieder aus der Versenkung auftauchen konnte. Zugleich wurde mit der Konstruktion eines linksunten-Vereins ein Repressionsinstrument gegen die angeblichen Betreiber_innen von Linksunten in die Hand genommen, mit welchem gegen diese eine Bedrohung auch jenseits der konkreten Aktion aufrecht erhalten wird.

Die Reaktionen insgesamt blieben verhalten. Die bürgerliche Presse berichtete zwar eine Weile über das Verbot, kam dabei jedoch kaum über das Zitieren der Pressemitteilungen des Innenministeriums hinaus. Eine vielleicht zu erwartende Solidarisierung gegenüber staatlicher Zensur blieb weitestgehend aus, lediglich hier und da meldete sich in der Kommentarspalte jemand zu Wort, der das Abschalten einer guten Recherchequelle beklagte.

Wir als vom Verbot getroffene Bewegung zeigten kaum mehr als das: Wenige Demonstrationen und Presseerklärungen (absurderweise war eine der ersten Pressemitteilungen die der Interventionalistischen Linken, die ganz augenscheinlich eher den Verlust von Twitter und Facebook zu beklagen hätte, und daneben auch mit dem alten de.indymedia.org zufrieden sein könnte) waren alles, was zuwege gebracht wurde.

Woran das lag, ist schwer auszumachen. Sicher nicht an der mangelnden Bedeutung, die linksunten für uns hat. Dass der Schlag für viele unerwartet kam, dass G20 erst kurz vorbei war und die ohnehin immer als verbraucht beklagten „Ressourcen" nicht da waren, eine allgemeine Überforderung resultierend aus der Gesamtsituation oder vielleicht auch eine mangelnde Fähigkeit, unmittelbar zu begreifen, welche Dimension der Schlag für uns haben würde, mögen Ansätze einer Erklärung sein. Dass aber ausgerechnet ein Schlag gegen eine unserer wichtigsten Kommunikationsplattformen kaum eine Reaktion hervorzurufen vermochte, ist kein Zeichen für besondere Stärke und Beweglichkeit.

3.) Konsequenzen, Konsequenzen

Die Zerschlagung von linksunten bleibt bei Weitem nicht ohne Konsequenzen für uns. Sie hat uns im mindesten digital entzweit, mit weit mehr Nachteilen, als sie unmittelbar ins Auge springen mögen. Zwar werden die meisten von uns weiterhin an die Informationen kommen, wenn sie sie haben wollen, der vermehrte Rechercheaufwand allein aber wird schon die bloße Quantität der Recherchen reduzieren. Daneben geht für viele der Blick über den eigenen Tellerrand hinaus, der gerade durch ein Aufsuchen spezialisierter Plattformen und Informationsquellen, verloren. Auch fehlt uns eine unmittelbare Möglichkeit der Selbstrepräsentation. Zwar wurde es manches mal

belächelt, wenn eine unbekannte Gruppe in einer ebenso unbekannten Kleinstadt ein kaum leserliches Transparent an einer Autobahnbrücke befestigte, doch neben dem dämlichen Spott, den einige dafür übrig hatten, war es die Möglichkeit, für von den lokalen und regionalen Begebenheiten isolierten Genoss_innen, in Kontakt zu treten und sei es auch nur auf der Ebene der Wahrnehmbarkeit. Diese Ebene darf nicht gering eingeschätzt werden, bedingt doch gerade das Gefühl, von anderen wahrgenommen zu werden (und mit linksunten hatte dieses Gefühl eine materielle Basis) das Gefühl von Selbstwirksamkeit, was wiederum ein wesentliche Bedingung dafür ist, auch in schwierigen Zeiten aktiv zu bleiben. Ebenso ist nicht zu unterschätzen, welchen Stellenwert es hat, nahezu täglich von Genoss_innen zu lesen, die irgendwo in Deutschland aktiv sind. Gerade das sich gespiegelt finden in den Aktionen anderer vermag die Gefühle von Vereinzelung und Isolation zu durchbrechen, die dazu geneigt sind, Menschen niederzuwerfen, die doch die innerliche Bereitschaft hätten, sich zur Wehr zu setzen.

Desweiteren ist auch der Aspekt der Geschwindigkeit, mit welcher sich für uns relevante Informationen verbreiteten wichtig. Gerade weil viele von uns aus sehr sehr guten Gründen twitter und facebook scheuen, brauchen wir andere Kanäle, über die wir uns darüber informieren können, wo gerade etwas Aktuelles passiert.

4.) Wir bleiben in Kontakt – aber wie?

Vermutlich waren all diese Aspekte Ziel der Zerschlagung von linksunten, neben möglichen PR-Interessen des Innenministeriums. Uns zumindest führt die Zerschlagung vor Augen, wie wichtig es ist, dass wir miteinander verbunden sind. Prinzipiell stellt sich damit aber auch die Frage, wie es um unsere Verbindungen jenseits einer zentralisierten Plattform im Internet bestellt ist und welche Möglichkeiten unserer Verbindung sich darbieten.

Ganz sicher falsch ist der Ansatz, sich durch Aktionen des Staates in Kommunikationsstrukturen hineinzubewegen, die ihm zupass sind, als da wären twitter, facebook und co.. Zwar gibt es nicht wenige, denen die damit zusammenhängenden Probleme zwar bewusst, aber egal sind, doch taugen diese nicht als Vorbild, sondern bloß zur Abschreckung. Das freiwillige Erstellen von Listen, in welchen jene aufgeführt sind, die sich an Aktionen o.ä. beteiligen, wird hoffentlich niemals zu unserer politischen Praxis dazugehören, ebenso wie es wünschenswert ist, dass jene, die es immer noch tun und absurderweise auch noch befürworten, sobald es geht damit aufhören.

Ebenso verkehrt ist es, zu versuchen die Zeit zurück zu drehen und sich bezüglich der Kommunikation ausschliesslich auf ältere Wege zu beschränken, wie etwa die Kommunikation über Zeitschriften und den persönlichen Kontakt. Diese Idee hat zwar etwas für sich und kann auf eine lange Tradition zurückverweisen, doch fehlt ihr gerade das Tempo und die Reichweite welche unsere Feinde mit Leichtigkeit halten können.

Ein nicht unwichtiger Aspekt der Kommunikation ist ihre Sicherheit. Gerade die Kommunikation über das Netz hat einige Fallstricke und Sicherheitslücken zu bieten. Selbst eigentlich als sicher geltende Wege entblößen mitunter gravierende Lecks, welche es fraglich machen, was alles an Informationen durch sie abgeflossen sein könnten. Daneben fehlt vielen von uns das technische know-how, um einschätzen zu können, was genau wie sicher ist. Demgegenüber scheint der vis-a-vis Kontakt doch mehr Sicherheit zu bieten. So richtig dies auch sein mag, darf uns das nicht darüber hinwegtäuschen, dass auch der persönliche Kontakt schwieriger wird mit zunehmender Überwachung sämtlicher Reisewege. Gegenüber der Vorstellung eines vollends Kameraüberwachten Bahnsystems inklusive ausschließlich personalisierter Tickets, überwachter Autobahnen und Straßenbahnen und dergleichen (vgl hierzu andere Texte im Blättchen), erscheint die Kommunikation über das Internet, so sie gewisse Kriterien erfüllt, mitunter sogar sicherer als die persönliche Begegnung.

Darüber hinaus ist es wichtig, sich klar zu machen, dass es eine vollends sichere Kommunikation nicht geben kann. Sobald wir in einen Austausch miteinander treten und uns dabei über etwas anderes unterhalten möchten als das übliche gesellschaftliche Gefasel, wird es zum einen jemanden geben, der sich dafür interessiert, was wir zu sagen haben und zum anderen jemanden, der die dafür nötigen Mittel bereitstellen kann. Staatszersetzende Haltungen, Ansichten und Absichten sind immer voller Risiko, das gilt eben auch für unsere Kommunikation. Zu Wählen ist dabei immer das, was unseren aktuellen Bedürfnissen und Anforderungen am ehesten gerecht wird, einen perfekten Weg gibt es nicht. Zentral bleibt, dass wir überhaupt im Austausch bleiben. Es bleibt zu hoffen, dass Linksunten bald schon in alter oder neuer Gestalt zurückkehrt und dabei schöner ist als je zuvor.

Zu gelöschten Texten und unserer Öffentlichkeitsarbeit

Der vor fünf Tagen hier auf Indymedia veröffentlichte Text mit der Überschrift „(B) Soli für Nero: Präventionsveranstalter eingeworfen“ wurde kommentarlos durch die Moderation von de.indymedia.org zensiert. Die Hauptstadtpresse hatte ihn dennoch rechzeitig gefunden, verschiedene Zeitungen zitierten auch aus ihm und berichten über den Angriff bei dem 18 Fensterscheiben zu Bruch gingen. Inzwischen ist der Text an anderer Stelle wieder aufgetaucht:

„Angst, zentraler Pfeiler der herrschenden Gesellschaftsordnung, wird täglich von denen gesät, die ihre vermeintliche Sicherheit verkaufen wollen. Mit suggestiven Aushängen hat sich die Polizei an die Bewohner*innen der

Straßen um den Mariannenplatz gewendet: Sie würden sicherlich die steigende Unsicherheit spüren und sollten doch deshalb zu einer Präventionsveranstaltung am 26. Oktober kommen. Diese fand im Familientreff des Jugendamtsgebäudes in der Adalbertstr. 23B mit Beamten des Abschnitts 53 statt. (...) Um unsere Solidarität mit Nero zu demonstrieren und der stumpfen Ideologie der Angst etwas entgegen zu setzen, haben wir am 30. Oktober die Scheiben vom Familientreff in der Adalbertstr. 23B eingeworfen. Unsere Steine sollen auch zukünftig und zwischen den Spektakeln wie in Hamburg, den Weg in die Büros und Stützpunkte der Angst finden; als Bumerang kommt ihre Saat zurück."

Komplettes BekennerInnenschreiben:
https://chronik.blackblogs.org/?p=6971

„Auch ein Text zu einem Angriff auf eine Wahlkampfauto der Partei „Die Linke" vor der Bundestagswahl wurde nach kurzer Zeit aus dem Openposting von Indymedia gelöscht. Er wurde ebenfalls an anderer Stelle Veröffentlicht. Die Linkspartei z.B. wirbt mit bezahlbaren Mieten und Sicherung des Grundbedürfnisses nach wohnen. Sie kritisieren Brutale Polizeieinsätze und versuchen sich ein Image der SystemkriterInnen und Aktivisten auf zu bauen. Sprechen von sozialer Gerechtigkeit und doch: Die meisten großen Räumungen der letzten Jahre: Liebig 14, York59 sowie einige Angriffe und Räumungsversuche der Rigaer 94, all dies passierte unter einem Rot/roten Senat. Ihr Geheuchel ist scheinheilig und wir wollen dies nicht einfach unkommentiert stehen lassen! Als kleinen Anstoß haben wir ein Auto der Linkspartei in Friedrichshain für den Wahlkampf unbenutzbar gemacht."

Komplettes BekennerInnenschreiben:
https://chronik.blackblogs.org/?p=6899

Beispiele die zeigen, wie wichtig es für autonome Gruppen ist, nicht von einzelne Veröffentlichungsplattformen abhänig zu sein. Der Versand von Emails an Zeitungen ist zum Beispiel relativ einfach bei wenig Risiko zu machen, vorausgesetzt zusätlich zum fremden Internetzugang wird Tor Anonymisierungssoftware verwendet. Bei einigen Emailanbietern ist die Anmeldung mit Tor ohne größere Anstrengungen möglich, genannt seien hier mail.yandex.com, freenet.de, protonmail.com oder der auch per spezieller Tor-Onion-Adresse aufrufbare (und sicher stellenweise inhaltich fragwürdige, dafür umso unkompliziertere) Dienst cockmailwwfvrtqj.onion.

Wichtig ist neben der nur einmaligen Verwendung der Mailadressen nur, Emails auch von fremden Internetzugängen nicht ohne IP-Verschleierung zu verschicken. Die Anbieter arbeiten auf Anfrage in aller Regel mit den Behörden zusammen und einige schicken schon beim Mailversand im „Header" die IP-Adresse vom Absendenden mit. Das Internetcafe ist so schnell identifiziert und die Videoaufnahmen schnell gesichert.

Aber nur selten drucken Zeitungen Texte komplett. Daher nicht zu vergessen die gute alte Post ans Autonome Blättchen, an Interim, Zeck, Swing und Co. Hier sind dann natürlich mehr Anstrengungen Spuren zu vermeinden nötig.

Eine abgebrannte Bullenkaserne und Ärger bei Indymedia Frankreich

In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch brach eine kleine Gruppe in die Genadarmerie-Kaserne mitten in Grenoble ein und legten, aus Solidarität mit Genoss*innen vor Gericht, erfolgreich Feuer an dem gesamten Fuhrpark und den angrenzenden Werkstatthallen. Nach Zeitungsberichten wurden mehr als 30 Autos und 2000m² Werkstätten, Lagerräume und Büros zerstört.

Die dort ansässige Einheit der Ermittlungsbehörde verlor alle Akten und Beweisstücke ihrer laufenden Ermittlungsverfahren in den Flammen. Der Innenminister ist empört und die Ermittler haben bisher noch keine heiße Spur.

Das Verfahren gegen Genoss*innen, auf das mit dieser Aktion Bezug genommen wurde, fand zu dieser Zeit gegen 9 Menschen wegen einem angegriffenen und abgefackelten Bullenauto während einer unangemeldeten Demo, vor einem hohen Gericht in Paris statt.

Während der Zeit der großen Demos gegen das neue Arbeitsmarktgesetz und Polizeigewalt, hatten die Bullen selbst zu einer Demo gegen den „Hass gegen die Polizei" am 18. Mai auf dem Place République aufgerufen. Die Gegendemo, organisiert von Anghörigen von Opfern von Polizeigewalt, wurde verboten und eingekesselt. Es gab jedoch einen erfolgreichen Durchbruch und die Menschen rannen auf ihrem Weg an dem Polizeiauto vorbei.

Es gab sehr viele Akte der Solidarität mit der Tat und den Beschuldigten. Wenige Stunden nachdem mittags ein Communique über den Brandanschlag auf die Bullenkaserne in Grenoble auf Indymedia Grenoble publiziert wurde, bekamen die offiziellen Betreiber*innen der Seite Post aus dem „Büro für den Kampf gegen Kriminalität im Zusammenhang mit Kommunikations- und Informationstechnologie", die sie auffordert diesen Artikel aus dem Netz zu nehmen da er eine „Aufforderung zu Terrorakten oder Verherrlichung eines solchen" darstelle. Indymedia Nantes die wenig später den Artikel kopiert hatten, erhielten die gleiche Post. Indymedia Grenoble entschied sich der Aufforderung, den Artikel binnen 24 Stunden zu entfernen, Folge zu leisten. Dass der Artikel von vielen Seiten, auch bürgerlichen Zeitungen, übernommen wurde scheint die Bullen nicht zu jucken.

Indy Grenoble sieht den Antrag im direkten Zusammenhang mit dem Angriff auf Indymedia Linksunten am 25.

August, der unter ähnlichen Vorwänden aufgezogen wurde.

„Es ist dem kollektiv weiter wichtig, dass der politische Hintergrund von direkten Aktionen sichtbar gemacht wird ob sie strafbar sind oder nicht.

Ihre Analyse sieht die (europäischen) Staaten inmitten eines mediatischen Krieges mit der Absicht radikale politische Opposition zum Schweigen zu bringen und Gruppen und Individuen, die ihre politischen Ziele ohne das verzerrende Presseobjektiv dazwischen kundtun, zu kriminalisieren.

Es ist das zweite mal in zehn Jahren dass die Polizei versucht das Team um Indymedia Grenoble einzuschüchtern. Eingetragene Journalisten haben zur Einleitung des Vorgehens gegen Wohnungen von Menschen und Gruppen, die sie hinter Indy Grenoble vermuten, beigetragen (und doch haben die gleichen beiden Journalisten D. Masliah und V. Laime das schreiben in seiner Ganzheit ohne Bedenken für ihr Blättchen den Dauphine Libéré kopiert).

Deshalb rufen wir, das Kollektiv von Indymedia Grenoble, jetzt mehr denn je, alle freien Medien dazu auf, ihre Autonomie zu behaupten und Initiativen für direkte und unabhängige Kommunikation in politischen Aktionen zu unterstützen!
Was uns heute trifft, ist was in der kommenden Zeit alle Medien treffen kann.

Solidarisch, Team Indymedia Grenoble“

Indymedia Nantes kommentiert:

„Es gibt keine einfache Antwort in so einem Fall, den Einschüchterungen des Innenministeriums hier zu weichen bezaubert uns in Anbetracht der Bedeutung für die Zukunft, was Zensur angeht, gar nicht. Andererseits war der Beitrag seit zwei Tagen online und konnte seitdem von vielen Menschen gelesen werden[...]. Das Risiko der Abschaltung der Seite einzugehen, hieße weitere Unterstützungsgesten die sich in der letzten Zeit abgespielt haben (und für die hier Bekennerschreiben publiziert wurden) als auch alle weiteren Bekennerschreiben die seit Jahren unsere Seite[..] füllen , noch ein wenig unsichtbarer zu machen.“

„In Anbetracht der steigenden sozialen Spannungen die wir erleben ist es nicht überraschend dass die Regierung



versucht alle Ausdrücke des Widerstands zu zensieren. Die Frage, wie wir sie davon abhalten können diese und andere Veröffentlichungen im Internet zu kontrollieren und zivilisieren scheint uns noch offen.“

„Klar wird sich der Streisand-Effekt bei Internetzensur auswirken. Selbst wenn dieser Artikel jetzt auch auf Seiten wie archive.org zu finden ist, rufen wir alle Kollektive, die uns Unterstützen möchten, dazu auf das Bekennerschreiben und diese Geschichte weiterzuverbreiten.“

Dokumentation:

„An diesem Dienstag, welcher der zweite Verhandlungstag in dem Fall des abgefackelten Bullenauto war, sind wir um 3 Uhr morgens in die Gendarmerie-Kaserne in Vigny-Musset eingebrochen.
Sechs Bullis und zweie LKWs wurden angezündet, wodurch auch mehr als 1500m² Werkstätten und Lagerräume in Schutt und Asche gelegt wurden. Dieser Akt ist Teil der Welle von Angriffen in Solidarität mit den Menschen die in diesen Tagen dem Gericht vorgeführt werden. Ein lauter Ruf der Ermutigung für Kara und Krem! Unsere Gedanken sind bei Damien, der kürzlich von den Bullen zusammengeschlagen wurde. Was auch immer das Ergebnis dieses Prozesses sein wird, wir werden weiterhin die Bullen und den Rechtsapparat angehen.
Unsere Feindschaft ist ein sich ausbreitendes Feuer!“

einige Nachtaktive

....und noch mehr abgebrannte Bullenautos und wieder Ärger bei Indymedia Frankreich

„Hunderte Anklageschriften, tausende von Aktionen.“ Erneuter Angriff auf Indymedia Nantes.

Ende September mussten wir, wie auch unsere Genossen von Indymedia Grenoble, infolge eines Ersuchens des OCLCTIC (französische Internetpolizei A.d.Ü) einen Beitrag löschen. Unsere erste Reaktion war es einander zu sagen, dies sei ein Versuch des Staates ein Beispiel zu statuieren um Informationsseiten zu verschrecken, damit solche Bekennerschreiben in Zukunft nicht weiter veröffentlicht werden.

Wie wir es unseren italienischen Genossen von Autistici/ Iventati dargelegt haben, war diese Entscheidung keine

die uns besonders gefiel. Wenn wir diese Entscheidung gefällt haben, dann aus mehreren Gründen:

„Wir haben es alles etwas abgehackt, da wir Schwierigkeiten hatten uns zu koordinieren. Nicht alle waren zu diesem Zeitpunkt innerhalb von 24 Stunden zu erreichen. Zudem haben wir so entschieden, weil in der Vergangenheit bei solchen Blockaden die sämtliche Subdomains unzugänglich gemacht wurden. Nicht nur die beschuldigte Seite. Das hätte alle Indymedia-Sites in Frankreich betreffen können. Zudem weil wir weiterhin möglichst vielen Leuten auch ohne TOR zugänglich bleiben wollten, so dass alle anderen Beiträge auf unserer Seite leicht aufrufbar bleiben würden. Zu guter Letzt waren wir uns unsicher ob es eine ausreichen große Solidaritätsbewegung geben würde, angesichts der wenigen Unterstützung die es in Frankreich gab, als Indymedia Linksunten zensiert wurde."

Einige haben uns für diese Entscheidung scharf kritisiert, was wir einerseits sehr gut verstehen können. Aber wir finden uns auch in der Analyse wieder die das Indymedia Grenoble Kollektiv in einem seiner Texte zieht. Wir sind vor allem ein Kollektiv was im Konsens funktioniert, nicht ein individuelles Blog, was die Rahmenbedingungen bei so großem Zeitdruck erheblich verändert. In diesem Fall mussten die wenigen zu diesem Zeitpunkt gegenwärtigen Personen eine Entscheidung vorantreiben und haben sich entschieden nicht das Risiko einer Schließung der Seite einzugehen – auch ohne zu wissen was die anderen Menschen im Kollektiv dazu für eine Haltung hatten.

Wir wussten auch dass diese Auseinandersetzung nur die erste sein würde und dass so eine Situation sich vermutlich wiederholen würde.

Nun ist es angerichtet. Am 26. Oktober haben wir eine weitere Rückzugs-Anklageschrift bekommen. Anlass war das Bekennerschreiben zum Polizeifahrzeugbrand in Clermont-Ferrand. Und es war keine große Überraschung, als wir am Abend des 31. Oktobers eine weitere Zensuraufforderung bekamen, in der wir aufgefordert wurden, dass Bekennerscheiben zum Gendarmerie-Fahrzeugbrand in Meylan zu löschen. All das eine Woche bevor ein Genosse vor Gericht erscheinen muss, aufgrund eines Aufrufs auf der Seite *cettesemaine.info*. Wie bei jeder Repression gegen die freien Medien hat auch diese Person unsere volle Unterstützung!

Es scheint so als würde die OCLCTIC denken, dass in Zukunft eine Email genügt, um uns löschen zu lassen, was ihren Vorgesetzten missfällt. Aber wenn wir uns an einem unabhängigen Medienprojekt wie Indymedia beteiligen, dann tun wir das, um eine freie Veröffentlichungsplattform bereitzustellen, für alle Personen und Kollektive die sich im Kampf befinden. Wir sind nicht diejenigen die diesen Inhalt produzieren. Das ist der Grund warum wir die Veröffentlichung diesmal nicht löschen werden.

Es ist also möglich, dass wir in Frankreich in den kommenden Tagen blockiert werden... oder auch nicht.

Im Falle des „Verschwindens" des IMC Nantes im Netz, keine Panik!

Informiert nicht die Gendarmerie, oder tut es bei Nacht, und nicht ohne zuvor eure Kommunikationsmittel abgesichert habt. Wir haben keine Zweifel daran, dass jetzt alles benutzt werden wird, um die Überführung des Ausnahmezustand in die allgemeine alltägliche Gesetzgebung zu rechtfertigen – bei diesem Versuch wollen wir jedoch nicht die Rolle des Strohmanns spielen.

Des wird in jedem Fall immer möglich sein die Seite zu besuchen, indem ihr den TOR Browser benutzt. Dieser Browser umschifft die Blockaden die der Staat aufbauen könnte. Falls ihr TOR nicht benutzt, installiert es euch, es ist einfach und schnell zu machen.

Wir werden ebenfalls einen neuen Domainnamen einrichten um ohne TOR zugänglich zu bleiben und werden unsere neue Adresse auf anderen Informationsseiten des indymedia Netzwerks und des „mutunetzwerks" veröffentlichen.

Am Ende wird Indymedia Nantes als versteckter Dienst immer über TOR zu erreichen sein - unter

http://3wirxietn4iktvf3.onion/

Und natürlich freuen wir uns wenn ihr rund um diese Geschichte einen Haufen Lärm macht und alle Wände vom Flamby-Effekt (Streisand A.d.Ü.) besudelt werden !

(aus dem französischen von autonomes medienkollektiv gegen zensur)

Make Amazon Pay – just a little bit

Parallel zum Streik an Amazons sechs großen Distributionszentren in Deutschland und in Piacenza (Italien) rief das Bündnis „Make Amazon Pay" am Blackfriday (24. Nov 2017) zu offensiven Aktionen zur Unterstützung der kämpfenden Belegschaften auf. Im Vorfeld wurde in Köln ein Jobcenter geschlossen - mit Verweis auf die dort „zwangsvermittelten" Saisonarbeiter*innen an Amazons Weihnachtsgeschäft. In München wurden Amazon-Paketstationen außer Betrieb genommen und in Berlin brannten Fahrzeuge des Amazon Instant-Delivery-Partners DRS ab. Die Medien berichteten im Vorfeld breit über Inhalte und Zielsetzung der Kampagne.

Am Blackfriday selbst blockierten in Berlin allerdings nur knapp 300 Aktivist*innen des Bündnis das Innenstadt-Auslieferungszentrum von Amazon im Berliner Kudamm-Karree. Ohne die phasenweise Vollsperrung des Kudamms mit über 600 Bullen wäre die Blockade nicht

gelungen. In Leipzig sorgten immerhin 400 Aktivist*innen und Beschäftigte für einen beträchtlichen Stau der Lieferfahrzeuge. Angesichts der medialen Aufmerksamkeit im Vorfeld und der Anzahl an Veranstaltungen zu den Arbeitsbedingungen und der entmündigenden Zukunftsvision von Amazon ein klarer Mobilisierungsmißerfolg. Vielleicht aber auch nur der Anfang – denn die Kritik an Amazon wächst.

Was waren die Gründe für eine so schwache Beteiligung?

Die FAU Berlin sagt – mensch könne eine solche Aktion nur machen, wenn der Impuls eindeutig von der Belegschaft vor Ort ausgehe. Die IL hatte „irgendwie ein schlechtes Gefühl" und beteiligt sich vielleicht eh lieber dann, wenn sie die Fäden in der Hand hält und die radikale Linke sortiert die Initiative ein unter „klassische Arbeitskämpfe", denen sie schon lange kein offensives Momentum mehr zutraut. Hinzukommt, dass eine „Blockade" nach mehreren Jahren Hegemonie-trächtiger IL-isierung von Aktionsformen nicht gerade maximale Spannung verheißt. So weit so schlecht.

Dabei waren die Bedingungen für einen wahrhaft schwarzen Freitag gar nicht so schlecht. In einem offenen Brief wandten sich kämpfende Amazon-Mitarbeiter*innen verschiedener Länder im Vorfeld an die Kudammer Belegschaft. Mit zwei Mitarbeiter*innen im Kudamer Amazonlager gab es intensiven Austausch. Nur zwei werden jetzt viele sagen, aber zwei sind ein Anfang. Wenn wir uns recht erinnern, waren es in der Schlecker-Kampagne (ebenfalls Einzelhandel und es ging ebenfalls nicht zentral um Anerkennung von Tarifverträgen und Betriebsräten, sondern um das menschenfeindliche, despotische System Schlecker als stilprägend für die gesamte Branche) ebenfalls nur einige wenige offensive Schlecker-Angestellte, die regional eine Effekt-Verstärkung ihres Kampfes durch militante Aktionen der Autonomen von außen forcierten. Dennoch hatten die dann bundesweit verwüsteten und eingeworfenen Schlecker-Filialen für reichlich Aufmerksamkeit und Debatten-Zündstoff weit über die Belegschaft hinaus gesorgt und per Image-Schaden den Druck auf Schlecker erhöht.

Die arbeitskämpfende Traditionslinke und auch die undogmatische radikale Linke könnten sich also fragen, ob ihre Rolle in aktuellen und zukünftigen Arbeitsauseinandersetzungen nicht vielmehr darin besteht, eine minoritäre, radikale Opposition innerhalb und außerhalb der Belegschaft zu stärken. Manchmal ist die Einzige eben nur die Erste – das muss mensch nicht gleich als Avantgardismus schlecht reden. Resonanzverstärkung von und nach draußen war in vielen unangepassten Arbeitskämpfen, die den Befriedungsbemühungen der hierarchisch organisierten Gewerkschaften eine Absage erteilt haben, eine wirksame Strategie. Die Erfahrungen des Streiks bei Gate-Gourmet geben uns ein positives Beispiel. Die überaus profane uns stümperhafte Hetze von Amazon Berlin „Das sind Erwerbslose – die wollen euch Eure Jobs wegnehmen" kann wohl kaum als Beleg für den prognostizierten gefährlichen Schuss, der „nach hinten losgehen könnte" herangezogen werden.

Amazon - Ausbeutung von Arbeit und mehr

Die Kampagne Make Amazon Pay hat ihre Kritik an Amazon bewusst auf zwei Säulen gestellt. Zum einen die skrupellosen Methoden der Vermessung und Steuerung seiner Mitarbeiter*innen zur optimierten Ausbeutung und zum anderen die Methoden der Bemessung und Lenkung des Verhaltens seiner Nutzer*innen. Beide Methoden stützen sich auf eine unersättliche Datenbasis und zielen auf maximale Fremdbestimmung.

Amazon schafft das KI-gesteuerte Waren- und Dienstleistungszentrum der Zukunft – und setzt mit Alexa auf eine digitale Assistentin, die nicht nur auf eigenen Geräten läuft. Künftig soll sich Alexa als Sprachschnittstelle überall niederlassen. So schafft es Amazon, die physische Welt eng mit den eigenen Dienstleistungen zu verweben. Amazon nutzt das Schürfen von Information nicht nur für möglichst effektive Platzierung von Warenangeboten in der Werbung oder für den Weiterverkauf seiner Kenntnisse über uns an Dritte. Wenn Amazon beispelsweise nun auch in den medizinischen Handel und dann in den Versicherungsmarkt einsteigen will, dann mit dem eindeutigen Kalkül, das angehäufte Kundenwissen selbst auszuschlachten. Eine von Amazon angebotene Krankenversicherung weiß genauer als jeder andere, was wir konsumieren, variiert damit den Versicherungstarif und hat damit einen langen Hebel zur Lenkung unseres Verhaltens. Die Generali-Versicherung geht gerade den gleichen Weg aus der anderen Richtung, in dem sie Einzelhandelspartner zur alltäglichen Kundenvermessung sucht.

Der Reflex einiger Genossen: „Das ist doch nichts neues – das ist Kapitalismus". Das ist Kapitalismus, aber der erneuert sich. Unser Verständnis für dessen Transformationen ist maßgeblich für unsere Bedingungen ihn anzugreifen. Und so wäre es unnötig dumm, den Plattform-Kapitalismus mit seiner ihm eigenen Dynamik brachial in alte Beschreibungsmuster zu pressen. Information ist leider keine Ware wie jede andere. Alles bei Marx schon gefunden zu haben, ist vielleicht ein bequemer (weil notorisch unveränderlicher) Blick auf die Welt, aber sicher keiner der neue Ansätze für Widerstände findet.

Vielmehr macht es unserer Meinung nach Sinn, die offensichtlichen Gemeinsamkeiten der Strategien und Weltbilder der neuen Player mit ihren Konsequenzen für unsere Arbeits- und Lebensbedingungen in den Mittelpunkt unserer Kritik und Widerstände zu rücken. Wer sich Chinas Bewertungs- und Lenkungsschema, das Social Credit System SESAM anschaut, findet dort die Verallgemeinerung von Amazons Scoring-Ansätzen zur Vermessung aller Tätigkeiten weit über den Arbeitsprozess hinaus. Wenn wir gedanklich in den leicht angestaubten Schubladen „Arbeitskämpfe" und „Sonstiges" stecken bleiben, werden wir den Kern der Sache nicht treffen und mit unseren Protestaktivitäten vermutlich daneben liegen.

make amazon pay!

solidarisch gegen »arbeit 4.0«
und digitalen kapitalismus

makeamazonpay.org

Payback-Aktionen gegen amazon

Dokumentation, München:
„amazon ist einer der größten Handels- und IT-Konzerne der Welt. Profite macht amazon nicht nur mit verkauften Waren, sondern auch mit massenhaftem Sammeln privater Daten der Kund*innen, mit schlechter Bezahlung von Subunternehmer*innen bei der Auslieferung und mit aggressiver Kontrolle der Beschäftigten in den Versandlagern.

Die digitale Kontrolle der Beschäftigten ermöglicht amazon eine Perfektionierung der Ausbeutung. Mit der digitalen Erfassung des Alltags ihrer Kund*innen will amazon deren Wünsche und Bedürfnisse bereits berechnen, bevor sie ihnen selbst bewusst sind – und ihnen die entsprechenden Waren anbieten.

Seit fast vier Jahren kämpfen amazon-Beschäftigte für mehr Lohn und gegen die zerstörerischen Arbeitsbedingungen. Für den 24.11.2017 wird bundesweit zu Protestaktionen mobilisiert. Wir haben in Solidarität mit den kämpfenden amazon-Beschäftigten mehrere amazon-Paketstationen in München lahmgelegt. Eine reibungslose Logistik ist die Voraussetzung für amazons „Prime-Time“ Konzept einer schnellen Auslieferung von Bestellungen.

Wir bleiben unberechenbar!
Make amazon pay!“

anonym

Make Amazon Pay – Angriff auf Liefer-Transporter

Dokumentation, Berlin:
„Es gab diese Randnotiz in den Medien, als mal wieder ein „Terrorist“ verhaftet wurde - Amazon schlägt den potentiellen Terror-Kund*innen bei der Suche nach Wasserstoffperoxid gleich die nächsten Zutaten für den großen Knall vor – dem Algorithmus sei Dank...

Die grundlegende Wette von Amazon und Co. zielt darauf, dass mit all den Feedback-Schleifen, den Sensoren, Mikrophonen, Kameras und Daten sich nicht nur Mehrwert generieren lässt, sondern sich am Ende der technologische Angriff in die Körper und Handlungen einschreibt. Dabei gibt es einen Zweiklang aus immer währendem Konsum und dessen Steuerung auf der einen Seite und der Kontrolle und Entgrenzung auf der Anderen: seien es die, im Kaufhaus schon jetzt statt findende, Emotions-Erkennung der Kameras, Smartphones als Wahrnehmungshilfen, Google Home oder die gruseligen Spitzel-Puppen im Kinderzimmer.

Die Konsument*innen der globalen Warenströme werden für die ungefragte Emotionserfassung mit, auf sie persönlich zugeschnittene und gesteuerte Werbung, vermeintlich belohnt. Während sich auf den Gesichtern all derer, die Kriminelles im Schilde führen, möglicherweise dieAnspannung vor dem bevorstehendem Ladendiebstahl oder dem Ausscheren, aus dem Trott der Normierung, sichtbar wird.

In diesem Spiel pokert Amazon ganz vorne mit. So ist Amazon letztes Jahr der Konzern mit den meisten Forschungsausgaben weltweit gewesen. So gibt es schon jetzt Testphasen mit Supermärkten ohne Personal. „Amazon Go“ setzt darauf, dass die Kund*innen per App beim Betreten des Ladens registriert werden, ebenso wie die Produkte, die den Regalen entnommen werden – der arbeitende Kunde im panoptischen Suppermarkt. So platzt bald auch die Deinstleistungsblase, das Sammelbecken für die unzähligen wegrationalisierten Industriearbeiter*innen.

So landen wir bei den kämpfenden Arbeiter*innen von Amazon, die bereits jetzt in der panoptischen Fabrik auf Schritt und Tritt mittels dauerhaft mit W-Lan verbunden Geräten im Warenlager überwacht werden.

Geht es dort primär um die „Optimierung" der Arbeitsabläufe, geht es im überwachten Supermarkt, um zwei Dinge: zum einen um die Reduzierung der Kosten: der arbeitende Kunde, der sich selbst bedient, brav selbständig bezahlt, braucht keine Servicekraft. Zum anderen geht es hier um die generierten Informationen. Wer bleibt wie lange vor welchem Regal stehen? Welche Emotionen lassen sich an der Gangart ablesen? Ab wann shoppe ich mich glücklich, wenn ich zuvor deprimiert und langsam durch die Passage lief?

Hierbei geht es um weit mehr als um Marketing und Product-Placement, denn die Online-Riesen machen schon jetzt fast genauso viel Umsatz über den Verkauf und die Werbung, wie mit den personenbezogenen Daten, die sie fleißig sammeln und in suggeriert lebensnotwendige Technologien für die gesamte Menschheit einflechten. Während sich die Ausbeutung der Arbeitskraft fast nicht mehr perfektionieren lässt, werden die Profite nun über die vom Kunden gewonnen Daten und Informationen erwirtschaftet – durch den Zugriff und die Steuerung menschlicher Verhaltensmuster und ihrer erzeugten Bedürfnisse: Der arbeitende Kunde.

Wir haben keinen Bock darauf, durch Informationen regierbar zu sein – und auf die Genugtuung in den Gesichtern der Manager, selig grinsend bei dem Gedanken an die stumpfen Massen, die am Black Friday, wie gesteuerte Zombies, die Kaufhallen stürmen werden.

So beteiligen auch wir uns an einem Arbeitskampf, obwohl wir eigentlich darauf bestehen, Lohnarbeit vehement zu verweigern und zu versuchen uns gegenseitig davor zu bewahren. Der Konflikt um die streikenden Arbeiter*innen bei Amazon, stellt für uns nur einen Ausschnitt des gigantischen Problems des Wandels der Arbeitswelt, der Vereinzelung der Kampffelder und der Isolierung der Kämpfenden dar. Und auch die Streikenden werden ahnen, dass es in zehn Jahren keine Picker und Packer mehr geben wird, denn schon jetzt arbeitet Amazon daran mittels KI gesteuerter Drohnen die Warenlager zu bearbeiten.

Trennen wir die Kabel
Lasst uns mehr sein als Null und Eins

In Solidarität mit den kämpfenden Arbeiter*innen von amazon und als Unterstützung zu Block Black Friday, haben wir in der Nacht auf den 23. November 3 Transporter des Express Liferanten mit den Aufschriften „AZ Amazon" und „drs amazon" auf verschiedene Weisen angegriffen – abgefackelt, Reifen zerstochen, mit Farbe beschmiert und hinterließen den Aufruf: „Streik!". Die weißen Transporter stehen bestimmt auch noch in euren Straßen."

- Autonome Gruppen & Andere -

Quelle: https://de.indymedia.org/node/15416

Generali: Erziehung beim Supermarkt-Einkauf

Der Versicherer Generali kooperiert für sein Vitality-Programm mit dem Online-Supermarkt Allyouneedfresh. Er gehört der Post, ausgeliefert wird über DHL. Wer dort Gesundes einkauft, erhält Rabatt und Punkte.

Das Bund Lauchzwiebeln kostete beim Online-Supermarkt Allyouneed Fresh am Freitag 49 Cent, sechs Cent weniger als sonst. Die Webseite der Post-Tochter wirbt auch mit Wildpfirsichen, 500 Gramm für 1,16 Euro. Alles lieferbar am nächsten Morgen per DHL.

Wer sich in das Vitality-Programm des Versicherers Generali eingeschrieben hat, darf seit Oktober auf weitere Preisnachlässe bis zu 40 Prozent hoffen - wenn er bestellt, was Vitality und der Online-Supermarkt für „gesunde Lebensmittel" halten. Dann gibt es auch „Vitality-Punkte". Wer dagegen Wein oder Süßigkeiten bestellt, geht leer aus.

Vitality, das aus Südafrika stammende Erziehungsprogramm für ein gesünderes Leben in Gestalt einer Versicherung, hat nun auch in Deutschland den lange ersehnten Partner aus dem Lebensmittelhandel gefunden: Allyouneed Fresh ist hierzulande mit 20 000 Artikeln einer der größten Online-Supermärkte. Vor einem Jahr kam der Versicherer Generali mit Vitality auf den deutschen Markt - begleitet von einer heftigen öffentlichen Debatte über Kundenüberwachung und die Ausgrenzung von weniger Gesunden. Aber für den Versicherer funktioniert das System. Er verkauft Vitality zusammen mit Risikolebens- und Berufsunfähigkeitspolicen. „Wir haben durch Vitality einen Verkaufsanstieg von 70 Prozent bei den beiden Angeboten erreicht", sagt Astrid Koida, die das Programm leitet. Wie viele Kunden sie genau damit gewonnen hat, will die Generali aber nicht sagen. Bisher



arbeitet sie mit Adidas, Fitness First, den Linda-Apotheken und anderen zusammen.

Neukunden müssen im Fitnessstudio oder in der Apotheke ihren Gesundheits- und Fitnesszustand ermitteln lassen. Danach zählt der Punktestand, den ein Mitglied durch Sportstudio-Aufenthalte, gelaufene Kilometer oder eben den Kauf von Wildpfirsichen nachweisen muss. Wer den Bronzestatus erreicht, bekommt zehn Prozent Rabatt bei Vertragsfirmen, wer Platin-Mitglied ist, 40 Prozent. Auch die Versicherungsprämien sinken - um bis zu 16 Prozent.

Damit ist Generali einen weiteren Schritt auf dem Weg zur geplanten Einführung dynamischer Versicherungstarife gegangen. Das Ziel: Jeder bekommt seinen eigenen, variablen (!) Versicherungstarif – abhängig von den aktuellen Selbstoptimierungsbemühungen. Das ist nicht weniger als die vollständige Individualisierung und damit Entsolidarisierung im Gesundheitswesen.

Deutsche Post für Gesichtserkennung angegriffen

Dokumentation: „Die Deutsche Post kam zu unrühmlicher Bekanntheit. Als eines der ersten Unternehmen in Deutschland setzen sie in ihren Filialen Software zur Gesichtserkennung ein. Damit zeigt sie sich als Speerspitze in der totalen Überwachung der Menschen. Das ist scheiße. Um das der Post deutlich zu machen, haben Schurk_innen nachts, es war der 30.11.2017, ordentlich Farbe auf die Fassade der Postfiliale auf der Nonnenstraße geworfen und getroffen."

anonym, Quelle: https://de.indymedia.org/node/15786

FinFisher

Internetprovider schieben Spitzelopfern Malware unter

Eine neue Variante der Spionage-Malware FinFisher nutzt einen aufsehenerregenden Infektionsweg: Lokale Internetprovider schleusen als Man-in-the-Middle vergiftete Versionen vertrauenswürdiger Software wie TrueCrypt oder VLC Player auf die PCs.

Antivirenforscher von ESET haben eine neue Variante der Überwachungssoftware FinFisher entdeckt, die in mindestens sieben Staaten zum Einsatz kam. Neben klassischen Infektionswegen konnten sie in zwei Staaten beobachten, wie die Malware auf einem eher ungewöhnlichen Weg – nämlich unter Mitwirkung von Internetprovidern – auf Rechner geschleust wurde. Um ausgewählten Opfern den Spionage-Trojaner unterzujubeln, leiteten sie beabsichtigte Downloads legitimer Software um.

Immer dann, wenn ein Opfer eine gängige Software wie Putty, Skype, TrueCrypt, VLC Player, WhatsApp oder WinRAR herunterladen wollte, schickten die Provider dessen Browser per Umleitung (HTTP 307 Temporary Redirect) zu einem von den Angreifern kontrollierten Downloadserver. Die dort heruntergeladene Software war voll funktionsfähig, installierte aber in einigen Fällen den huckepack eingeschleusten Trojaner mit. Die Entscheidung über die Malware-Installation auf dem jeweiligen Zielrechner wurde serverseitig – also erst nach dem Redirect – getroffen. Nach welchen Kriterien dies geschah, ist bislang unklar.

Laut ESET sind für die beschriebene Strategie weder ein Zero-Day-Exploit, wie er kürzlich im Zusammenhang mit FinFisher beobachtet wurde, noch Administratorenrechte nötig. Wurde der Weg über den Provider tatsächlich gewählt, dann dürfte es der erste bekannt gewordene Einsatz einer auf WikiLeaks dokumentierten, FinFlyISP genannten Deployment-Lösung sein, die exakt den beschriebenen Infektionsweg beherrschen soll.

Den Antivirenexperten von ESET zufolge wurde die betreffende FinFisher-Variante bislang schätzungsweise über 100 Mal in mindestens sieben Ländern installiert. Die Angriffe seien nicht großflächig, sondern sehr gezielt erfolgt. Auf Nachfrage von heise Security erklärte Candid Wüest, Principal Security Engineer bei Symantec, dass die entsprechenden exe-Files unter anderem in den USA, Frankreich, Deutschland, Japan gesichtet wurden, aber auch in Staaten mit Demokratiedefiziten wie der Türkei und Ägypten. Auch Marco Preuss, Director des europäischen Global Research & Analysis Teams von Kaspersky, bestätigte Dateifunde auf Rechnern in der Türkei.

Laut ESET sind die bereits im April 2016 von den Providern eingerichteten Umleitungen nach wie vor aktiv. Alle Opfer nutzten unverändert denselben, innerhalb eines Landes jeweils identischen Provider. Auf Nachfrage erklärte ESET, dass man aus Gründen des Datenschutzes und der Sicherheit nicht in der Lage sei, mit den Opfern in Kontakt zu treten, um sie vor der womöglich noch immer bestehenden Gefahr zu warnen. Die betroffenen Länder nebst jeweils beteiligten Providern will ESET – ebenfalls „aus Sicherheitsgründen" – nicht nennen. Ungeklärt bleibt auch die Frage nach den Verantwortlichen und ihren Motiven.

Gut einen Monat Arbeitszeit investierte der damit betraute ESET-Mitarbeiter in die Analyse der neuen FinFisher-Variante. Sie bringe diverse neue Methoden mit, um sich ihrer Entdeckung und anschließenden Untersuchung zu entziehen, darunter Techniken gegen Analysen in einer Sandbox, gegen das Debugging, gegen virtuelle Umge-

bungen und gegen Emulation. Der komplette Code des Schädlings sei gespickt mit Tricks gegen das Disassemblieren. Außerdem setzen die Programmierer auf eine bislang nicht gesehene, wahrscheinlich selbst entwickelte Methode zur Code-Virtualisierung zum Schutz ihrer Komponenten.

heise.de

Innenminister will digitale Hintertüren

Private Computer, der heimische Fernseher und alle anderen digitalen Geräte sollen offenbar nach Plänen des amtierenden Innenministers mit einer Hintertüre ausgestattet werden, die Geheimdiensten und Polizeien den Zugriff erlaubt. Die Maßnahme wäre nicht nur ein großer Schritt in den Überwachungsstaat, sie gefährdet auch die digitale und physische Sicherheit aller Bürger.

Der amtierende Innenminister Thomas de Maizière will die Industrie verpflichten, Hintertüren in allen digitalen Geräten zu schaffen. Betroffen sind private Tablets und Computer genauso wie Bord-Computer in Autos, Smart-TVs und alle anderen Geräte im „Internet der Dinge" – von der Küchenmaschine bis zum vernetzten Sexspielzeug. Das geht offenbar aus einer Beschlussvorlage des Bundes hervor, aus der das RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) zitiert.

Laut RND ist der Antrag mit „Handlungsbedarf zur gesetzlichen Verpflichtung Dritter für Maßnahmen der verdeckten Informationserhebung nach §§ 100c und 100f StPO" überschrieben. Es handelt sich dabei um eine massive Ausweitung des Lauschangriffs. Hintergrund der Maßnahme seien Probleme der Behörden bei der „verdeckten Überwindung von Sicherheitssystemen".

Im Artikel des RND heißt es weiter:

Gemeinsam mit den Unions-Innenministern der Länder verlangt er in einer zusätzlichen Protokollnotiz, die geplante Gesetzesänderung „technikoffen" zu formulieren, „um eventuelle künftige Entwicklungen mit erfassen zu können". Demnach wären Lauschangriffe künftig überall dort möglich, wo Geräte mit dem Internet verbunden sind. Die Industrie soll dem Staat exklusive Zugriffsrechte einräumen, etwa bei privaten Tablets und Computern, Smart-TVs oder digitalisierten Küchengeräten.

Zudem will de Maizière eine Art „Kill-Switch", mit dem im Krisenfall die Sicherheitsbehörden private Rechner herunterfahren können. Das beinhaltet laut einem „Fachkonzept zum Takedown von Botnetzen" auch, dass Geheimdienste und Polizeien private Daten abgreifen dürfen – angeblich um die Nutzer vor Hacker-Zugriffen auf ihre Rechner zu warnen.

Digitalisierte Migrationskontrolle: Wenn Technik über Asyl entscheidet

Sprachanalyse-Software, Fingerabdruckabgleich und Handydatenauswertung – das sind nur einige Maßnahmen, die das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in den letzten Monaten eingeführt hat. Asylverfahren werden digital, die Entscheidungen über menschliche Schicksale zunehmend Maschinen überlassen.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) greift immer stärker auf technische Mittel zurück, wenn es darum geht, die Identität und Herkunft von Asylsuchenden zu bestimmen und zu prüfen. Laut BAMF könnten nur etwa 40 Prozent der AntragsstellerInnen einen Pass vorlegen. Ein sogenanntes digitales Assistenzsystem soll dem „besseren Flüchtlingsmanagement" dienen und helfen, das Problem der Identitätsfeststellung zu bewältigen. Das System wurde zunächst in der Aufnahmeeinrichtung des BAMF in Bamberg getestet und wird nun bundesweit eingesetzt.

Einen der ersten Schritte zum effizienteren „Management" der Asylsuchenden stellte das sogenannte Kerndatensystem dar. Das Anfang 2016 in Kraft getretene Datenaustauschverbesserungsgesetz führte dazu, dass im Ausländerzentralregister wesentlich mehr Daten gespeichert werden als zuvor. Neben Angaben zur Person, ihrem Wohnort im Herkunftsstaat und Informationen zu ihren Ausweispapieren kam eine Vielzahl weiterer Angaben hinzu: Fingerabdrücke, durchgeführte Gesundheitsuntersuchungen, Impfungen, die vollständigen Namen von begleitenden Familienangehörigen und berufliche Qualifikationen sind nur einige davon. Auch die Seriennummer des neuen, mit einem QR-Code ausgestatteten, Ankunftsnachweises gehört dazu.

Mit dem zentralen System sollen Doppelregistrierungen durch verschiedene Behörden vermieden werden, was wiederum dazu führt, dass eine Vielzahl von Stellen Zugriff auf die Daten hat. Zwar soll jede Behörde nur Zugriff auf die für sie relevanten Datenbestände haben, dieser erfolgt dafür aber automatisiert, eine gesonderte Anfrage ist somit überflüssig. Bis zum März 2016 hatten 14.000 Einrichtungen Zugriff auf das Zentralregister. Darüber hinaus wurde das Registrierungsverfahren dahingehend umgestellt, dass eine Erfassung bereits beim ersten Kontakt mit den deutschen Behörden erfolgt, beispielsweise beim Grenzübertritt.

TransLitA, der Transliterationsassistent

Eines der Probleme des BAMF waren unterschiedliche Namensschreibweisen, besonders wenn Personen ohne

Passdokumente einreisten und so ihren Namen primär mündlich mitteilten. Wenn die Namen in die lateinische Schriftweise übersetzt wurden, kam es zu Fehlern, beziehungsweise mehreren Varianten der Transliteration. Die betroffenen Personen sollen nun ihre Namen selbst, beispielsweise in arabischer Schrift, eingeben. Diesen überträgt dann TransLitA, kurz für Transliterationsassistent, automatisch und einheitlich in lateinische Schrift. Das BAMF erhofft sich davon jedoch nicht nur weniger Fehler bei der Namensübertragung. Die Software gibt anhand der Namensschreibweise auch Hinweise auf mögliche Herkunftsländer und soll so überprüfen, ob die Angaben der Asylsuchenden plausibel sind.

Das System mag geeignet sein, um einheitliche Transliterationen sicherzustellen, der Nutzen bei Sicherheitsabgleichen ist jedoch zweifelhaft. Liegt kein Passdokument vor und gibt die oder der Antragstellende vorsätzlich einen falschen Namen in einer plausiblen Schreibweise an, versagt TransLitA.

Stimmbiometrie zur Dialekterkennung

Wenn das BAMF an den Herkunftsangaben von Asylsuchenden zweifelte, forderte es in manchen Fällen Sprachgutachten an. Diese Praxis bestand bereits seit 1998. SprachanalystInnen sollen anhand von Interviewaufzeichnungen beurteilen, ob die Angaben der Befragten glaubwürdig sind. Dafür ziehen sie Dialekte, Satzbau und verwendete Begriffe heran. Diese Analysen sollen nun an Software ausgelagert werden; das BAMF nennt das Stimmbiometrie.

Diese Sprachgutachten, unabhängig davon ob sie von Menschen oder Maschinen stammen, bergen einige Probleme. Den Analysen liegen Sprachproben zu Grunde, die aus Gesprächen mit DolmetscherInnen stammen. Befragte passen dabei mitunter ihre Sprechweise derjenigen der DolmetscherInnen an. Zum einen liegt das an der formalen Situation. Es ist nicht schwer, an eigene Beispiele zu denken, bei denen eine Person im Dialog – beispielsweise mit BehördenvertreterInnen – versucht, ihren Heimatdialekt zu unterdrücken. Zudem erfolgt eine Akkomodation an die Hochsprache bei GesprächspartnerInnen, wenn diese einen anderen Dialekt sprechen, gerade bei seltenen Dialekten ist das zu erwarten.

Darüber hinaus sind Interviewausschnitte mitunter zu kurz, um aussagekräftige Bewertungen zu erstellen. Im Falle eines menschlichen Gutachters lässt sich auch die Qualifikation der Begutachtenden nicht überprüfen, da das BAMF ihre Identität unter Verschluss hält.

Die Vielfalt der Sprachen und Dialekte im arabischen Raum ist groß, in Syrien allein verzeichneten die Linguisten Gary F. Simons und Charles D. Fenning 18 aktiv gesprochene Sprachen und unzählige zugehörige regionale Dialekte. Ein Mensch braucht dafür ein tiefes Fachwissen, nicht für jede Region sind muttersprachliche GutachterInnen oder solche, die sich für längere Zeit in einer Region aufgehalten haben, verfügbar. Ein Computer hingegen benötigt eine riesige Datenbasis, um die Unterschiede zu lernen, also genügend Beispiele.

Forschung zu Dialektanalyse

Aktuelle Beispiele aus der Forschung zu automatischer Dialektanalyse scheiterten schon bei einer viel kleineren Menge an Zuordnungsmöglichkeiten. LinguistInnen versuchten, Hocharabisch und die vier ver-breitetsten arabischen Dialekte anhand von Beispielen aus Nachrichtenbeiträgen auseinanderzuhalten. Ihre Software konnte die Audioaufnahmen zuverlässig in die Kategorien „Hocharabisch“ und „Dialekt“ einordnen, bei der Zuordnung zu einem bestimmten der vier Dialekte wiederum erzielten sie lediglich eine Genauigkeit von 60 Prozent. Bei den vielen syrischen Dialekten wird die Aufgabe entsprechend schwerer.

Dazu kommt, dass Sprache nicht statisch ist, sie entwickelt und verändert sich ständig – sowohl innerhalb der Regionen als auch im Sprachgebrauch des Menschen, der sie nutzt. Jeder Kontakt mit Personen verändert das Sprechen. Auf ihrem Fluchtweg kommen Asylsuchende mit einer Vielzahl anderer Menschen unterschiedlicher Herkunft in Kontakt. Bei Menschen, die im Laufe ihres Lebens ihren Wohnort wechselten, vermischen sich Dialekte. Sie übernehmen regionale Eigenheiten, passen ihre Wortwahl an. Außerdem beeinflussen soziale Faktoren die aktive Sprache. Bei Personen, die aufgrund ihrer Herkunft diskriminiert werden und Nachteile fürchten müssen, kommt es zu Anpassungen, um nicht sofort zugeordnet werden können.

Ein weiterer Faktor: Sprachen halten sich nicht an Landesgrenzen. Der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erklärte die jordanische Linguistin Enam Al-Wer, in der arabischen Welt seien viele Landesgrenzen mit dem Lineal gezogen worden. Das mache es unmöglich, zweifelsfrei festzustellen, ob jemand nun auf der einen oder der anderen Seite einer Grenze geboren ist. Auf syrische Asylsuchende übertragen heißt das: ob sie ihrem Herkunftsland Syrien zugeordnet werden, das 2017 bisher eine Schutzquote von 94,3 Prozent hat, oder Nachbarländern wie Jordanien mit deutlich schlechterer Bleibeperspektive.

Das BAMF betont bei den digitalen Systemen immer wieder, die endgültige Entscheidung liege in der Hand des Menschen. Die Ergebnisse dienten nur dazu, zusätzliche Anhaltspunkte zu erlangen. Doch je mehr dieser Anhaltspunkte diese vermeintlich objektiven Systeme liefern, desto größer wird ihr Einfluss auf diejenigen, die sie in eine Asylentscheidung einbeziehen müssen – gerade wenn die Zeit knapp und die Liste der abzuarbeitenden Fälle lang ist.

Bildbiometrische Verfahren

Die Fingerabdrücke der Geflüchteten werden bei ihrer Registrierung erfasst und in der Asyl-Fingerabdruckdatei des Bundeskriminalamtes gespeichert. Seit August 2016 – so der damalige BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise – waren alle BAMF-Stellen mit der notwendigen Technik

ausgestattet. Durch diese Fingerabdrücke sollen Mehrfachregistrierungen verhindert werden.

Nehmen die Behörden einen Fingerabdruck ab, erfolgt – mithilfe des „Fingerabdruck-Schnell-Abgleichsystems“, kurz Fast-ID – ein automatischer Abgleich mit der zentralen BKA-Datenbank. Als zweites Merkmal zieht das BAMF biometrische Gesichtsbilder heran. Wie die Fingerabdrücke und einheitlich transliterierten Namen sollen sie Doppelregistrierungen einfacher vermeiden helfen und dienen dem Abgleich mit Datenbanken sonstiger Sicherheitsbehörden.

Massenauslesen von Smartphones

Das im Mai vom Bundestag verabschiedete Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht ermöglicht dem BAMF zusätzlich zu den genannten technischen Maßnahmen, Endgeräte und Datenträger der Geflüchteten zu durchsuchen. Beispielsweise können ihre Smartphones schon bei der Registrierung als Asylsuchende ausgelesen werden.

Während des Gesetzgebungsprozesses argumentierten BefürworterInnen der Regelung, die Auswertung der Daten solle das letzte Mittel sein, falls die Herkunft und Identität der Betroffenen nicht anders geklärt werden könne. Das sei der Fall, wenn die Betroffenen kein Passdokument vorlegen können und anderweitige Informationen nicht zu einem eindeutigen Ergebnis führen würden.

Der tiefe Grundrechtseingriff zog starke Kritik auf sich, der Deutsche Anwaltsverein sah gravierende Verletzungen des Persönlichkeitsrechts der Geflüchteten, auch die Bundesdatenschutzbeauftragte Andrea Voßhoff äußerte verfassungsrechtliche Bedenken. Beide bemängelten, es sei nicht ausdrücklich definiert, dass die Maßnahme nur als letztes Mittel angewandt werden dürfe. Diese Bedenken bestätigten sich. BAMF-Chefin Jutta Cordt gab Ende August bekannt, nur die Auswertung der Daten sei „Ultima Ratio“. Auslesen will das BAMF hingegen pauschal alle Geräte, schon beim Erstkontakt mit dem Bundesamt. Sie sollen dann in einem „technischem Safe“ gespeichert werden. Will das BAMF die Daten später nutzen, müsse eine VolljuristIn sie freigeben.

Wie die Bundesregierung im September auf eine Kleine Anfrage mitteilte, umfassen die vorliegenden Rohdaten „Ländercodes der gespeicherten Kontakte, Ländercodes der angerufenen und angeschriebenen Nummern, Ländercodes der eingehenden Anrufe und Nachrichten, Lokationsdaten und die in den Nachrichten verwendeten Sprachen“.

Die Bundesregierung erwähnt hier ausdrücklich Lokations-, also Geodaten als Analysebaustein. Das geht über das ursprünglich geplante Maß an gesammelten Daten hinaus. In einer Plenardebatte hatte sich der parlamentarische Staatssekretär Ole Schröder (CDU) beklagt, mit der SPD sei es nicht machbar gewesen, das Auslesen dieser Daten zu erlauben. Nun sieht die Praxis anders aus: Laut Bundesregierung könnten Geodaten „Rückschlüsse auf die Staatsangehörigkeit zulassen“, Reiserouten sollen aber nicht erstellt werden.

Auch Geheimdienste profitieren

Von den zunehmenden Datenmengen, die über Geflüchtete anfallen, profitieren die Geheimdienste. Im Namen der Sicherheit werden Daten an das Bundesamt für Verfassungsschutz, den BND, den Militärischen Abschirmdienst, das Zoll- sowie das Bundeskriminalamt weitergeleitet, um die Daten mit deren Erkenntnissen abzugleichen. Für bestimmte Herkunftsländer, die das Bundesinnenministerium und das Auswärtige Amt zusammen festlegen, erfolgt dieser Abgleich automatisiert.

Mit welchen Dateien die entsprechenden Stellen die Daten der Geflüchteten abgleichen, hält die Bundesregierung geheim. Es geht jedoch mindestens um neun verschiedene Datenbanken, darunter die polizeilichen Informationssysteme INPOL-Fall und INPOL-Zentral sowie das „Nachrichtendienstliche Informationssystem“ (NADIS-WN) des Verfassungsschutzes. Die angefragten Behörden gleichen die Daten nicht nur ab, um dem BAMF mitzuteilen, ob Gründe gegen einen Schutzstatus sprechen. Sie dürfen die Informationen auch „zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben“ speichern und verwenden. Was diese Gründe sein können, ist nicht näher definiert, und es liegt in der Natur der Geheimdienste, eine Vielzahl von Informationen zu sammeln, die potentiell nützlich werden könnten.

Weitere Übermittlungen fallen an, wenn das BAMF zu der Auffassung gelangt, Asylsuchende würden über sicherheitsrelevante Erkenntnisse verfügen. Die Zahl dieser Übermittlungen an BND und Verfassungsschutz steigt. 2015 erfolgten 462 Übermittlungen vom BAMF an den BND – bei 441.899 Asyl-Erstanträgen. Bis zum Oktober 2016 übermittelte das BAMF 1.350 Mal Daten, bei 676.320 Anträgen insgesamt. Die Zahl der Übermittlungen hat sich also fast verdreifacht, während die der Anträge lediglich um das Eineinhalbfache wuchs.

Die Entscheidung liegt beim Menschen?

Der vom BAMF verwendete Begriff „Flüchtlingsmanagement“ bringt es auf den Punkt: Mit der zunehmenden Technisierung und Automatisierung entwickelt sich der Asylprozess in eine Richtung, bei der Effizienz als wichtigster Faktor gilt. Hilfe erhält das BAMF dabei durch klassische Unternehmensberatungen wie McKinsey, Roland Berger oder Ernst & Young. Allein 2016 gab das BAMF dafür 25 Mio. Euro aus.

Die wachsende Technisierung und an Fabriken erinnernde Effizienzsteigerung im BAMF führt zu Fehlern. Und ein falsches Ergebnis bedeutet hier nicht, dass ein Werkstück unbrauchbar geworden ist. Es bedeutet, dass mitunter Menschen abgeschoben werden, denen in ihrem Herkunftsland Verfolgung und Tod drohen. Mit den steigenden Zahlen an Asylsuchenden im Jahr 2015 war das BAMF überfordert, organisatorisch und personell. Das führte zu schlecht ausgebildeten BefragerInnen, laut Berichten von ZEIT Online hatten im Mai 2017 nur 21,6

Prozent der EntscheiderInnen die gesamte vorgesehene Ausbildung durchlaufen.

Zusätzlich erfolgte eine Trennung von AnhörerIn und EntscheiderIn, die befragende Person ist also nicht mehr automatisch dieselbe, die letztlich eine Asylentscheidung fällt. Überforderung, mangelnde Ausbildung, reduzierter persönlicher Bezug zu den Befragten – die Technik komplettiert das Bild. Schicksale werden zu Akten, Entscheidungen stützen sich auf die Ausgaben eines Systems. Dass diese nur eine Zusatzinformation sei und die Entscheidung am Ende immer noch in der Hand eines Menschen verbleibe, wirkt zynisch, wenn ein Entscheider fünf Anträge an einem Tag bearbeiten soll.

CILIP, Ausgabe 114

Einbruch in Ausländerbehörde

„Polizeimeldung vom 09.10.2017 Berlin Mitte Nr. 2302

Ein schadensträchtiger Einbruch wurde heute Morgen in Moabit festgestellt. Nach bisherigen Ermittlungen stellten Mitarbeiter der Ausländerbehörde gegen 5.45 Uhr einen Einbruch in das Dienstgebäude am Friedrich-Krause-Ufer fest und alarmierten die Polizei. Ermittlungen der Kriminalpolizei ergaben, dass unbekannte Täter sich gewaltsam Zutritt zu vier Büroräumen verschafft hatten. Dort wurden unter anderem ein Wertschrank aufgebrochen und daraus diverse Blankodokumente, Behördenstempel und Siegel gestohlen. Zudem entleerten die Unbekannten großflächig Pulverfeuerlöscher in den Büroräumen. Die Kriminalpolizei der Polizeidirektion 3 übernimmt die Ermittlungen.“

- Quelle: https://www.berlin.de/polizei/polizeimeldungen/pressemitteilung.637603.php

Wenn Betonwüsten intelligent werden

Smarte Kontrolle und die Technisierung der Stadt

Immer höher, schneller, besser…
... der Kapitalismus strebt nach ständiger Profitsteigerung und muss ständig seine Funktionsweisen optimieren und neue Absatzmärkte erschließen. Gleichzeitig muss die Kontrolle über die Bürger – die Gestressten und Konsumierenden – bewahrt werden und somit auch die Überwachung, Vermessung und Steuerung von deren Alltagsleben intensiviert und ausgeweitet werden.

Nachdem jeder Winkel dieses Planeten, jeder Mensch, jeder Rohstoff und jede Spezies in die Verwertungslogik der Ökonomie integriert wurde und schließlich jeder jeden als Konkurrenz im Rennen um Profit betrachtet, werden Stück für Stück immer neuere Sphären zur Kapitalanhäufung geöffnet: So soll jeder gesellschaftliche Lebensbereich einer Effizienzsteigerung unterzogen werden, indem durch die flächendeckende Installierung von Internet, Chips und Informationstechnologien eine noch „perfektere“ Organisation des Alltags ermöglicht werden soll. Ein Markt, der nicht nur für den Verkauf von Abermillionen „smarter“ Geräte geöffnet wurde, sondern vor allem Profite durch die Speicherung, Auswertung und Verarbeitung all der Abermillionen Daten jedes Bürgers erzielt. Denn die „Smartifizierung“ des Lebens ist bereits in jeden Bereich des Lebens eingedrungen: „Intelligente“ Technologien werden nicht nur in der Arbeit und im Privatgebrauch eingesetzt, sondern auch im Kontext einer immer flexibleren Mobilität, in jeder Sphäre der Kommunikation und auch im Bereich der Energieversorgung. Der ganze gesellschaftliche und vor allem städtische Raum wird ein Feld indem pausenlos Geräte und Chips sich durch W-Lan in Verbindung setzen und pausenlos Daten sammeln und diese zusehends auch automatisiert auswerten und verwenden. Das Internet der Dinge und die sogenannte künstliche Intelligenz erhalten Einzug in die Stadt – in den Straßenverkehr, den Supermarkt und das Zuhause, in Ampeln, Straßenlaternen, Kassen, Kameras und Kühlschränke.

Urban, green und smart

Der Mensch verkommt zu einer umherirrenden Datenschleuder, dessen Ausdünstungen und Bedienungswünsche möglichst überall vermerkt und effektiv verwertet werden. Angeblich soll alles praktischer werden, schließlich müssen wir nichts mehr selbst tun,außer unser Smartphone bedienen und alles mittels Apps organisieren. Der Verkauf als auch die Datengewinnung durch Geräte, die sich durchgehend automatisch mit anderen Geräten verbinden, und die Datenauswertung mittels aktueller Software aus den Büros von IT-Spezialisten, bilden die Grundlage für den neugewonnenen Reichtum einiger weniger IT-Firmen. Es etabliert sich ein neuer Lebensstil, eine neue, „selbstverständlich“ daherkommende moderne Organisation des alltäglichen Lebens – samt eines gewissen Chic und Styles, den sich zu Anfang nur die Reichen leisten können, welcher sich aber dennoch beständig in der ganzen Gesellschaft durchsetzt. In wechselseitiger Wirkung werden die Teile der Stadt, die den Reichen vorbehalten sind, durch diesen Style geprägt und fördern diesen zugleich. „Urban, green und smart!“ – nennen sich nicht nur die Reichen, sondern auch die Stadt als Ganzes, wenn sie um die neuen IT-Standorte und Tech-Messen buhlt.

Der omnipräsente Austausch von Daten eröffnet einen recht lückenlosen Einblick in die gesellschaftliche alltägliche Langeweile – in die ganzen kleinen Routinen, Gewöhnlichkeiten und Normen – und das ist es, was Politik und Polizei besonders interessiert. Es zeigt sich nicht nur, wer sich ungewöhnlich verhält, die Trends nicht

mitspielt oder sich ihnen eventuell bewusst entziehen will. Die ganze Bevölkerung bietet ein viel exakteres Bild ihrer Bewegungen und Verhaltensweisen, weswegen sie auch um einiges effektiver verwaltet und von oben herab organisiert werden kann. Denn schließlich können auf längere Sicht nicht nur bloß die schwarzen Schafe aussortiert werden, sondern auch riesige Menschenmassen kontrolliert und somit indirekt gelenkt werden. Indem die erhobenen Daten ständig in Form von Statistiken verarbeitet werden, wird ein Mittel geschaffen um Millionen von Menschen zu verwalten, zu regulieren und durch permanente Vorbeugung und Prävention auch zu manipulieren und zu lenken. Die Smartifizierung des Alltags zielt nicht nur auf Wirtschaftserfolge für IT-Riesen, sondern auch auf optimierte Lohnsklaverei, auf Kriminalitätsprävention und reibungsloses Regieren und ein Herrschen und Verwalten, welches sich in gänzlich unsichtbarem, dezentralen und umweltbewusstem Outfit schmückt.

Zusammen intelligenter?

Doch werfen wir ein Blick auf das EU-Projekt „Smarter Together“, welches die Konstruktion einer Smart City in bestimmten Quartieren in den Städten Wien, Lyon und München vorsieht. Das Projekt konzentriert sich in München auf die Stadtteile Neuaubing-Westkreuz und Freiham und betrifft letztendlich 50.000 ansässige und neu hinzu ziehende Bewohner. Neben der Tatsache, dass sich auch dieses Projekt betont umweltfreundlich und offen für das Engagement der Bevölkerung gibt, sieht es zum einen die flächendeckende Ausstattung mit Car-Sharing-Autos, MVG-Rädern vor und soll zudem den Kauf digitaler MVG-Tickets fördern – und schließt somit beinahe alle Bereiche der Mobilität in der Stadt mit ein. Außerdem sollen überall intelligente Straßenlaternen installiert werden, die nur dann leuchten, wenn sich auch Menschen nähern, und zusätzlich auch noch die passierenden Menschen belauschen, mittels W-Lan (ihre IP-Adresse) identifizieren und eventuell auch mit Kameras ausgestattet sind. Dieses neue W-Lan-Netz ist die Basis der SmartCity. Darüber hinaus sollen in diesen Vierteln (und Stück für Stück auch in der restlichen Stadt) sogenannte Smart-Meter eingeführt werden, welche den Energieverbrauch eines jeden Haushaltes messen und so herausfinden können, wo wie viele Leute wohnen und wann sie welche elektrischen Geräte in welchem Zimmer benutzen. Da heutzutage fast jede Tätigkeit in Verbindung mit elektronischen Geräten steht, kann so theoretisch eine individuelle Dauerüberwachung in Echt-Zeit erfolgen. Es geht also um Bevölkerungskontrolle in großem Maßstab, welche auch die Überwachung der Straße und das Überblicken und Beschleunigen der Mobilität mit einschließt.

Dass dieses Projekt ebenso die umfassende Sanierungen und die Aufwertung jener Viertel vorsieht, zeigt letztendlich, dass es in diesem Projekt der Stadt um eine Kapitalinvestition geht, die den Wert des Viertels als auch die Ökonomisierung desgesamten Lebens steigern soll. Zudem ein innovatives Experiment, wie weit man bereits jetzt in der lückenlosen technologischen Kontrolle und Verwaltung der Bevölkerung gehen kann... Die Firmen, die von diesem Projekt profitieren und es entwickeln (SWM, MVG, Siemens, Fraunhofer, TUM, Securitas, Toshiba...) und diejenigen, die die Machtkonzepte dahinter liefern (IBM, Google, Siemens, Microsoft, Amazon, Telekom, Bosch) überschneiden sich nicht nur in ihren Interessen, sondern auch oft in ihrem Standort – München. Schritt für Schritt soll das massive Vorantreiben der Smartifizierung die Stadt zu einem neuen SilliconValley machen, zu einem Versuchslabor und Wirtschaftsmotor. Schon jetzt ist ersichtlich, dass durch diese Prozesse nicht nur die städtische Infrastruktur, sondern auch die Zusammensetzung der Bewohner nachhaltig verändert werden soll. Die Aufwertungs- und Verdrängungsprozesse werden rasant beschleunigt, da die attraktiven smarten Arbeitgeber den Zuzug von Yuppies und reichen IT-lern massiv anheizen. Die Errichtung neuer smarter Yuppie-Viertel und das Darbieten neuer Wohn- und Arbeitskonzepte, die besonders auf eine Flexiblisierung, sprich, auf eine Verschmelzung von Arbeit und Freizeit, Wohnung und Arbeitsplatz, Kollegen und Freunden und auch dem Pendeln zwischen unterschiedlichen Städten abzielen, soll ein weiterer Köder sein. Nebenher werden noch fleißig heimische IT-StartUps von Stadt und Staat mitfinanziert und das In-Szene-Setzen und Etablieren des hippen, trendigen AirbnB-Deliveroo-Smoothie-Lifestyles tut das Nötigste um langsam aber nachhaltig alle weniger betuchten Städter zu verdrängen und Platz für Neureiche und deren Lofts zu schaffen. So wird letztendlich nicht nur die Bewohnerstruktur, sondern auch die vorherrschende Art in der Stadt zu leben, zu wohnen und zu konsumieren umgekrempelt – in Richtung immer reicher, immer schicker, immer smarter.

Totale Kontrolle

Dabei stellt der Stellenwert, den die Technologie in gegenwärtigen Herrschaftskonzepten wie der SmartCity hat, nicht nur einen ökonomischen Faktor oder eine unter vielen Kontrollmethoden dar, sondern repräsentiert auch eine Ideologie, welche die Technologie als Allheilmittel sieht. Nein, nicht nur als Mittel, sondern als Selbstzweck, als eine Komponente, der durch ihre omnipräsente Einpflanzung auch eine omnipotente Macht zukommt. Die Methode der Statistik sieht in jedem noch so kleinen Aspekt Daten, die potentiell erhoben werden könnten, was durch das Vernetzen von Computersystemen und deren immer größer werdende Rechenkraft und kleiner werdende physische Größe auch versucht wird. Die Digitalisierung ermöglicht die Einspeisung all dieser Daten, die dank Chips und Internet schließlich allem eine zugehörige Nummer zuweisen können. Nach den Ansprüchen der Herrschaft werden diese Daten dann mittels Computern ausgewertet, gefiltert, in Statistiken gepresst – um schließlich ein exaktes Terrain zu zeichnen, innerhalb dessen reguliert, sanktioniert, ausgelesen und optimiert werden kann. Eine allumfassende, sanfte Herrschaft, die Dank der alles erfassenden Technologien, alles im Blick behält und auf alles je nach Belieben Einfluss ausüben kann – am besten präventiv.

Die Macht dieser Technologie kristallisiert sich weniger in der Person des Technokraten – des Spezialisten, der als einziger das Wissen, die Erlaubnis und letztendlich auch

das Verantwortungsgefühl dafür hat, die technologische Stadt in Stand zu halten und zu verändern – als in der Materie der Stadt selbst. Eine Materie, die samt ihrer Kabel, Antennen, Chips und Netze nicht nur überall ist – die also totalitär ist – sondern auch im doppelten Sinne eine diktatorische ist; also eine materielle Diktatur: Einerseits übt sie durch zwar milden, aber unnachgiebigen Zwang einen immerwährenden Druck auf jeden Einzelnen aus: Stets verbunden und verpflichtet, empfänglich und folgsam, zuhörend und gehorsam zu sein – gegenüber dem nächsten Arbeitsauftrag, dem Fahrplan, den News. Durch die lückenlose Selbstoffenbarung gibt man alles preis – und macht sich so umso verdächtiger, wenn man mal etwas verheimlicht – und gewöhnt sich so an die ständige Präsenz einer Wanze in der Hosentasche und sieht einfach darüber hinweg, dass alle jener der Bewegungen, Beziehungen und Besprechungen, die im Netz stattfinden – sprich mittels oder oft schon in Anwesenheit von Geräten – gespeichert, analysiert, berechnet und vorhergesagt werden können.

Die technologische Materie wird mehr und mehr zum grundlegenden Mittel des Staates, um seine grundlegende Funktion ausüben zu können: Soziale Kontrolle. Die Ausübung von Macht geht weniger von einzelnen Uniformierten aus, sondern von einem so kleinteiligen und omnipräsenten technologischen Netz an sich, so dass diejenigen, die es betreiben, mehr die Rolle von Verwaltern einnehmen, als die von Herrschenden. Und durch das stetige Weiterproduzieren und unhinterfragte Weiter-kaufen und -Bauen ist die Macht, die von der Technologie repräsentiert wird, von je her totalitär, da sie stets danach strebt in jeden Lebensbereich und in jedes Lebewesen einzudringen (und über Leben und Tod entscheiden zu können – doch wir müssen nicht auf die Nanotechnologie oder Nukleartechnologie zeigen, um zu sehen was technologische Totalität bedeutet.) So ist das Projekt der SmartCity ein kolossaler Schritt in die Richtung neue Technologien in jedem Aspekt des städtischen Raumes und somit in unserem Alltag und vor unserer Haustür zu installieren – und dieses technologische Netz so noch feiner, noch profitabler zu weben und uns alle und jede unserer Bewegungen einzufangen. Gleichzeitig wird bereits jetzt der Boden dafür präpariert, das Projekt der SmartCity über die Grenzen eines einzelnen Viertels auszuweiten, indem die sozialen Auslese- und Säuberungsprozesse vorangetrieben werden, um die Unproduktiven, Widerspenstigen und delinquenten Störfaktoren zu verdrängen und so perfekten Rahmen für ungestörtes und nachhaltiges Profitieren vorzubereiten.

User oder Störfaktor?

Wenn die soziale Kontrolle innerhalb der Stadt einerseits darauf abzielt jeden technologischen Trend und jedes Stadtaufwertungsprojekt widerstandslos durchzusetzen, müssen wir die Möglichkeit wahrnehmen die technologischen Moden und Projekte zu hinterfragen und kollektiv zu verweigern. Dementsprechend müssen wir nach Möglichkeiten suchen uns die Straßen anzueignen und gemeinsam unkontrollierbar auf diesen zu bewegen und so mit unserer eigenen Kreativität, Widerspenstigkeit und unseren eigenen – der kapitalistischen Stadt gegenüber – offensiven Projekten auszufüllen. Sich die Straße zurückzunehmen heißt auch die über sie verfügenden Kontrollstrukturen und -instrumente anzugreifen und die sie ausfüllenden Warenflüsse lahmzulegen. Die sich stetig ausbreitenden technologischen Apparate und die von ihnen organisierte Techno-Gesellschaft ist nicht nur von ihren herumwuchernden Informationen und Ingenieuren abhängig, sondern auch von ihren Kabeln und Antennen, Warnanlagen und Schaltkästen, ihren Leitungen und Fahrzeugen. Warum eignen wir uns nicht die Fähigkeit an diese Stadt und ihre lebensfeindliche Technokratie lahmzulegen, indem wir ihre Systeme und Infrastruktur sabotieren? Indem wir im Kleinen wie im Großen mit ihrer andauernden sozialen Kontrolle und technologischen Herrschaft brechen und neue Möglichkeiten und Wege erkunden? Indem wir die Bauprojekte der Stadt angehen, die Straßen unserer Viertel unkontrollierbar machen und für einen Kurzschluss innerhalb der uns umgebenden Maschinengesellschaft sorgen?

Gegen die Smart City, gegen die technokratische Stadt und ihre Yuppies!
Legen wir die soziale Kontrolle lahm!

Einige verantwortliche Firmen für das Projekt Smart City München: SWM, MVG, Siemens, Fraunhofer, TUM, Securitas, Toshiba etc.

Einige Entwickler Smarter Technologien: IBM, Google, Siemens, Microsoft, Amazon, Telekom, Bosch etc.

anonym

Feuer, Steine und Farbe gegen Start-up Factory

Dokumentation, Berlin:
„Viele Texte wurden schon zu Hamburg verfasst. Noch immer sitzen Gefährt*innen im Knast und sollen für die traumhaften Augenblicke, in denen wir die alltägliche Gewalt des Staates und der Gesellschaft einmal an die Absender*innen zurückschicken konnten, büßen. Die Frage, die wir uns stell(t)en ist: Wie geht's nun weiter…?

Wir möchten an die Dynamik von Hamburg anknüpfen. Es hat sich gezeigt, dass viele Menschen bereit sind gegen die bestehenden Zustände kämpferisch auf die Straße zu treten, gleichzeitig konnte mit den erkämpften Freiräumen der Bedarf nach eben diesen aufgezeigt werden.

Neben Diskussionen, Texten, Treffen, Freundschaften und vielen weiteren Produkten der Zusammenkünfte rund um den G20 Gipfel, stand der Angriff im Mittelpunkt der Selbstorganisierung an den Tagen vor, während und nach dem Gipfel. Während unsere Gegner sich bestimmt schon auf den nächsten Repressionsschlag vorbereiten,

sollten wir das dort Erlebte und vielleicht auch Erlernte ausbauen.

Während sie Durchsuchungsbeschlüsse ausstellen, die Zellentür unserer Freund*innen in Hamburg und Überall zuschließen, neue Überwachungsgesetze schreiben, das Klima weiter verpesten, unsere Freund*innen in Südamerika, Afrika, Asien und überall auf der Welt aushungern und ausbeuten, unsere Kieze zerstören, unsere Wohnungen räumen… sollten wir die Zeit nutzen, um zum Gegenangriff überzugehen.

Nur eine Kultur des Widerstandes auf allen Ebenen und in allen Formen kann uns die Möglichkeit geben dieses Leben etwas erträglicher zu gestalten und Perspektiven schaffen, die vielleicht eines Tages zum schönen Leben für alle reichen.

Die Berliner Innenstadt ist so gut wie ausverkauft. Neben hunderter sogenannter Investor*innen, die ihre Kohle mit dem Bedarf an Wohnraum verdienen, investieren nun die „großen“ in der Berliner City. Google, Zalando und co. kommen und möchten ein Stück vom Kuchen der Berliner „Smartcity“.

Der Förderung und Ansiedlung der Start-up Szene kommt eine wichtige Bedeutung zu. Der Traum vieler junger Leute, mit einer guten Idee reich und „unabhängig“ zu werden, ist das Trugbild mit denen uns die eigentlichen Profiteur*innen verarschen.

Wohnraum wird verdrängt, teure Cafes, Luxusrestaurants und Hotels werden angesiedelt, Bürokomplexe hochgezogen, Brachflächen zum Geschäftsraum.

Sie wissen, dass sie ihr geliebtes Projekt nur halten können, wenn sie es mit Securities und Objektschutztstreifen beschützen. Beliebt sind sie nur bei denjenigen, die woanders wohnen und davon profitieren oder sich die neue Miete im Kiez leisten können. Alle anderen stellen verständlicherweise eine permanente Bedrohung für die schicke neue Glasfassade dar.

Wir haben keine Lust in einer Hochglanzstadt nach Londoner Vorbild zu leben, wir wollen unsere Wohnungen behalten und lieben unsere Brachen, die oft Lebens(t)raum verschiedener Leute waren. Wir finden Technologien sollen Menschen helfen, statt sie auszubeuten, zu überwachen und Mittel zum Zweck der Profimaximierung zu sein. Die Gesichtsausdrücke derer, die in der U-bahn sitzen und stumpf auf ihre Handys blicken, sind Ausdruck und Schaubild einer Gesellschaft, die sinnentleert konstruierten Bedürfnissen hinterherrennt, statt sich auf Freundschaft, Solidarität, Liebe und Gemeinsamkeiten zu beziehen.

Der Welt der Arbeit, (Selbst)Ausbeutung und Vereinzelung gilt es entschieden entgegenzutreten.

Aus diesem Grund haben wir uns mit einigen Menschen zusammengetan und der neuen Start-up Factory in Berlin Treptow zur Teileröffnung gratuliert, indem wir Steine, Farbe und einige Mollis an die Fassade warfen und in einem Gebäudeteil stinkende Flüssigkeiten verteilten.

Anfangs loderten die Flammen noch hoch, leider erlosch das Feuer aber recht schnell. Auch wir bemühen uns um eine Optimierung unserer technischen Abläufe….Versprochen!

Warum die Factory?

Die Factory hat mehrere Standorte in Berlin, ihr inoffizielles Zentrum ist seit Sommer 2014 der Berliner Start-up-Campus in der Rheinsberger Str. 76/77. Dort treffen Start-ups auf etablierte Unternehmen wie die Deutsche Bank, Schaerffler die Telekom und viele mehr.

Ziel der Factory ist es, den Start-up Standort Berlin zu stärken. Gründerszene und Old Economy sollen sich ergänzen und besser vernetzt werden. Die Start-ups profitieren von den Etablierten, was Erfahrung, Struktur und Kapitalisierung betrifft und die Konzerne profitieren in Form von Innovation, Kreativität und Geschwindigkeit.

Die Factory-Dependance am Görlitzer Park in der Lohmühlenstr. 65 dürfte das Original von der Dimension her noch weit in den Schatten stellen: Das Backsteingebäude erstreckt sich über fünf Etagen, auf den 14.000 Quadratmetern sollen demnächst bis zu 1000 Kreative arbeiten. „Das ist das größte Clubhaus für Start-ups in Europa“, sagt Factory-Vorstand Lukas Kampfmann.

Doch das Gebäude haben die Factory-Macher*innen nicht verlassen vorgefunden, nach dem Kauf im Vorjahr wurden etwa 150 Mieter*innen gekündigt, die zuvor jahrelang Ateliers und Büroräume gemietet hatten.
Die verschiedensten Atelier- und Bürogemeinschaften, darunter Grafiker*innen und Übersetzer*innen, Wissenschaftler*innen, eine Gemeinschaftspraxis von Psychotherapeut*innen und ein Ausbildungsrestaurant, wurden gekündigt.

Auf der Investorenseite stoßen wir auf einen alten Bekannten, den Immobilienspekulanten Boris Gregor Marweld. Er war Hausverwalter des Eigentümers Marc Walter, welcher 2005 maßgeblich an der Räumung des linken Wohnprojekts Yorck59 beteiligt gewesen ist. Mehrfach wurden Bewohner*innen der York59 tyrannisiert und mit der Parole „Häuser denen, die sie bezahlen können!“ macht er klar, welche Kriterien für ihn maßgeblich sind – Geld haben oder eben nicht. Marweld erwarb das Gebäude in der Lohmühlenstrasse mit seiner Firma »JoLo Berlin Liegenschafts-GmbH« für 23 Millionen Euro. Die »JoLo GmbH« wurde nach dem Kauf der Lohmühle in »L65 Grundbesitz GmbH« umbenannt, Geschäftsführer ist nun nicht mehr Marweld, sondern Stefan Klemm. Auf der Homepage von Marwelds neuer Firma »Formac Consult Real Estate GmbH«,führte er die Lohmühle jedoch weiter als »aktuelles Projekt«.

Ausblick

Unsere Solidarität gilt auch den Kämpfenden zum Black-Friday gegen die Ausbeutung durch den Amazon Konzern. Beteiligt euch kreativ an den Protesten!

Den staatlichen Institutionen ist klar, dass unsere Kritik ihm gefährlich werden kann. Das Verbot von ‚linksunten.indymedia.org' ist die direkte staatliche Konsequenz, die auf die Erfolge der Organisierungen in Hamburg folgt und eine reine Zensur unserer Inhalte.

Ein Video unserer Aktion (Link: https://vid.me/1yQtY) soll ein kleiner, wärmender und solidarischer Gruß sein, an unsere Gefährt*innen, die von der staatlichen Repression betroffen sind und an diejenigen die sich in Haft befinden.

Staat, Bullen, Investor*innen – Amazon, Google, Zalando & co. – Fickt euch alle!
Für die Freiheit!"

anonym

Angriff auf SmartCity Bemühungen

Dokumentation, Leipzig: „In der Nacht zum 01.12.17 wurde eine Karre von dem Schweineunternehmen Siemens abgefackelt. Über Siemens gibt es viel Negatives zu sagen. Diesesmal wurde ihnen zum Verhängnis, dass sie von ihnen entwickelte Überwachungstechnologie unter anderem an diktatorische Regieme in der ganzen Welt liefern und auch in Deutschland Projekte unterstützen, die die Smarte City umsetzen wollen. Damit beteiligen sie sich auch hier an organisierter Überwachung und technologischen Zurichtung.

Der Angriff ist außerdem ein Beitrag zum Kampf gegen die IMK, bei der die Überwachung der Menschen staatlich organisiert wird.

Die besten Grüße und alle Kraft an alle gefangenen Genoss*innen!"

anonym, Quelle: https://de.indymedia.org/node/15810

Angriff auf PORR und Wiener Linien

Dokumentation, Wien:
„Vor knapp 2 Wochen legten wir Feuer an einem Fahrkartenautomat der Wiener Linien an der U4-Station Schottenring. Der Automat brannte aus, die Tickets und das Geld dürften wohl zerstört sein…

Die Wiener Linien bauen die Kameraüberwachung in den Zügen und Stationen massiv aus, haben seit Kurzem eine eigene Security-Truppe aufgestellt und ab Jänner erhöhen sie erneut die Ticketpreise – was natürlich wieder am härtesten jene trifft, die ohnehin schon die Arschkarte in dieser beschissenen Gesellschaft gezogen haben.

Ausserdem legten wir Feuer an einem Radlader der Firma PORR, die u.A. für die Zerstörung des Mur-Flusses in Graz mitverantwortlich ist, um dort ein weiteres Wasserkraftwerk zu bauen. Damit wollen wir den Kampf der Leute, die gegen das Kraftwerksprojekt in Graz kämpfen, mit einem kleinen Beitrag unterstützen.

Leider wurde das Feuer von vorbeikommenden Aktivbürgern zu früh gelöscht, das Fahrzeug brannte deshalb nicht vollständig aus.

Auch wollen wir anmerken, dass wir uns keinesfalls von begangenen "Straftaten" in Graz oder sonstwo distanzieren (siehe hierzu z.B. "Graz: Angriff auf Verdrängung und Technologisierung", die sich gegen den Kraftwerksbau richten, wie das viele andere Gruppen und Individuen getan haben.

Durch eine Distanzierung spielen wir nur dem Staat und seinen Schergen in die Hände. Dadurch wird Widerstand in gut (weil legal) und schlecht (weil illegal) eingeteilt, was nur einer breiten Bewegung im Wege steht, Aktionen delegitimiert (vielleicht, weil man sich selber nicht traut?) und ganz obendrein unsolidarisch ist. Wir reden nicht mit den Autoritäten, auch nicht um uns zu distanzieren.

Kampf dem Kraftwerk, alle mit ihren Mitteln!
Und nieder mit dieser Scheiß-Gesellschaft…"

anonym

Es knirscht im Gebälk

Über das Scheitern der NATO als globalem Akteur des Westens

Weltweit militärische Aufmärsche, irrwitzige Aufrüstung, Festungsbau, größenwahnsinnige Autokraten sowie rücksichtslose Machtkämpfe und Krieg. Eine Ahnung, dass da was im Gange ist, beschleicht uns.

Die EU beginnt mit dem Aufbau einer eigenständigen Militärstruktur, Trump will immer mal wieder Nordkorea eliminieren (wenn er gut gefrühstückt hat, auch mal wieder nicht), der saudische Kronprinz entdeckt seine Großmachtambitionen und lässt bomben, wo er nur bomben

lassen kann. In Irak und Syrien mischen alle mit, kämpfen Bundesgenossen gegeneinander. Zerschlägt sich jede Hoffnung auf einen Zustand, den man Frieden nennen könnte? Stehen wir vor einer Ära entgrenzter globaler Kriege?

Die Entwicklung der NATO könnte Anhaltspunkte für eine Einschätzung bieten. Wir wollen schlaglichtartig aktuelle Entwicklungen beleuchten und versuchen, diese politisch einzuordnen. Es ist ja viel in den Medien darüber geschrieben worden, was das trump'sche Meinungskarussel für die NATO bedeutet. Zumindest dies halten wir für sicher: Widersprüche werden offen und die allgemeine Lage wird instabil bis dynamisch katastrophisch.

Der NATO-Gipfel im Mai hat deutlich gemacht, wie groß die strategischen Differenzen der beteiligten Staaten mittlerweile sind. Und sie lassen sich nicht mehr, wie in den letzten Jahren, durch das Behaupten gemeinsamer „Werte" übertünchen. Unter Donald Trump ticken die Uhren anders. So wurden Ende Mai nur alte Aufrüstungsversprechen aufgefrischt und eine allgemeine Verpflichtungserklärung der NATO zum Kampf gegen Daesch (IS) abgegeben, damit mehr Awacs-Überwachungsflugzeuge der NATO eingesetzt werden können. Das ist nicht viel.

Übrig bleibt trotz politischer Differenzen über den Umgang mit Russland das gemeinsame Interesse an der militärischen Einkreisung der Russischen Föderation.

In der EU wird mittlerweile sehr offen über die Stärkung eigener militärische Strukturen geredet, die sich unabhängig von den Launen und Interessen der USA machen sollen. In rasantem Tempo werden europäische Militärstrukturen aufgebaut. Die EU hat im Mai die Schaffung eines eigenen militärischen Hauptquartiers beschlossen (obwohl die NATO gerade ein zusätzliches europäisches Hauptquartier wegen der angeblichen russischen Bedrohung beschloss). Nur wegen britischen Drängens wurde ihm keine strategische Planungskompetenz zugestanden. Aber diese Einschränkung ist durch den Brexit obsolet geworden. Zudem wird aktuell ein europäisches militärisches Beschaffungswesen aufgebaut. Mitte November wurde auch der Startschuss für die langfristige militärisch-strategische Planungszusammenarbeit in der EU gegeben. Was offiziell nicht in Konkurrenz zur NATO stehen soll, ist wahrscheinlich ein erster Schritt zur Loslösung von ihr. Zumindest ein erster Schritt, um unabhängiger von den Strukturen der USA zu werden, denen man in Europa politisch nicht mehr so recht traut – nur auf ihre militärischen Fähigkeiten will und kann man vorerst nicht verzichten.

Wo die NATO in Europa bisher das militärische Feld bespielte, muss sie nun mit der EU als eigenständigem Akteur kooperieren.

Die letzte Gesamtstrategie veröffentlichte die NATO auf ihrem Gipfel 2010. Ein Jahr nach den militanten Auseinandersetzungen in Straßburg.

Seit dem wurde der sogenannte Arabische Frühling zwischen Diktatur und Bürgerkrieg ins Elend gerissen, in der Ukraine grummelt seit Jahren ein Stellvertreterkrieg, in Syrien und dem Irak treiben die Schlächter des islamistischen Kalifats und die Schergen Assads ihr Unwesen, die Briten verlassen die EU, in der Türkei schwingt sich Präsident Erdogan zum Alleinherrscher auf, in den USA regiert ein egomanischer Milliardär mit ultranationalistischen Weltuntergangspropheten im Umfeld und in Afghanistan geht der längste Krieg der Geschichte des NATO-Mitglieds USA ins 16. Jahr.

Ziehen die NATO-Staaten angesichts dieser Entwicklungen an einem Strang?

Wohin steuert das größte Militärbündnis der Welt? Wir denken, es schlingert. Aber wir sehen leider wenig Grund für antimilitaristischen Optimismus. Im Gegenteil.

Aufrüstung der NATO gegen Russland

Seit den Auseinandersetzungen mit Russland um die Vorherrschaft in der Ukraine stehen die nach 1990 aus der Mode gekommenen Zahlenspiele der konventionellen Kriegsführung wieder auf der Tagesordnung. „Wenn Russland X aktive Soldaten im westlichen Grenzgebiet stationiert hat braucht die NATO Y entsprechende Einheiten und Verbände in ihrem Osten". Es werden also wieder Panzer gezählt - weil ein Krieg dieser Form nicht mehr undenkbar scheint!

So beschlossen die NATO-Staaten bei ihrem Gipfel 2014 in Wales eine massive Aufrüstung der Ostflanke zwischen Baltikum und Ungarn. Seit dem wurden schnelle Einsatzgruppen und Panzerverbände zusammengestellt und Kampfverbände aus den westlichen NATO-Staaten in Länder verlegt, die eine Grenze zu Russland haben.

Die militärische Umzingelung der Russischen Föderation ist zwar schon länger im Gange, erlebt aber durch den jetzigen Truppenaufmarsch eine neue Dimension. Auch den Krieg in der Ukraine sehen wir als Ergebnis dieser Einkreisungspolitik der NATO-Staaten (dass Russland ebenso offensiv seine Interessen durchzusetzen weiß, bezweifeln wir nicht).

Obwohl sich in der Phase der Absetzung von Janukovich die US-Administration und das deutsche Außenministerium in ihren Bemühungen, ihren jeweiligen Kandidaten als neuen ukrainischen Präsidenten aufzubauen, beharkten, wurden in der aufziehenden Konfrontation in der Ostukraine, mit Russland als gemeinsamem Feindbild, die Reihen in kürzester Zeit geschlossen.

Noch einigt das Schließen der Reihen gegen Russland die NATO-Staaten. Nur die Position der türkischen Regierung ist wechselhaft. Eben noch verfeindet wegen des Abschusses eines russischen Kampfjets durch die türkische Armee, liegen sich Putin und Erdogan wieder in den Armen und beschwören ihre Freundschaft.

Ein tatsächlich gemeinsames Verhalten aller NATO-Staaten gegenüber Russland gibt es also nicht. Vielleicht ist die Aufrüstungsoffensive gegen Russland das letzte In-Stellung-Bringen der alten Gemeinsamkeiten. Dann würden diese als Fundament nicht mehr lange tragen.

Unübersehbar ist: Auch das alte „Wertekonstrukt" des Westens trägt nicht mehr, die Interessenunterschiede und die unterschiedlichen Strategien der NATO-Staaten in Bezug auf die weltweiten Konflikte werden überall sichtbar.

Nicht zuletzt durch Merkels Äußerungen über die Unzuverlässigkeit der USA und die Bedeutung eigenständigen (auch militärischen) Handelns durch die EU-Staaten.

Widersprüche und Einflusssphären abseits der russischen Grenze

Abseits der Konfrontation in der direkten Grenzzone zwischen NATO und Russland fallen die Interessen der einzelnen NATO-Staaten teils weit auseinander.

Das von Obama und Clinton ausgerufene pazifische Zeitalter der USA sah eine Aufteilung der globalen Ausrichtung der NATO vor, in der sich die USA primär auf die Auseinandersetzungen im Pazifik und dort im Besonderen mit China konzentrieren und der EU bzw. den europäischen NATO-Staaten schrittweise die Federführung in Europa und dem Mittelmeerraum übergeben.

Diese globale NATO sehen wir (zum Glück) nicht mehr als handlungsfähigen Akteur.

Die aktuelle Konfrontation der USA mit Nordkorea und die auch militärischen Drohgebärden gegen China stellen keinen völligen Widerspruch zu den Strategien der letzten US-Administrationen dar. Die jetzige setzt nur verstärkt auf die kriegerische Drohung und weniger auf Handelsabkommen, um amerikanische Interessen durchzusetzen. Die Pläne zur Aufrüstung der US-Truppen in Afghanistan, dem Irak und Syrien stehen dagegen nicht nur im Widerspruch zu Trumps Wahlversprechen, sondern auch zur Strategie der Vorgängerregierung und zu der der meisten NATO-Staaten.

USA-China

Während die EU-Mitglieder unter den NATO-Staaten hauptsächlich gen Russland und Nordafrika blicken, fokussiert sich die US-Führung seit Clinton militärpolitisch auf China und den pazifischen Raum. Unter Obama wurde eine doppelte Strategie zur Durchsetzung us-amerikanischer Interessen gefahren. Auf der ökonomischen Ebene wurde versucht, den Großteil der Pazifikstaaten in einem Freihandelsabkommen gegen China zusammenzuschweißen. Auf der militärischen Seite wurde stark aufgerüstet und die militärische Präsenz im Südchinesischen Meer erhöht. Trump schmiss das Handelsabkommen mit Amtsantritt in die Tonne und setzt fast ausschließlich auf die Drohung mit der militärische Konfrontation. So will die us-amerikanische Administration zusammen mit Japan und Südkorea verhindern, dass China sein Einflussgebiet weiter nach Süd-Westen ausweitet und seinen wirtschaftlichen Großmachtambitionen eine militärische Absicherung hinzufügt.

Auch die ständigen amerikanischen Drohgebärden gegen Nordkorea dürften vor alle eine Machtdemonstration gegenüber China sein, das in einem Dilemma steckt. Schließlich hat die KP-China auch kein Interesse an Nordkoreanischen Atomraketen. Wird ein Krieg, vielleicht ein Atomkrieg, dadurch wahrscheinlicher? Wir denken ja. Nicht dass eine der beteiligten Regierungen einen Atomkrieg will – aber hochgerüstete geopolitische Machtkämpfe, die von egomanischen Autokraten angeführt werden, können schnell eine eigene Eskalationsdynamik bekommen. Das gilt erst recht angesichts der massiven Aufrüstung in China, Russland, Indien, Pakistan, Südkorea und den USA. Und die USA drohen immer mal wieder mit einem militärischen Alleingang gegen das nordkoreanische Regime.

(Es scheint offensichtlich, dass dieses niemals auf die Idee käme, die USA anzugreifen. Alle Behauptungen in diese Richtungen sind Propaganda. Nordkoreas Atomprogramm stellt eine Versicherung gegen einen US-Angriff dar.) Niemand sollte daran zweifeln, dass die Trump-Regierung kriegswillig ist. Trumps Freund und ehemaliger Chef-Stratege Brannon schwärmte vor wenigen Jahren noch von der Notwendigkeit eines großen reinigenden Krieges im Pazifik, der die Vorherrschaft der arischen Rasse wieder herstellen solle. Er prognostizierte ihn in 5 bis 10 Jahren.

Wir halten sogar ein Szenario für möglich, in dem die chinesische Führung einen Angriff der USA auf Nordkorea zulässt. Nämlich wenn hunderttausende Tote der akzeptierte Preis für einen strategischen Machtzuwachs und die völlige Diskreditierung der amerikanischen pazifischen Ansprüche sein würden. Die USA würden keine strategischen Partner mehr finden, wenn sie Südkorea in einen zerstörerischen Krieg verwickelten. China würde seinen auf dem diesjährigen Parteitag formulierten globalen Führungsanspruch geltend machen und die USA ausbooten.

Was machen die NATO-Staaten der EU? Sie setzen in Asien vor allem auf Handelsabkommen, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Befürwortung einer militärischen Konfrontation mit China scheint zur Zeit ausgeschlossen. Ein us-amerikanischer Angriff auf Nordkorea würde jedoch Reaktionen und also einen NATO-Bündnisfall auslösen können. Ein solches Szenario könnte die NATO vor eine Zerreißprobe stellen.

Die Rolle der Türkei

Die Türkei gehört zu keinem der beiden großen Blöcke in der NATO und ist trotzdem ein wichtiger Player im Militärbündnis. Sie hat als geostrategisches Bollwerk Richtung Südosten schon immer eine Sonderrolle.

Wir sind uns aber nicht sicher, ob die Türkei mittelfristig Teil der NATO bleiben wird. Auch in NATO-Papieren

wird die Bündnistreue der Türkei in Frage gestellt. Zu offen bändelt Erdogan mit Putin an. So hat das türkische Militär russische Luftabwehrsysteme gekauft und keine amerikanischen. Die Syrienpolitik bestimmt die Türkei aktuell zusammen mit Russland und dem Iran – nicht mit den USA oder den europäischen Staaten.

Aufgrund einer eigenständigen Beziehung zu Russland beteiligt sich die Türkei nicht aktiv an den Truppenkontingenten der NATO-Ostflanke. Beim großen NATO-Manöver 2017, bei dem ein gleichzeitiger Krieg mit Russland, dem IS und inneren Aufständischen geübt wurde, wurde (aus Versehen?) ein „russischer" Cyberkrieger mit dem Namen Erdogan ausgestattet, worauf der empörte echte türkische Krieger im November die Mitgliedschaft in der NATO offen in Frage stellte.

Auch hält sich die These, dass während des Putschversuchs 2016 diejenigen türkischen Militärs, die im Rahmen der NATO ausgebildet und eingesetzt wurden auf den Verhaftungslisten landeten, um die durch die NATO zu stark beeinflussten Teile im Militär zu schwächen und damit einerseits die Macht der AKP im Militär zu stärken und andererseits der Option auf eine neue Verbindung zu Russland starke Gegenspieler zu nehmen.

Nicht ohne Grund haben im Mai 2017 die ersten türkischen NATO-Militärs und ihre Familien in Deutschland politisches Asyl bekommen.

Syrien

Die Uneinigkeit der NATO insgesamt und die Sonderrolle der Türkei im Speziellen zeigen sich auf dem Kriegsschauplatz in Syrien am deutlichsten. Während alle sich offiziell auf einen Krieg gegen den IS als kleinsten gemeinsamen Nenner einigen konnten - formal ist die NATO seit dem Gipfeltreffen in Brüssel (Mai 2017) auch als Bündnis dabei - sehen die jeweiligen Handlungen sehr unterschiedlich aus und widersprechen sich teils elementar.

Die USA führen eine Militärallianz unter Beteiligung von Großbritannien und Frankreich an, die v.a. mit Luftschlägen, aber auch mit Spezialeinheiten am Boden gegen den IS vorgeht. Komponenten der NATO werden allerdings u.a. wegen Vorbehalten aus Deutschland „nur" zur Aufklärung (AWACS und Tornados) eingesetzt.

Die BRD setzt v.a. auf Ausrüstung und Ausbildung der Truppen der kurdischen Autonomieregierung im Nordirak (Peschmerga), auch um dem Vorwurf des Nichts-Tuns zu entgehen. Damit agiert sie im Widerspruch zum türkischen Interesse, keine autonome kurdische Region im Nordirak zuzulassen. Dieses Begehren hat der irakische Staat in Zusammenarbeit mit der Türkei und dem Iran ja bereits diesen Herbst kriegerisch gestoppt. Der NATO-Staat Türkei zusammen mit dem Iran? Ja, auch wenn offiziell die irakische Armee Teile der autonomen kurdischen Provinz eroberten. Hohe Offiziere der iranischen Revolutionsgarden trafen sich zuvor mit türkischen Armeevertretern - was wiederum die saudische Diktatorenclique erzürnte, mit denen das NATO-Land USA aufs Engste verbündet ist.

Die USA setzen in Nordsyrien zudem auf die kurdischen Selbstverteidigungseinheiten YPG und YPJ und gehen damit auf direkten Konfrontationskurs mit der Türkei, die mittlerweile auch mit Bodentruppen und Luftangriffen in Syrien versucht, ein Zusammenwachsen der kurdischen Autonomiegebiete an ihrer Südgrenze zu verhindern - auch zu Gunsten islamistischer Kräfte.

Im Kampf um die IS-Hochburg Raqqa gab es heftigen Streit zwischen der Türkei und den USA, weil Trump Waffenlieferungen an die YPG durchgesetzt hat. Und nur durch hektische diplomatische Aushandlungen konnte verhindert werden, dass YPG-Einheiten mit Unterstützung von US-Spezialkräften rund um den Euphrat in eine direkte militärische Konfrontation mit türkischen Truppen kamen. Die YPG wurde zum Rückzug gezwungen. Wie bereits häufig in der Geschichte ließen Verbündete, in diesem Fall die USA, die Kurden dann doch lieber fallen, oder bremsten ihre vorherigen Kampfgefährt_innen zumindest massiv aus, um den NATO-Partner Türkei nicht vollends zu vergraulen.

So kommt es in Syrien nicht nur zu einer Konfrontation diverser NATO-Staaten mit Russland und dem Iran. Auch innerhalb der NATO treten massive Spannungen auf, die eine gemeinsame Syrienstrategie mehr als unwahrscheinlich erscheinen lassen.

Die Unterstützung unterschiedlicher Kriegsparteien und die verschiedenen strategischen Ansätze innerhalb der EU-Staaten führen zu Spannungen innerhalb der NATO. Die politischen Reibungen lassen kein gemeinsames militärisches Handeln zu.

Mittelmeer und Nordafrika – EU versus NATO

Die EU hat neben den ehemaligen Sowjetstaaten an der westlichen Russischen Peripherie auch das Mittelmeer und seine Anrainerstaaten (Mittelmeerunion) in der sogenannten Nachbarschaftspolitik hochoffiziell und formal zu ihrer politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einflusszone erklärt; das Mittelmeer ist seit 9/11 unter unmittelbarer militärischer Kontrolle durch NATO und EU.

Über die offen definierten Einflussbereiche hinaus ist die EU bzw. einzelne EU-Staaten auch in der gesamten nördlichen Hälfte des afrikanischen Kontinents aktiv. So ist die Sahelregion bereits seit längerem mit Militärinterventionen Frankreichs und der EU konfrontiert.

In Mali versuchen sich die EU-Militärs, vor Ort unter Führung Frankreichs, neu zu sortieren. Der Einsatz soll aber nicht nur Weichen für diesen konkreten Konflikt stellen, sondern auch ausdrücklich als Testfeld für Militärkooperationen innerhalb der EU dienen.

Aber auch in Mali treten massive Widersprüche zwischen den Alliierten auf. Frankreich setzt auf andere kämpfen-

de Verbündete vor Ort als die UN-Mission, an der sich Deutschland massiv beteiligt.

Nach dem Einflusszonenregime der EU gehört auch Syrien formal zu deren Einflussgebiet. Die Mitgliedschaft in der Mittelmeerunion wurde aber seit dem beginnenden Bürgerkrieg ausgesetzt. Dass die NATO-Staaten in Syrien nicht an einem Strang ziehen, haben wir oben schon gesehen. Hinzu kommt, dass auch die von den USA formulierten Interessen im nördlichen Afrika denen Frankreichs teils entgegenlaufen.

Zu welchen Wettrennen um die besten Plätze es bei den kolonialen Kontrollversuchen in Afrika kommt, zeigt sich in Djibuti. Dort gelingt keine Aufteilung imperialer Interessengebiete durch die militärisch Verbündeten. In dem kleinen Staat an der Meerenge zwischen Rotem Meer und Golf von Aden, von wo aus eine gewisse Kontrolle über der südöstlichen Zugang zum Mittelmeer ausgeübt werden kann, unterhalten sowohl die USA, als auch Großbritannien, Frankreich und Italien, neben Japan und China, je eigenständige Militärbasen um ihren jeweiligen Machtanspruch abzusichern.

Verhältnis zum Iran

Die USA setzen auf eine offensive Konfrontation mit dem Regime in Teheran. Saudi-Arabien, neben Israel die größte regionale Gegenmacht Irans, rüstet mit Hilfe der USA massiv auf. Unverhohlen wird nahezu wöchentlich mit Krieg gedroht. Die verbündeten Emirate isolieren Katar, weil es Beziehungen zum Iran unterhält. Im Jemen wird ein Stellvertreterkrieg geführt, der hunderttausende mit dem Tode bedroht. Die USA unterstützen und forcieren diese Entwicklung.

Die EU-Staaten hingegen sehen ihre Hoffnungen auf regen Handel mit dem Iran gefährdet. Nach dem Ende der Sanktionen investieren v.a. Frankreich und Deutschland viel Mühe in die neuen Absatzmärkte. Eine militärische Konfrontation stünde gegen das Interesse der NATO-EU-Staaten.

NATO nicht gesamtstrategiefähig

Aus der Beschreibung der Situation in Syrien, aber auch aus den anderen Beispielen erscheint uns klar, dass außer im Bezug auf die unmittelbare Grenze der NATO zu Russland in keiner Region und keinem Kriegsgebiet mit einer einheitlichen Gesamtstrategie agiert wird. Eine konsistente und detaillierte Globalstrategie der NATO scheint daher aktuell undenkbar.

Bereits während des Kalten Krieges gab es durchaus heftige Auseinandersetzungen und Interessenkonflikte innerhalb der NATO, die u.a. zum zeitweisen Rückzug Frankreichs aus der militärischen Komponenten des Bündnisses führten.

Die aktuellen Widersprüche scheinen allerdings das Potenzial zu haben, weit drüber hinaus zu wachsen.

Die Regierungen Trump und Erdogan zum Beispiel, wollen sich nicht mehr auf die seit Jahrzehnten erprobten kleinteiligen Aushandlungsprozesse innerhalb des Apparates einlassen, sondern stellen den Anspruch, von oben zu führen. Damit erhöhen sie die Wahrscheinlichkeit für politische Konfrontationen innerhalb der NATO.

Die NATO gerät dadurch leider noch nicht Gefahr. Ernsthafte Zerfallsprozesse haben noch nicht begonnen. Die internen Spannungen nehmen aber zu.

Versuche der verstärkten militärischen Zusammenarbeit innerhalb der EU, bis hin zu einer gemeinsamen EU-Armee, die v.a. von Deutschland, Frankreich und dem EU-Apparat in Brüssel vorangetrieben werden, wurden bis jetzt von Großbritannien ausgebremst.

Aber auch nach dem Brexit-Referendum setzen viele östlichen EU-Staaten (Polen, Ungarn, Lettland, Litauen, Estland) eher weiter auf die USA und die NATO als „Schutzmacht" gegenüber Russland und stehen damit einer eigenständigen Militärmacht EU mit eigenem Hauptquartier in Brüssel und gemeinsamen Militärkomponenten skeptisch gegenüber, während Frankreich und Deutschland, (sowie die BeNeLux Staaten, Italien und Spanien) voll darauf setzen.

Zur Zeit sind die EU-Staaten nicht in der Lage eine militärische Alternative zur NATO herzustellen, obwohl die jüngst von 25 der 28 EU-Staaten beschlossene strategische militärische Planungszusammenarbeit einen eindeutigen Schritt in diese Richtung darstellt. Das wird von deutsche Kriegsministerium auch so gewertet.

Schritt für Schritt zu neuen globalen Kriegen?

Wir wollen den Teufel nicht an die Wand malen. Aber…

Den Versuch der USA, zum globalen militärischen Hegemon zu werden, kann man als gescheitert ansehen, auch wenn das US-Militär technologisch anderen Jahrzehnte voraus sein mag. Die Kriegseinsätze in Libyen, Afghanistan, Irak und Syrien zeigen, dass es nicht allmächtig ist. Andererseits halten wir die Kriegsdrohungen gegen Iran und Nordkorea nicht für eine Show. Insgesamt rüsten die USA deren Gegner zur Zeit für Billionen (!) Dollar mit neuem Kriegsgerät aus.

In dem konfrontativen Verhältnis zu Russland ist keine Entspannung in Sicht. Im Gegenteil. Militärische Optionen scheinen wieder gedacht zu werden (der Chef des deutschen Bundesnachrichtendienstes (Auslandsgeheimdienst) drängte im November, die militärischen Fähigkeiten gegen Russland müssten ausgebaut werden).

Russland, Saudi-Arabien, Iran, China, Indien und Pakistan entwickeln offen Großmachtsambitionen, rüsten extrem auf und modernisieren ihre Armeen.

Diese massive Aufrüstung, protektionistische, völkisch-nationalistische Regierungen und Bewegungen in einigen EU-Staaten und den USA, unklare Machtverhältnisse,

sowie die globale Tendenz zur patriarchalen Autokratie lassen globale kriegerische Auseinandersetzungen wahrscheinlicher werden. Dies mit Verweis auf die wirtschaftlichen Verflechtungen von der Hand zu weisen, erscheint uns ahistorisch. Einzig in der Situation der bipolaren Blockkonfrontation des 20. Jahrhunderts hat sich die militärische Hochrüstung Stellvertreterkriege geleistet, ohne dass die Protagonisten sich direkt angriffen. Nun gibt es aber viele Machtzentren und manch angeschlagenen Hegemon. Das erhöht das Risiko militärischer Eigendynamiken.

Ebenso die Ideologisierung der US-Politik durch die rassistische, stramm rechte Regierung. Wenn diese, ob mit oder ohne Trump, an der Macht bleibt, wird es in den kommenden Jahren zu globalisierten Kriegen kommen. „America first" wurde als Parole des Protektionismus missverstanden. In Wirklichkeit entpuppt sie sich als Schlachtruf eines aggressiven, militaristischen Größenwahns.

Zumindest erwähnen müssen wir noch die Folgen des Klimawandels. Wir (und sicher auch alle Regierungen) gehen davon aus, dass dieser nicht zu stoppen ist und zu großen Fluchtbewegungen, Hunger- und Durstkrisen, ökologischer Zerstörung, globalen ökonomischen Brüchen, militarisierten Verhältnissen und Kriegen führen wird. Angesichts der globalen Aufrüstung kann nur ein Narr oder eine Närrin schöne Aussichten erwarten.

Zu alledem spielen sich in den westlichen Ländern historische Kämpfe zwischen alten und neuen Eliten ab. Die aufstrebenden, smart neoliberalen Eliten, die in der EU vielleicht jetzt durch Macron repräsentiert werden, stehen den alten, die durch die völkisch-nationalistischen Bewegungen wieder stark werden und für die Orban, Kascinsky und Le Pen stehen, gegenüber. Trump zählen wir auch zu dieser Richtung.

Das wird zu Zerfallsprozessen in den politischen und militärischen Organisationen des Westens führen, wenn eine Seite nicht in der Lage ist, sich durchzusetzen.

In Deutschland forderte die SPD bereits einen Bruch mit der US-Regierung, weil die „westlichen Werte" von Trump verraten worden seien. Es knirscht im Gebälk.

Aber nützt diese Entwicklung emanzipatorischen oder revolutionären Bestrebungen? Es sieht leider nicht danach aus. Dabei könnten nur wirklich revolutionäre Bewegungen dieser globalen Militarisierungsdynamik etwas entgegensetzen. Ein rein antimilitaristischer Kampf, der die herrschenden Verhältnisse unangetastet ließe, müsste vergebens bleiben, denn seine Protagonist_innen würden verkennen, dass das Militärische nicht nur fest in die westlich-demokratische Herrschaft eingeschrieben ist, sondern geradezu eine Renaissance erlebt.

Die Krise des „Westens", der bis dato als ideologischer Kit diente, ist trotz des Erstarkens reaktionärer Kräfte eine Voraussetzung zur Unterminierung der Verhältnisse. Jede Krise des Bestehenden ist immer eine Chance für Veränderungen. Also suchen und entdecken wir schleunigst die Möglichkeiten. Sonst werden die militaristischen Kräfte, egal ob neoliberal oder völkisch-reaktionär, leichtes Spiel haben. Es wäre ein Grauen.

denktank ag

Brandanschlag auf Übungsgelände der Bundeswehr

Dokumentation, München:

„In der Nacht vom 9. zum 10. Oktober 2017 wurde auf einem Übungsgelände der Bundeswehr am Starnberger See bei München ein Brandanschlag auf Militärfahrzeuge verübt.

Am 4. September 2009, also vor 8 Jahren beging die Bundeswehr im afghanischen Kunduz ein Massaker an der örtlichen Zivilbevölkerung, indem sie zwei zuvor gestohlene Tanklaster von us-amerikanischer Luftwaffe bombardieren ließ. Dabei kamen 100 Zivilisten ums Leben. Verantwortlich für diesen Einsatz ist der damalige Kommandeur des sogenannten Provincial Reconstruction Teams der Bundeswehr Oberst Georg Klein. Er ging nicht nur unbeschadet aus diesem Kriegsverbrechen hervor – nach einem Jahr wurden die Ermittlungen von der Bundesanwaltschaft eingestellt. 2013 wurde er sogar zum Brigadegeneral befördert und leitet inzwischen den gesamten Ausbildungsbereich der Bundeswehr als „Geschäftsführender General des Bundesamts für Personalmanagement der Bundeswehr".

Während die Mörder auf der Karriereleiter nach oben klettern dürfen, werden Geflüchtete aus Afghanistan wieder abgeschoben, in Sammeltransporten, die unter anderem auch vom Flughafen München starten.

War starts here – let's stop it here!
Gegen jeden Krieg, gegen jede Abschiebung!
Stop deportation!"

anonym



Antimilitaristische Angriffe in Belgien

Dokumentation, Malines (Belgien):

„Lucrosum et decorum est pro patria facere? (Ist es profitabel und angebracht für das Vaterland zu produzieren?)

Sie sprechen kein Latein in Belgien.

Am Montag, den 25. September, gegen 2 Uhr morgens wurden die Einwohner*innen von Malines, einer Stadt auf halbem Weg zwischen Brüssel und Anvers, von einer Reihe von Explosionen geweckt. Als sie aus den Fenstern schauten sahen sie ein großes Flammenmeer an den Gebäuden einer lokalen Firma. Trotz des Eingreifens von vielen Feuerwehrautos konnte nichts mehr getan werden. Von den 5000 m² der Frima blieb nichts übrig. Alles zerstört. Ein harter Schlag für Varec, ein Unternehmen das Ketten für Panzer und Räder für Militärfahrzeuge herstellt und ein bekannter Lieferant der US-Streitkräfte ist.

Wenn auch du in erdrückenden Träumen liefest
Hinter dem Wagen, in den wir ihn warfen,
Und die verdrehten weißen Augen in seinem Gesicht sähest,
In seinem hängenden Gesicht, wie das eines Teufels, der der Sünde müde ist,

Um 5 Uhr 40 am Donnerstag, den 29. September, wurde der Alarm auf dem Gelände eines Unternehmens in Gent, einer Stadt in Falndern, nahe der Grenze zu den



Niederlanden, ausgelöst. Auch hier zerstörte ein Feuer zwei Gebäude der Firma komplett. Der Schaden ist enorm. Labore und Büros wurden unbenutzbar und alle fertigen Produkte wurden zerstört. Die 40 dort arbeitenden Techniker*innen sind nun arbeitslos. Ein harter Schlag für Teksam, eine Firma, die pneumatische Teleskopmasten und taktische Kommunikationsmasten für militärische Zwecke herstellt und diese an Armeen der halben Welt verkauft.

Wenn du hören könntest, wie bei jedem Stoß das Blut
Gurgelnd aus seinen schaumgefüllten Lungen läuft,
Ekelerregend wie der Krebs, bitter wie das Wiederkäuen
Von Auswurf, unheilbare Wunden auf unschuldigen Zungen,

Gegen 8 Uhr morgens am Donnerstag den 29. September machten Angestellte eines Unternehmens in Zeebrugge, einer Stadt in der Provinz Lüttich/Liege, eine ungewöhnliche Entdeckung. Sie entdeckten vom Dach ihrer Fabrik aufsteigenden Rauch. Als sie hoch gestiegen waren um nachzuschauen fanden sie zusammengebundene Benzinkanister, welche mit einer Lunte versehen waren. Eine Bombenentschärfungseinheit des Militärs wurde eingeschaltet und brachte die Vorrichtung zur Detonation. Die Staatsanwaltschaft haben die Ermittlungen aufgenommen. Ein böse Überraschung für Forges, eine Firma die Teil des multinationalen Unternehmens Thales ist, spezialisiert auf die Herstellung von kriegerischem Material wie Munition, Granaten und Raketen.

Mein Freund, du erzähltest nicht mit so großer Lust
Kindern, die nach einem verzweifelten Ruhmesglanz dürsten,
Die alte Lüge: Dulce et decorum est pro patria mori*.
(Es ist süss und richtig für dein Vaterland zu sterben.)

Sie mögen kein Latein können in Belgien aber wenigstens fangen sie an heraus zu finden dass die die den Krieg vorbereiten, den Krieg zurück bekommen werden.“

Wie vier Risse geheilt werden bevor etwas definitiv kaputt geht.

Das Folgende ist eine Übersetzung eines Textes von Feministinnen aus Parma, Italien. !!Triggerwarnung!! In diesem Text geht es um sexualisierte Gewalt, die teilweise sehr genau beschrieben wird. Wenn du gerade oder generell keine Lust hast, so etwas zu lesen, dann lies diesen Text besser nicht.

Es handelt von einem schrecklichen Übergriff innerhalb der antifaschistischen Szene in Parma in einem Raum der RAF (Rete Antifascista di Parma, Antifaschistisches Netzwerk Parmas) und davon, wie das Milieu über Jahre hinweg die Gewalt, die passiert ist, nicht nur ignoriert hat sondern immer weiter reproduzierte. Als wegen anderen Ermittlungen die Repressionsbehörden auf den Vorfall aufmerksam wurden, bekam das Ereignis weitere Brisanz. In einem Verhör der Überlebenden, die den Vorfall nie angezeigt hatte, wurden die Namen der Täter genannt, welche schließlich einen Prozess wegen Vergewaltigung bekamen. Die Tatsache, dass die Überlebende mit der Polizei gesprochen hat, wurde zu einem weiteren Vorwand, ihr Solidarität für die erlebte Gewalt zu verwehren. Nach viel zu langer Zeit erst bildete sich eine feministische Solidaritätskampagne, aus deren Sicht auch der folgende Text geschrieben wurde.

Ausgangspunkt für die Übersetzung war ein französische Artikel, der am 2. Oktober 2017 auf paris-luttes.info veröffentlicht wurde mit dem Titel "À propos du viol collectif qui a eu lieu à Parme au siège de la RAF (Réseau Antifasciste de Parme)" ("Über die Gruppenvergewaltigung, die sich in Parma, im Sitz der RAF (Antifaschistisches Netzwerk Parmas) ereignete").

Im September 2010 in Parma, in der via Testi, war eine unsichere Anzahl von Individuen (zwischen 4 und 6) aktiv oder als Zuschauer_in an einer Gruppenvergewaltigung einer jungen Frau, die gerade mal 18 Jahre alt war, beteiligt. Diese Gewalt wurde einer Person angetan, die nicht bei Bewusstsein war, ein Zustand, der kaum möglich von dem wenig Wein, den sie sich erinnert getrunken zu haben, hervorgerufen werden hätte können.

Zum Zeitpunkt der Vergewaltigung, war sie unfähig ihre Zustimmung zu geben oder sich physisch oder sprachlich zu wehren. Wir wissen das, weil die Vergewaltiger die Szene mit ihrem Handy gefilmt haben. Was in diesem Video zu sehen ist, lässt keinen Zweifel an der Natur der Gewalt derer sie schuldig sind. Ihre Tat, an sich schon schlimm genug, wird nochmal verstärkt durch ihre Absicht besonders zu verletzen, indem sie sie mit einem Bengalo penetrierten.

Es wäre uns lieber gewesen, nicht so weit ins Detail zu gehen, aber dieses Element ist wichtig weil dieses Ding, oder vielmehr sein Name, der abschätzige Spitzname des Opfers in den Monaten nach der Vergewaltigung wurde.

Das Bengalo Mädchen hatte sich niemals gedacht, dass die Ereignisse dieser Nacht – die sie aus Angst, Scham oder wegen dem Bedürfnis, alles hinter sich zu lassen und zu vergessen, niemals angezeigt hat – ein derartig „virales" Phänomen werden würde.

Dieses Video wurde von dutzenden und dutzenden Personen gesehen; wieder und wieder angesehen, bis es zum Symbol der Dominanz und der Erniedrigung der Überlebenden wurde, ein obszönes Spektakel um sich lustig zu machen und damit zu prahlen.

Und bis hierher ist es schon schlecht, sehr schlecht... Aber das Schlimmste fehlt noch, weil in der via Testi in Parma, dort ist keine Bar, keine Disko, keine Privatwohnung und auch kein bedrohlicher, finsterer Wald oder eine dunkle, heruntergekommene Gasse eines gefährlichen Viertels. In der via Testi war ein Gebäude wie es hier viele gibt. Jene Betonblöcke, die sich alle gleichen...aber dieses hier war anders, weil in diesem banalen Block aus Stahlbeton war das Lokal der RAF (Rete Antifascista di Parma, Antifaschistisches Netzwerk Parmas) und die involvierten Personen dieser Horror- und Gewaltgeschichte sind Männer und Frauen, die dem RAF angehörten oder es frequentierten. Hier, in diesem Moment, bricht etwas.

ERSTER RISS

Wir sind davon überzeugt, dass der Faschismus nicht eine historische Tatsache ist, die sich exklusiv an der 20-jährigen Periode des italienischen Faschismus festmachen lässt. Wir denken, dass die Faschisten nicht bloß Nostalgiker dieser Epoche sind, da der Faschismus nicht nur eine Partei, ein Regime der Vergangenheit oder eine politische Fraktion ist, der eins sich anschließt oder gegen die eins kämpft. Der Faschismus ist vor allem eine Einstellung, eine Art und Weise zu denken, zu handeln, zu kämpfen und zu hassen. Faschistisch zu sein bedeutet, die eigene Stärke zu nützen um Vielfalt zu normalisieren und zu uniformieren und Minderheiten zu unterdrücken. Faschistisch zu sein bedeutet, zu diskriminieren aufgrund von Sexualität, Gender, Körper, Spiritualität, Religion, Spezies, Alter oder sozialer und kultureller Bedingungen.

Wir können heute nicht über Antifaschismus reden ohne alle Sexismen, Rassismen, Klassismen und Speziesismen anzulehnen, weil der Kampf für die Befreiung der Frauen und Männer ein Krieg für die Freiheit ist, der die Verteidigung der Unterdrückten, der Tiere und der Erde einbezieht. Ein Krieg gegen die Hoffnungslosigkeit, die Ignoranz und die Gewalt, die unterdrückt. Eine Vergewaltigung ist immer und in allen Umständen eine faschistische Tat auch wenn die, die sie begehen sich als antifaschistisch bezeichnen.

Der Antifaschismus ist nicht nur ein Slogan, der im Stadium gebrüllt oder ein Patch, der auf eine Bomberjacke genäht wird. Antifaschistisch zu sein heißt, auf eine antifaschistische Art und Weise zu denken und zu handeln. Wer auch immer vergewaltigt ist Faschist und wir werden ihn bekämpfen, als Faschisten und Vergewaltiger. Wer auch immer auch immer auf unserer Seite der Barrikade atmet, sich bewegt und redet und sich erlaubt faschistische Verhaltensweisen zu haben, wird bekämpft als Faschist und dummer, inhaltsloser Haufen Scheiße.

Was ist passiert in den Tagen, Wochen und Monaten nach der Vergewaltigung? Die junge Frau hat sie nicht bei der Polizei angezeigt, sie hat mit niemandem drüber gesprochen. Das Video hat sich weiter verbreitet, alle haben es angesehen aber niemand hat die Gewalt GESEHEN. Die Männer die rund um den Tisch waren, wo die junge Frau reglos lag, haben weiterhin die Demos, die Konzerte, die besetzten und selbstverwalteten Orte besucht... Und sie haben gelacht, geredet, Bier getrunken, sind mit Frauen ausgegangen, haben neue Freundschaften geschlossen,trotz eines zirkulierenden Videos in dem sie mir einer Frau „Sex haben", die tot wirkt. Sie sahen das nicht als falsch an und niemand machte sie darauf aufmerksam. Die junge Frau hat keine klaren Erinnerungen aber sie weiß, dass diese Gruppe von Personen ihr etwas Schreckliches, etwas, dass sie als Gewalt erlebt hat, angetan hat. Sie möchte wissen, warum man ihr diesen Spitznamen gegeben hat, warum die Kameraden aus Parma (und nicht nur die) sie Bengalo nennen. Es ist ein Freund, der es ihr sagt. Ein Freund, der sagt: „Das ist we-

gen dem Video, das herumgeht, wegen dem was passiert ist in dieser Nacht..."

ZWEITER RISS

Falls eine Frau oder ein Mann ein Verhalten als belästigend oder gewalttätig empfindet, dann ist dieses Verhalten ein Übergriff. Wenn eine Frau oder ein Mann offensichtlich durch die Auswirkungen von Alkohol oder Drogen beeinträchtigt ist, kann er/sie keine Zustimmung geben. Ohne Zustimmung ist es eine Vergewaltigung.

Es kann passieren, dass wir uns nach dem Sex erniedrigt, verletzt oder vergewaltigt fühlen, auch wenn wir am Anfang unsere Zustimmung gegeben haben. Die Signale des Unwohlseins der_des anderen nicht erkennen zu können oder zu ignorieren, ist Gewalt. Wenn eine Frau während dem Sex Lust empfindet, drückt sie das aus. Die totale Passivität ist oft ein Symptom des Unwohlseins, das nicht geschafft wird, auszudrücken. Stille bedeutet nicht Zustimmung. Ohne Zustimmung ist es eine Vergewaltigung. Ohne Zustimmung eine sexuelle Handlung zu filmen ist Gewalt. Ein Video, das während einer sexuellen Handlung (und noch schlimmer einer Vergewaltigung) gedreht wurde, ohne die Zustimmung der Beteiligten zu verbreiten ist Gewalt. Und es zählt nicht, wenn wir in einer anderen Situation unsere Zustimmung zu einer intimen, sexuellen oder gefühlsbetonten Beziehung gegeben haben. Die Gewalt spielt sich allzu oft zwischen Mauern ab: häuslichen Mauern, Mauern von Beziehungen und Mauern von Zugehörigkeiten zu einer sozialen Gruppe und das macht sie nicht weniger schlimm. Genauso wie die Sittlichkeit (intime oder politische) einer Frau keinen Machtmissbrauch eines Mannes rechtfertigen kann. Wenn wir keine Zustimmung geben und eine Aussage, ein Verhalten oder eine Beziehung als herabwürdigend oder gewaltvoll ansehen, dann ist es eine Vergewaltigung. Und das sollte klar sein für jene, die sich antifaschistisch und demnach anti-sexistisch betrachten. Jede Person, die das nicht versteht und die keine Unterscheidung macht zwischen einer Frau, die genießt und einer die Gewalt erleidet, wird bekämpft als Faschist, Macho und schrecklicher, inhaltsloser Haufen Scheiße.

Die Vergewaltigung – Reduziert auf ein lachhaftes Spektakel, verwendet vom menschlichen Elend an Männern und Frauen, denen es nicht nur an der theoretischen Basis, sondern auch an einfachem Herz und Kopf zu Verstehen, mangelt – hätte unbestraft bleiben können. Eine schreckliche Last blieb der Überlebenden vorbehalten, die mit der Zeit emotional zusammenbricht und von einer Spirale der Selbstzerstörung und von einer verzweifelten Suche nach Wärme und Zuneigung erfasst wird: Eine Spirale nach unten, erzeugt von falschen Entscheidungen, giftigen Beziehungen und Scheiße, die man sich vorstellen und/oder vorhersehen kann, ohne dass man "posttraumatischer Stress nach sexualisierter Gewalt" googlen muss. Sie, alleine mitten unter uns, ausgeliefert der Willkür ihrer Dämonen // den anderen, den Vergewaltigern (und den Zuschauern des Grauens).

Aber im August 2013 explodiert eine selbstgebaute Bombe wenige Schritte vom Sitz der Casa Pound (einer faschistischen Organisation) von Parma und, wie gewohnt, treffen die Ermittlungen die antifaschistische und anarchistische Bewegung von Parma und den angrenzenden Regionen. Manche sagen, es gab undichte Stellen, andere sagen, es war Casa Pound, die Informationen weitergegeben haben oder vielleicht war es der normale Ablauf der Ermittlungen. Wenig wichtig wie es dazu kam, was zählt ist, dass die Ermittler in den Besitz des Videos – das die Vergewaltiger gefilmt und verbreitet haben – kamen und einen Namen erfuhren: Den Vor- und Nachnamen derjenigen, die von zu vielen das Bengalo Mädchen genannt wurde. Alleine mit seinen Dämonen und einer unzählbaren Anzahl an Gendarmen, die ihr über Stunden und Stunden hinweg befragten. Die sie fragen welche Beziehung sie mit der Gruppe von Männern und Frauen hatte, die sich im dem Lokal des RAF befanden und die sie fragen, ob sie diese öfter sehe, ob sie Freunde seien, ob sie Kameraden seien. Nein, sie sehe sie nicht öfter. Warum sie sie nicht öfter sehe? Hatte sie vielleicht einen Konflikt? Haben sie ihr etwas angetan? War sie schon einmal in der via Testi? Und was ist ihr passiert in der via Testi? Und dann zeigen sie ihr das Video. Und wieder Fragen. Ist das sie in dem Video? Wer war in dieser Nacht da in der via Testi? Sie beginnen Namen zu nennen. Der, war der da? Und dieser? Ist sie sich sicher, dass jener nicht da war? Manche wurden in dem Video identifiziert. Man hört Stimmen. Zu wem gehören die Stimmen? Nach endlosen Stunden kommen Namen von Personen heraus, an die sie sich am Tag der Vergewaltigung im Lokal der RAF erinnert. Und wie viele... wie viele unter uns wären wirklich fähig, trotz unserer festen Überzeugungen, stand zu halten?

DRITTER RISS

Alle die, die sich „anarchistisch" bezeichnen, müssten den Staat und seine Institutionen ablehnen und die Justiz der Gerichte nicht anerkennen, weil die Gesetzlichkeit ist nicht gleich Gerechtigkeit. Die Anarchist_innen also, sollten nicht danach suchen, erlittenes Unrecht zu bereinen indem sie an diejenigen appellieren, die das Gesetzt gemacht haben, an diejenigen die es durchsetzen und die diejenigen bestrafen, die es nicht befolgen. Das deswegen, weil Anarchie ist Selbstorganisierung und Selbstverwaltung, mit dem obersten Ziel des guten Miteinander, das den individuellen Vorteil übertreffen sollte.

Aber wenn um das Wohl einer Gruppe aufrecht zu erhalten und zu garantieren, andere Individuen zerquetscht, über das Leid anderer geschwiegen und unseren Idealen der Rücken zugedreht werden muss, können wir uns dann noch als Anarchist_innen bezeichnen? Wenn wir dieses taube und blinde Gesetz, das von oben aufgedrückt wird und jene bestraft, die ihm nicht gehorchen, ablehnen, wie können wir dann dieses Modell reproduzieren indem wir unserer Theorie Reinheit auferlegen auf Kosten der Empathie, des Menschenverstands und der Humanität? "Wer mit der Polizei spricht ist ein_e Verräter_in und darf keinen Fuß in unsere Räume setzen." Also fragen wir, wa-

rum die ersten, die die Gewalt in diesem Video, das eine solche Anzahl an Kameraden angesehen hat, ERKANNT haben, die Gendarmen und die Beamten waren.

Warum findet sich eine junge Frau, die eine solche Gewalt erlitten hat, alleine und unvorbereitet “in den Händen” der bewaffneten Staatsgewalt, ausgebildet Situationen zu ihrem Vorteil zu kreieren? Wo waren wir, diese drei Jahre, die verronnen sind zwischen der Vergewaltigung und dem Tag, an dem die Patrouillen gekommen sind um die junge Frau bei seiner Familie abzuholen? Warum wurde nicht, anstatt das Video zu verbreiten, zu erniedrigen, Plenas mit den Vergewaltigern zu abzuhalten, eine Mauer aufgebaut um die junge Frau zu schützen? Warum wurde, um die Gruppe zu retten, entschieden, jene im Stich zu lassen, die sie wirklich gebraucht hätte?

“Die zerbrechlichen Personen schwächen die Bewegung weil sie von den Bullen und Faschos manipuliert werden können.” Wir denken, dass im Gegenteil, eine Bewegung schwach ist, wenn sie nicht fähig ist, die Schwachen und Unterdrückten aufzunehmen und zu schützen. Wir denken, dass eine Bewegung sich schwächt, wenn sie sich an Theorien der Reinheit und Integrität aufhängt, ohne die Fähigkeit zu haben auch diejenigen aufzunehmen (auszubilden und zu informieren), die nicht den heiligen Texten des perfekten Revolutionärs gehorchen. Wir sind der festen Überzeugung, dass es nicht der Moment ist, einen Prozess zu machen um die politische Integrität einer Frau, die zuerst die Gewalt der Vergewaltiger und dann jene des Staates erfahren hat, weil ihre Taten nicht die Verurteilung von Vergewaltigung und sexistischer Gewalt begangen von jenen, die sich Kamaraden, Anarchisten, Antifaschisten nennen, in den Hintergrund stellen.

Falls wir einen politischen Prozess machen müssen, dann machen wir ihn auch jenen, die vergewaltigt haben und das Video verbreitet haben, jenen die sie Bengalo genannt haben und machen wir ihn vor allem uns selber. Es sind wir, die wir uns als erste auf die Anklagebank setzen müssten und uns fragen, was wir im Kopf hatten, als wir nicht Position beziehen wollten weil “sie hat eine Vergewaltigung erlitten, ABER...” Während des Verhörs, das Jahre nach der Vergewaltigung stattfand, wurde von den Gendarmen eine Aussage niedergeschrieben, die von der jungen Frau unterschrieben wurde, mit den Namen derer, an die sie sich erinnerte anwesend gewesen zu sein in jener Nacht in der via Testi. Unter den Namen war eine Person, die zu der Zeit des Sachverhalts im Ausland befindlich gemeldet war und die deswegen vom Staat freigesprochen wurde. Unter den anderen genannten und von der Staatsgewalt als über die Fakten informierte Personen vorgeladenen, wurden vier in dem Video identifizierte Männer angeklagt, die gerade einen Prozess haben (von ihnen befindet sich einer im Ausland und wurde nicht lokalisiert).

Es muss daran erinnert werden, dass wir von einer Person sprechen, die nie jemanden angezeigt und keine Intentionen hatte, das zu tun, die sich aber in einer Situation wiederfindet, in der sie als Nebenklägerin in einem Prozess wegen gemeinschaftlicher Vergewaltigung auftreten muss.

Nicht für eine politische Tat, nicht für eine Aktion der Bewegung, sondern wegen sexueller Gewalt mit zahlreichen erschwerenden Umständen, nachdem sie bewusstlos war als es passiert ist. Vier weitere Personen sind angeklagt wegen Anstiftung und Komplizenschaft. Sie haben, den Ermittlern zufolge, gelogen um die Vergewaltiger zu decken oder das Opfer bedroht, damit sie die erlittene Vergewaltigung leugnet. Seit dem Beginn des Prozesses, wurde das Opfer mit Drohnachrichten und sexistischen Beleidigungen bombardiert. Viel zu oft wurde sie gewaltvoll aus besetzten und selbstverwalteten Orten geworfen, ohne dass ihr zugehört wurde.

Auch wenn wir es als schlimm betrachten, mit der Justiz zu „kooperieren“, denken wir, das es weniger schlimm bliebt, als das, was sie erlitten hat. Um jene zu “rächen” die von der Polizei vorgeladen wurden oder um die Vergewaltiger zu schützen, wurde eine erbarmungslose Maschine in Bewegung gesetzt, genährt von absurden Gerüchten, Drohungen und sogar physischer Aggressionen gegen sie. In der Beschuldigung, sie wäre die Schande, ist die Nachricht deutlich, dass es schlimmer wäre, eine Vergewaltigung anzuzeigen als zu vergewaltigen. Obwohl die Vergewaltigung an einem politischen Ort stattfand, ist es schwierig Position zu beziehen, weil sie hat das gemacht, weil sie hat jenes gesagt und weil sie ist...

Und wir schaffen es nicht zu glauben, dass jene, die sie verurteilen weil sie mit der Polizei gesprochen hat, das wollen. Wir hoffen inständig, dass die Bewegung ausreichend reif und klarsichtig ist um die beiden Dinge zu unterscheiden und die Tatsachen zu kontextualisieren. Die Gewalt zu verurteilen ohne wenn und aber und dann an einem anderen Ort und mit einer guten Praxis* über die Gründe nachzudenken, warum das alles passiert ist.

*DIE GUTE PRAXIS:

Wie viele unter uns haben ihr geschrieben um sie nach ihrer Version zu fragen? Wie viele unter uns haben sie bedroht mit anonymen Nachrichten oder über Facebook um sie danach abzublocken und ihr keine Möglichkeit zum Sprechen zu geben? Wie viele unter uns haben die Wörter derjenigen, die den Prozess haben, verbreitet ohne die Quelle zu hinterfragen? Wie viele unter uns haben das, was sie gemacht hat als schlimmer erachtet, als die Vergewaltigung, die sie erlebt hat? Wie viele unter uns haben die Justiz der Gerichte angegriffen um danach die eigenen Anschuldigungen zu sprechen mit den eigenen Regeln und Methoden? Wie viele haben danach gefragt, das Video zu sehen, weil sonst “glauben wir das nicht”? Und ist es auf diese Art und Weise, dass wir glauben unsere Gerechtigkeit in unseren Räumen zu verwalten?

VIERTER RISS

Die Grundlage des Antisexismus sollte die Stärke sein, egal welche Form der Gewalt gegen Frauen abzulehnen. Das soll nicht heißen, von vornherein jede Frau zu verteidigen, aber jede Vergewaltigung abzulehnen, auch wenn sie von "Kameraden", Freunden oder Männern, die eins liebt, begangen wurden. Und auch wenn sie gegen eine Frau begangen wurde, die wir nicht leiden können, eine Feindin oder eine, die uns weh getan hat. Eine Feministin beleidigt nicht eine andere Frau wegen ihrer Äußerlichkeit, wegen ihren sexuellen Vorlieben oder ihren erotischen Lüsten. Eine Feministin verwendet nicht gewaltvolle und machistische Ausdrücke gegen eine andere Frau. Es gibt niemals gute Gründe. Die sexistische Gewalt (physisch oder verbal) ist für uns abzulehnen, inakzeptabel und wir werden sie mit allen unseren Kräften bekämpfen.

Wir ziehen Schlüsse.

Wenn wir, als Anarchist_innen, ein anderes gesellschaftliches Zusammenleben im Inneren von unseren libertären Räumen schaffen wollen, treten wir für unsere Idee und die Selbstbestimmung über unsere Körper ein, lehnen wir die Rolle der Institutionen in allen ihren Formen ab, bekämpfen wir den bewaffneten Arm des Staates derart, dass wir bewusst eine Verräterin jene nennen wollen, die eine_n Kamerad_in verpfiffen hat; Heute können wir uns nur fragen, was wir während dieser Jahre gemacht haben, wo wir nach Möglichkeiten suchen hätten sollen, ein Opfer zu schützen, uns unserer Rolle bewusst sein hätten sollen, bevor die Maschinerie der Justiz in Gang gesetzt wurde, bevor dem Erstaunen angesichts des emotionalen Zusammenbruchs einer Frau.

Sechs Jahre des Schweigens.

Und trotzdem wissen wir sehr genau, dass das Gesetz des Schweigens seit jeher der treue Freund der männlichen Gewalt ist. Wie können wir einen Raum als libertär definieren wo eine solch schlimme Gewalt wie eine Vergewaltigung stattfinden konnte? Wie können wir jene als Anarchisten bezeichnen, die Verhalten reproduzieren, die wir an der patriarchalen, faschistischen, gewalttätigen Gesellschaft verurteilen? Wie können wir diese Orte als libertär bezeichnen und uns als frei?

Das, was passiert ist, könnte jeder unter uns passieren. Wenn wir die abstrakte Theorie beiseite lassen, die Materialität der Codes und der Kultur des super harten Mannes die wir gerne bei den Predigern, den Soldaten und Großmäulern lassen, können wir heute nur stolz sein auf sie und ihre Stärke, weil das was sie erlebt hat, hätte viele unter uns vernichten können. Diese unglaubliche Stärke, die sie an den Tag legt, um das Recht einzufordern, unsere Räume zu frequentieren und ihr Mut vor der vorherrschenden Obszönität im Verhandlungssaal, in dem sie sich wiederfindet – vor den Augen ihrer Vergewaltiger – jeden Moment, jedes Gefühl, jede Erinnerung in Verbindung mit dieser Nacht und ihrem Intimleben der Vergangenheit und Gegenwart wieder zu erleben.

Und es ist mir ihrer eigenen Stärke, in unserem Zusammenschluss, in unserem Willen zu Kämpfen im Namen der Lust, der Ironie und der Rebellion gegen den Status quo, dass wir dieselbe Dringlichkeit beanspruchen, die es ausmacht, Punk zu sein. Es wird Zeit geben für gut geschriebene Statements und für lange, sehr lange Schriften, passend um unsere Welten zu revolutionieren – aber jetzt ist die Zeit für laute Worte, hinaus geschrien im maroden Wahnsinn der drei Akkorde, gespielt mit all unserer Kraft für die fehlerhafte Schönheit unserer Seelen in Aufruhr, weil schon immer hat Punk uns gelernt unsere Herzen und unsere Köpfe zu benützen um zu hinterfragen und jeden Versuch der Unterdrückung und Anpassung an die Norm zu bekämpfen. Und heute erheben wir uns gemeinsam, aufrecht, wie Nägel die in einer zauberhaften Nacht glänzen, gegen die Gewalt dieser Nacht in der via Testi, gegen die Schande dieses verbreiteten Videos und das Grauen vor diesem Spitznamen. Gegen das Im-Stich-Lassen und die Unfähigkeit das Unwohlsein einer Frau zu sehen. Gegen das Gesetz des Schweigens und die Mauer der Stille. Gegen das Verhalten und die Redeweise, die gegen sie verwendet wurde. Gegen jene, die Prozess gemacht, verurteilt und bestraft haben auf Basis von Gerüchten, unvollständigen und gefärbten Fakten. Gegen jene, die sie bedroht, belästigt, mit Gewalt von den besetzten Räumen ferngehalten haben... Und es ist gegen all das, als mit dem Öffnen des Mundes dieser Schrei entfloh.

Es gab sechs Anhörungen, in den beiden ersten war Claudia (Name geändert) alleine. Der Prozess lief hinter verschlossenen Türen ab und sie fand sich alleine den Vergewaltigern gegenüber.

Die Vergewaltiger haben die schlimmsten Zeilen zur Verteidigung verwendet, und wie üblich in solchen Prozessen, haben sie ihre sexuelles Verhalten und mentale Gesundheit in Frage gestellt! Das Opfer wurde einem moralisch verwerflichen Prozess unterzogen, im Inneren des Gerichts aber auch draußen. Die Feministinnen haben sich organisiert. Vom dritten Verhandlungstag an befanden sich viele Leute im Gericht um sie zu unterstützen, schlussendlich war sie nicht mehr allein.

Mehrere Tags mit den Namen der Vergewaltiger tauchten in den Straßen von Parma auf und Stellungnahmen wurden verbreitet. Eine Solidaritätsbewegung von Frauen und Lesben wurde in Parma, Bologna, Milano und Turin mobilisiert. In diesen Städten gab es Kundgebungen über Rapeculture und Sexismus.

Es gab einen Riss in der Bewegung und Einschüchterungen aber die die solidarische Seite hat sich immer weiter vergrößert. Sie kam aus den Anhörungen in einem schrecklichen Zustand, aber die Kampagnen waren mit ihr. Sie wollte den Prozess nicht, aber sie war dazu bestimmt weiterzumachen und sie hatte die Kraft es durchzuziehen.

Am 14. Juli wurden drei Vergewaltiger zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Ihre Anwälte haben alles versucht um Claudia zu zerreiben, unter anderem durch die Vor-

führung von dem Video Bild für Bild im Verhandlungssaal. Die Justiz hat an der Inszenierung dieser Folter mitgemacht. Die Verurteilung der Vergewaltiger repräsentiert die Niederlage dieser Strategie der Zerstörung. Claudia ist nicht mehr alleine und die Verbindungen zwischen den mobilisierten Frauen haben sich gestärkt.

Der Kampf ist nicht vorbei! Die Vergewaltiger haben Berufung eingelegt und Claudia wird gezwungen sein eine weitere Gewalt erneut zu erleben, jene der patriarchalen und juristischen Ungerechtigkeit.

Bleiben wir vereint und kämpfen wir gemeinsam weiter

Feministinnen aus Parma

Farbe gegen DVCK

Dokumentation, Frankfurt am Main:
„In der Nacht vom 15.11. auf den 16.11.2017 haben wir einen Sitz des christlich fundamentalistischen Vereins DVCK in Frankfurt am Main angegriffen. Mit einem Feuerloescher voller Farbe und politischen Parolen haben wir das Haus rundum verschoenert. Dies ist unsere Antwort auf die rueckschrittlichen und antiemanzipatorischen Entwicklungen der letzten Monate.

Durch widerliche Aktionen wie das Abhalten von Trauergebeten vor Beratungsstellen fuer Abtreibungen wurden wir auf diesen orthodoxen Drecksverein aufmerksam.

Diese Form von Protest ist ein Einschuechterungsversuch gegen Schwangere und alle Menschen die sich bezueglich Sexualitaet und Selbstbestimmung informieren moechten. In der patriachalen Gesellschaft, in der wir leider leben, sind Frauen* in Punkto Schwangerschaftsabbruch gezwungen Einrichtungen wie profamilia zur Beratung aufzusuchen.

Abtreibung ist Frauenrecht!

Wer sich unserer Selbstbestimmung in den Weg stellt muss immer und ueberall damit rechnen gestoert, aufgehalten und angegriffen zu werden!

Im Nachgang zu Stoeraktionen gegen die Versammlungen dieser Sekte, welche auch Verbindungen zu faschistischen kroatischen Kreisen unterhaelt, haben letze Woche Hausdurchsungen in Frankfurt stattgefunden.

Das diese Idiologien miteinander einhergehen ist keine Seltenheit. Beim Marsch der Tausend Kreuze wird unter Anderem ein Abtreibungsverbot gefordert, mit dem Ziel den sogenannten Volkstod zu verhindern. Volkstod? Schoen waers!

In Giessen laueft zur Zeit ein Verfahren gegen eine Aerztin, die auf ihrer Website Informationen zum Thema Schwangerschaftsabbruch anbietet. Auch diese Scheisze ist fundamentalistischen Spinnern und den ueberfluessigen Antiabtreibungsparagraphen zu verdanken.

In Brasilien muessen Feminist*innen gerade gegen mittelalterliche Gesetzesaenderungen ankaempfen, die Abtreibungen sogar im Falle einer Vergewaltigung verbieten wollen.

All das koennen und werden wir nicht dulden!
MY BODY MY CHOICE!

Unser Aktionen sind gerechtfertigt und dienen hoffentlich als Inspiration!

Solidaritaet mit allen Betroffenen!

Darueber hinaus moechten wir rebellische Gruesze an unsere Freund*innen senden die im Zuge der G20 Proteste inhaftiert wurden.

Die Feinde der Freiheit sind die unseren!“

*Einige autonome Feminist*innen*

Gemeinsam Kämpfen! Feministische Kampagne
für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie

Wir kämpfen für eine Gesellschaft, in der alle Geschlechter befreit sind! In Deutschland und allen Ländern, in Rojava und allen autonomen Regionen – weltweit. Darum rufen wir ab dem 25.11.2017, dem Tag gegen Gewalt an Frauen*, zur feministischen Kampagne “Gemeinsam kämpfen! Für Selbstbestimmung und Demokratische Autonomie” auf.

Basisdemokratie, Autonomie und Selbstbestimmung…

…sind für uns keine Utopien, sondern konkrete emanzipatorische Ansätze, die wir in unseren Gesellschaften gemeinsam erreichen wollen. Kapitalismus und Patriarchat zeigen sich in unserem Miteinander durch Konkurrenz, Vereinzelung und Machtstreben. Sie sind deshalb Grundlage unserer sexistischen Unterdrückung – um sie zu überwinden, müssen wir uns miteinander vernetzen, bilden, organisieren und kämpfen.

Der Rechtsruck in Europa gibt traditionellen Geschlechterrollen und Familienentwürfen Aufwind. Erkämpfte Rechte, z.B. die Möglichkeit zum Schwangerschaftsabbruch, sollen abgeschafft werden. Dies geschieht vor allem durch konservative und (neu-)rechte Kräfte in den

Parlamenten und der öffentlichen Diskussion. Andere Geschlechtsidentitäten als Mann und Frau existieren für sie nicht. Gleichzeitig wird uns erzählt, wir wären so frei wie nie. Aber Scheinfreiheiten wie z.B. weibliche* Führungskräfte sind nicht unser Ziel. Die Beteiligung an der Unterdrückung anderer ist keine Befreiung. Wir wollen eine tatsächlich freie Gesellschaft, in der wir in Demokratischer Autonomie selbstbestimmt leben können. Demokratische Autonomie bedeutet für uns, dass Menschen dort wo sie leben basisdemokratisch diskutieren und entscheiden. So kann die Schönheit der Vielfalt erblühen, die wir bis jetzt nur in wenigen Aspekten unseres Lebens finden.

Tiefe Veränderung erreichen wir nur, wenn wir Unterdrückung (bspw. Rassismus, Kapitalismus) als mit dem Patriarchat zusammenhängend verstehen und sie folgerichtig zusammen bekämpfen.

Den patriarchalen Verhältnissen etwas entgegensetzen

Die kurdische Frauenbewegung spielt eine maßgebliche Rolle in der Rojava-Revolution in Nordsyrien. Dort wird ein selbstverwaltetes Gesellschaftsmodell erschaffen. Es beruht auf Geschlechterbefreiung, Ökologie und Basisdemokratie. Die unabhängige feministische Organisierung auf allen Ebenen ermöglicht den Frauen*, ungeachtet ihrer Herkunft oder Religion, sich zu stärken, autonom zu leben und den patriarchalen Verhältnissen etwas entgegenzusetzen.

Die Bilder der Frauenverteidigungseinheiten sind in Europa präsent und schenken uns Kraft und Mut. Sie verteidigen die Revolution der Gesellschaft, der Frauen*. Und es gibt viel zu verteidigen: Als Akt der Selbstermächtigung wird in Rojava das Frauendorf „Jinwar“ errichtet. Dort werden ausschließlich Frauen und ihre Kinder in ihren eigenen Schulen, Gesundheitshäusern usw. ihr Leben gestalten. Spendengelder, die wir einnehmen, fließen direkt in dieses Projekt.

Miteinander vernetzen, bilden, organisieren und kämpfen

Wir wollen die Erfahrungen und Analysen der kurdischen Frauenbewegung mit den feministischen Kämpfen in der BRD und Europa zusammen bringen. So gehen wir Schritte auf dem Weg zur gesellschaftlichen Befreiung und erkennen, welche Projekte wir selbst wirksam umsetzen können.

Uns selbst zu ermächtigen bedeutet, uns ein gemeinsames, eigenes Wissen über die geschichtlichen und gegenwärtigen Verhältnisse zu verschaffen, uns körperlich und mental vor Angriffen zu schützen und tatsächlich selbstbestimmt in unserem Alltag zu sein.

Lasst uns gemeinsam nach Alternativen suchen und dabei voneinander lernen und füreinander da sein. In den folgenden Wochen und Monaten möchten wir mit euch gemeinsam diskutieren, uns bilden, auf die Straße gehen, kämpfen und lachen – wir freuen uns auf euch!

Frauen*LebenFreiheit – JinJiyanAzadi

Wenn ihr die Kampagne unterzeichnen, unterstützen oder selber Veranstaltungen, Aktionen etc. machen wollt, meldet euch gerne bei uns.

Email: gemeinsamkaempfen(at)riseup.net
Blog: http://gemeinsamkaempfen.blogsport.eu/

Für Spenden an Jinwar: Kurdistan Hilfe
Stichwort WJAR-Jinwar
IBAN: DE40 2005 0550 1049 2227 04
BIC: HASPDEHHXXX

Argentinien: ¡Santiago presente!

Über das gewaltsame Verschwinden von Santiago Maldonado

Im Süden ein Territorium - gewaltsam und brutal angeeignet vom argentinischen Staat.

1878-1880 in der “Wüstenkampagne” (finanziert unter anderem von europäischen Unternehmen und durchgeführt unter der Leitung von General Julio Argentino Roca) verübte der argentinische Staat einen Genozid an der indigenen Bevölkerung um den Weg freizumachen für den wirtschaftlichen “Fortschritt” und die Besiedelung des Südens durch europäische Einwanderer. Dabei wurde soweit gegangen, dass Menschen mitsamt ihrer Kultur verschleppt, als lebende Objekte ins Museum gesperrt und als ein Relikt der Vergangenheit, als Attraktion ausgestellt wurden.

Unterstützer der “Wüstenkampagne” wurden mit reichlich Land belohnt, darunter englische Unternehmer, die über 900.000 Hektar erhielten für ihren finanziellen oder logistischen Beitrag. Schon damals wurden die eigenen Grenzziehungen nicht eingehalten und weitere Landstücke wurden usurpiert. In einem dieser laut historischem Archiv Argentiniens der indigenen Gemeinschaft zürkannten Gebiet wiederholt sich heute die Geschichte.

Der Konzern Benetton (“United colours of Benetton”...) ist der grösste private Landbesitzer in Argentinien und “rechtmässiger” Besitzer des von englischen Unternehmern erworbenen 900.000 Hektar grossen Territoriums. Rechtmässig werden auch die als Terroristen diffamierten indigenen Mapuche unterdrückt, angegriffen und

bekämpft. Der Kampf der indigenen Gemeinschaften wird kriminalisiert und ihre Territorien militarisiert.

Eine Gruppe entschlossener Menschen widersetzt sich der herrschenden Logik und nimmt sich ein Stück Land zurück, das der Megakonzern Benetton für sich beansprucht. Ohne Kompromisse lassen sie sich nicht vernaschen von den süssen Angeboten des argentinischen Staates, welcher versucht sich die indigene Kultur einzuverleiben und die Geschichte vergessen zu machen.

Sie kämpfen für ein selbstbestimmtes Leben mit Werten, die der kapitalistischen Gesellschaft entgegenstehen. Ziel ist es nicht ihre Kultur, ihr Dasein, ihr Leben wie ein trockenes Samenkorn nur aufzubewahren, sondern es keimen zu lassen…

Facundo Jones Huala, Lonco (politisch/kultureller "Kopf") der Mapuche-Gemeinschaft im Pu Lof im Widerstand (Departamento Cushamen, Provinz Chubut) wurde am 28.6.2017 erneut festgenommen wegen eines Deliktes das er angeblich in Chile begangen haben soll, für das er allerdings schon abgeurteilt und freigesprochen wurde. Er befand sich für mehrere Wochen im Hungerstreik.

Bei einer solidarischen Demonstration für die Freilassung von Facundo in Bariloche griff die Polizei hart durch und mehrere Demonstrant_innen wurden verletzt.

Um auf die Situation des Lonco und die Repression in Bariloche aufmerksam zu machen wurde daraufhin am 1.8.2017 eine Strasse beim widerständischen Pu Lof mit Barrikaden versperrt. Flugblätter wurden verteilt, um die sofortige Freilassung von Facundo zu fordern, die Repression in Bariloche zu verurteilen und auf die Situation aufmerksam zu machen.

Santiago Maldonado ist bei der Aktion dabei. Entschlossen und solidarisch.

Die Strassensperre wird daraufhin von Repressionsorganen geräumt und sämtliche Zufahrtsstrassen abgeriegelt. Die Zone wird unter dem Ausschluss der Öffentlichkeit militiarisiert. Das Mapuche-Territorium der indigenen Gemeinschaft wird angegriffen. Bei dem Angriff werden Hütten, Matratzen, Decken, Kleidung, Zelte und andere Gegenstände zerstört und niedergebrannt.

Diesmal wird auch scharf geschossen. Repressionsorgane stürmen das Territorium und machen regelrecht Jagd auf Mapuche. Schüsse hallen. Die Jagd endet am Fluss, der durch das Territorium fliesst.

Santiago schafft es nicht unter Kugelhagel auf die andere Seite zu fliehen. Das letzte Mal wird er gesehen an einen Baum geklammert, von Gendarmen umgeben die auf ihn einprügeln.

Mit dabei bei der Repression auch ein Lastfahrzeug der Gendarmerie. Im Verlauf der Repression bilden Gendarmen eine Kette um zu verhindern, dass gesehen wird was in das Fahrzeug geladen wird.

Der Wagen verschwindet...
Santiago verschwindet...

Der Staat mit seinem Repressionsapparat versucht nun das Verschwinden zu vertuschen. Tagelang geschieht nichts. Erst auf Druck der Familie Santiagos und internationaler Menschenrechtsorganisationen werden involvierte Einheiten und Geräte überprüft und Gutachten erstellt. Sämtliche Einsatzfahrzeuge, Waffen und Geräte wurden vorher natürlich gründlichst gesäubert.

Sie können versuchen alles zu vertuschen und all ihre Scheisse zu verstecken, aber soviel Seife sie auch verwenden, ihre Komplizenschaft können sie sich nicht abwaschen. Sie sind alle schuld… egal ob aus Gehorsam oder Überzeugung.

Die Scheisse läuft über in dieser Institution mit ihrer perversen Ideologie, die ständig neue Risse bekommt und durch ihren vertikalen Militarismus sich selbst in ihrer eigenen Kloake versenkt!

Die Kette der Komplizenschaft ist lang und breit. Von den Gendarmen, den Einsatzleitern und Justizbeamten die an der Repression direkt beteiligt waren über die Chefs der Gendarmerieeinheiten in Esquel, Bolsón, Bariloche und allen anderen Einheiten, die Einsatzkräfte gesendet haben. Die verantwortlichen lokalen, regionalen, provinzialen und nationalen politischen Funktionäre die ein "hartes Durchgreifen" fordern – genauso wie die Menschen die diese Politik unterstützen. So tun als hättet ihr nichts gewusst befreit euch nicht von eurer Komplizenschaft! Die die wegschauen (meist nach rechts) oder angeben nichts gewusst zu haben oder die, die einfach nur so tun als ob… ihr seid alle Komplizen!

IHR ALLE SEID MIT SCHULD AM GEWALTSAMEN VERSCHWINDEN VON SANTIAGO MALDONADO!!!

Das gewaltsame Verschwinden ist keine historische Greultat aus vergangenen Diktaturen. Auch in demokratischen Verhältnissen verschwinden Menschen gewaltsam! 5000 Menschen gelten aktuell allein in Argentinien als verschwunden!

So wie Santiago Maldonado, "El Brujo" - ein solidarischer, aufständischer Mensch der sich nicht mit den



herrschenden Normen zufrieden gab. Ein Compañero. Er ist einer von vielen… den herrschenden ist es aber diesmal nicht gelungen ihre Taten zu verstecken, verschweigen oder zu leugnen, so sehr sie es auch versuchten! Ein Monat ist es

Lebend wurde er verschleppt, lebend wollen wir ihn zurück!

Kraft und Mut denjenigen, die sich queer stellen gegen Staaten, ihre Rechtssysteme, ihre Knäste und Folterkammern.

Nunca más desaparecidos forzados!
Gegen das Verschwinden!
Gegen das Vergessen!

Heute, wie letzte Nacht, gehen wir auf die Straße. "Santiago ist anwesend!"

Jetzt bist du Teil der Erde, die du so geliebt hast.

Traurig sind die Stunden, die wir erleben. Am 20. Oktober, bestätigte Sergio Maldonado, wovor wir uns so fürchteten. Der von der Gendamerie im Fluss Chubut abgelegte Körper, ist der Gefährte Maldonado.

Die Gendarmerie ist verantwortlich. Der Staat ist verantwortlich. Weil sie es waren, die ihn aus dem rebellischen Gebiet von Cushamen am 1. August mitgenommen haben.

Santiago Maldonado ist nicht länger ein Vermisster, jetzt ist er ein Ermorderter. Aber wir dürfen das Wichtigste nie vergessen. Santago Maldonado wurde getötet, weil er gekämpft hat, weil er solidarisch war, weil er sich an der Seite der Kämpfenden der MAP, der Autonomen Mapuche Bewegung von Puel Mapu der Gendarmerie entgegengestellt hat und die Freiheit von Facundo Jones Huala gefordert hat.

Santiago Maldonado wurde durch das Privateigentum umgebracht. Nicht zufrieden damit, ihn verschwinden zu lassen und ihn zu töten, versuchen ihn sogar als Persönlichkeit zu verfälschen, wie viele, die behaupten, die Erinnerung an ihn, würdigen zu wollen.

Das sollten wir, als Kämpfer*innen immer in unseren Herzen bewahren, wenn jemand an der Seite Anderer versucht die beschissene Gesellschaft zu ändern, in der die Ware wichtiger ist, als das Leben.

Unsere beste Würdigung ist es, weiter zu kämpfen, weiterhin den Staat und das Kapital herauszufordern, wie er es tat. Santiago Maldonado, der an den Barrikaden von Chiloé kämpfte, um das Meer zu verteidigen. Santiago Maldonado, der für das überwältigende südliche Land kämpfte.

Jedes Mal, wenn der starke patagonische Wind bläst, wird er dort sein.

Immer wenn die Rebell*innen der Welt versuchen, den Himmel im Sturm zu ergreifen, wird er dort sein.

Ruhe Gefährte, die See, das Land und die Wälder, für die du ein Leben gegeben hast, warten darauf, dir Zuflucht zu geben.

Quelle: Biblioteca Ghiraldo (Rosario, Argentinien)

Verbindungen zwischen Mapuche und Anarchist*innen

*Die vorliegende Übersetzung ist ein Absatz des von einigen Anarchist*innen aus Buenos Aires verfassten Artikels "Wir können sogar noch schlimmer sein- Überlegungen und Reflektionen nach einem Monat des Verschwindens von Santiago Maldonado". Der vollständige Text ist auf den spanischsprachigen Seiten von Contrainfo publiziert.*

In den letzten Jahren haben wir erlebt, dass einige Gemeinde der Mapuche von einer legalistischen Perspektive des Kampfes abgerückt sind und sich entschieden haben, die Güter von Großgrundbesitzern und Teile von staatlichem Land zu besetzen. Maschinen wurden nieder gebrannt und es gab koordinierte Angriffe an verschiedenen Orten einzelner Farmen – was mit dem zu vergleichen ist, was in Wallmapu auf der chilenischen Seite vor sich geht.

Die Medien haben es sich angemaßt zu erklären, dass alle Mapuche zur RAM gehören bzw. dass die Mapuche, die in der LOF leben, allesamt dieser Gruppe angehören und schaffen damit einen perfekten inneren Feind. Tatsächlich, ist die RAM (Resistencia Ancestral Mapuche) nichts anderes als das Kürzel, mit dem einige Mapuche ihre Aktion in der Wallmapu in Argentinien erklären.

El Lonko Facundo Jones Huala soll dieser Gruppe angehören. Momentan sitzt er im Gefängnis in Esquel, wo er 18 Tage im Hungerstreik verbringt und auf eine mutmaßliche Auslieferung nach Chile wartet. Er erkennt das Auftreten einer historischen Konfrontation nicht nur mit dem argentinischen, sondern ebenso mit dem den chilenischen Staat, zusammen mit den Unternehmen, die indigene Territorien (mit der Argument des Fortschritts) ohne Angst vor Repressalien verwüstet haben. Das ist ein Ahnenkampf, der mehr als 500 Jahre dauert. Die RAM ist nur ein kleiner Ausdruck dieses Kampfes.

Die Belästigung und Verfolgung, die nicht nur durch die Kräfte der Ordnung, sondern auch durch die Unternehmen und die Medien erfolgen, sind widerwärtig. Sie versuchen die Repression und den Vorschub des Neokolonialismus gleichermaßen zu rechtfertigen. Sie hauen Schlagzeilen raus, in denen behauptet wird, dass die Mapuche mit der FARC verbunden, dass sie schwer

bewaffnet, dass sie „Fake-Indianer*innen“ wären und anderen Blödsinn.

Für uns als Anarchist*innen ist es unmöglich nicht über die verschiedenen Arten staatlicher Belästigungen und Angriffe auf die Mapuche, sowie über die Methode des Verschwindenlassens, in Wut zu geraten. Was sich alles auch auf die Qom, die Wichi, oder die Guaraní übertragen lässt, ganz zu schweigen von den Stämmen, die im Amazonasgebiet leben und die den Vormarsch der Maschinen, der als Fortschritt verstanden wird, widerstehen.

Wir teilen vieles mit den Mapuche, die im Süden der Region kämpfen, aber es gibt auch eine Kluft, die uns von ihnen trennt. Ihre Organisationsformen, die Beziehungen und ihre Entfaltung in der Natur, sind eine Veranschaulichung ihrer eigenen Kosmovision. Vorankommen zu wollen und eine eigene Mapuche Nation herbeizuführen, ist etwas, was wir als Anarchist*innen ablehnen. Wir respektieren ihre rebellische Würde und zeigen unsere Solidarität, aber wir sind nicht einverstanden mit ihrem Kampf in seiner Gesamtheit. (…)

Quelle der Übersetzungen: de.contrainfo.espiv.net

Von J20 nach Charlottesville

Unterdrücken von Dissens von Oben und Unten

In den letzten zwei Jahren hat die Rechte dem Protest in den USA den Krieg erklärt. Sie haben diesen Kampf von oben herab mit Polizei, Gerichten und Gesetzgebung geführt und vom unteren Ende her mit Milizen, faschistischen Gruppierungen und vereinzelten Extremisten. Diese Strategien funktionieren als Zweiergespann um soziale Bewegungen einzuschüchtern. Dies ist es was den faschistischen Mord letztes Wochenende in Charlottesville mit den über 200, während Trumps Amtseinführung am 20. Januar, verhafteten Demonstrant*innen, welche alle acht???(wegen) identischer schweren Straftaten angeklagt sind, lediglich weil sie sich im selben Straßenblock aufhielten, verbindet.??? Diese Verbindung ist umso offensichtlicher nach dem 15. August, als Trump Antifaschist*innen angriff und unaufrichtig leugnete, dass die Faschist*innen, welche einstimmig Naziparolen riefen, alle „Verfechter der Weißen Rasse“ waren. Das Weiße Haus stand geschlossen an der Seite derjenigen, die extrem rechte Gewalt bewerben und organisieren.

Wie verstärken sich Angriffe des Staates und die von unabhängigen extremen Rechten gegenseitig? Warum eskaliert die Rechte ihren Feldzug Dissens zu unterdrücken? Und was können wir dieser Repression entgegensetzen?

Strafverfolgung und Gesetzgebung

Während es nichts Neues ist, dass der Staat Proteste unterdrückt, markieren die letzten zwei Jahre rechtlicher und gesetzgebender Angriffe eine erhebliche Eskalation gegen Widerstandsbewegungen. Seit der Aufstand in Ferguson die öffentliche Aufmerksamkeit auf rassistische Polizeigewalt gelenkt hatte, hat die Idee von Black communities, armen Menschen und Radikalen, die unregierbar werden, einige inspiriert und andere in Schrecken versetzt. Protestierende haben, inspiriert von Ferguson, Autobahnen blockiert, Polizeistationen besetzt, Pipelines sabotiert, Flughäfen still gelegt und Trump Demonstrationen gestört.

Die Verfechter des ökonomischen und rassistischen Status Quo haben ihren Vorteil aus dieser Situation gezogen, um die Ressentiments der weißen Arbeiterklassen und die vorstädtische Angst vor Gesetzlosigkeit zu schüren. Aus den rassistisch geprägten Befürchtungen, die durch diese Welle des Protestes aufgewühlt wurden, schlug Trumps Image als „law and order-Kandidat“ Gewinn.

Vom ersten Tag an löste die neue Verwaltung ihre Versprechen ein, hart gegen Protest durchzugreifen. Am 20. Januar wurden mehr als 200 Demonstrant*innen gegen die Amtseinführung eingekesselt und verhaftet. Anstatt eine Verwarnung zu erhalten oder eines Vergehens angeklagt zu sein, sind sie nun mit der Aussicht konfrontiert Jahrzehnte im Knast zu landen, einfach nur weil sie während einer Demonstration festgenommen wurden. Währenddessen verstopfen hunderte Verfahren von Standing Rock die Gerichte von North Dakota, in denen Wasserschützer*innen für ihr Bemühungen, zu verhindern, dass private Unternehmen von der Vergiftung der Wasservorräten der Sioux profitieren, Geld- und Gefängnisstrafen ausgesetzt sind.

Zusätzlich zu der maximierten Repression durch das derzeitige Rechtssystem, weiten Politiker*innen die Gesetzte aus, um Demonstrant*innen noch weiter zu kriminalisieren. Fast zwanzig bundestaatliche Gesetzgebungsverfahren behandeln anti-Protest-Gesetzte, die eine Reichweite von beunruhigend bis schlicht bizarr haben. Die Politiker*innen in Arizona versuchten dem Staat zu erlauben den Besitz von festgenommenen Protestierenden zu beschlagnahmen, während in North Carolina die Gesetzgeber*innen versuchten etwas zu erfinden, dass sie „ökonomischen Terrorismus“ nannten womit sie Protestierende dazu zwingen wollten die Kosten für die gegen sie eingesetzte Polizei zu bezahlen. North Dakotas Gesetzgeber*innen verabschiedeten einen ganzen Katalog an neuen Gesetzen, die ihnen von der Pipelineindustrie vorgeworfen wurden, über die Möglichkeit für die Polizei bewaffnete Drohnen gegen Demonstrationen einzusetzen bis zu der Erhöhung von Strafen für eine ganze Reihe an Aktivitäten. Diese Gesetzgebung wurde direkt gegen hunderte Wasserschützer*innen angewandt.

Diese Jahr haben schließlich die Gesetzgeber*innen in Florida, North Dakota und Tennessee versucht Gesetzt durchzubringen, die es Autofahrer*innen erlaubt Demonstrant*innen ohne rechtliche Konsequenzen zu überfahren. Dies ist ganz besonders unheimlich im Nachgang von Charlottesville.

Jedes Einzelne von diesen Gesetzen ist als direkte Reaktion auf Proteste, die effektiv den Status Quo unterbrachen, entstanden. Die Sponsoren von North Carolinas erfolglosem Anti-Protest-Gesetz haben besonders die Wildheit des Widerstands in Charlotte, der die Ermordung von Keith Lamont Jenkins durch die Polizei folgte, als Inspiration für dieses neue Gesetzt hervorgehoben. Die Ausbreitung von Autobahnblockaden während Anti-Bullen Aufständen rief eine große Reihe von Gesetzen hervor die, wie auch die zuvor genannten „hit and kill"-Entwürfe, auf das Verstopfen von Straßen abzielten. Als Reaktion auf den weitverbreiteten indigenen und ökologischen Widerstand gegen das Bauen von Pipelines, schlagen mehrere neue Gesetzesvorschläge Strafen speziell in Verbindung mit der Unterbrechung von Energieinfrastruktur vor. Diese Bemühungen von Politiker*innen, die Interessen ihrer Wirtschaftskumpel schützen wollen, und der Polizei, attestieren die?? Bedrohung, die unsere Bewegung darstellt.

Graswurzel Bürgerwehren

Jedoch ist der Staat nicht überzeugt genug, dass alleine legale Mittel genug sein werden das Ansteigen von populärem Widerstand einzudämmen. Auftritt der autonomen Faschisten, rechter Bühnenteil.

Wo polizeiliche und juristische Einschränkungen nicht ausreichten um Demonstrationen zu unterdrücken, kam die bewaffnete Rechte ins Spiel. Angefangen hat es in Staaten wie Arizona, in denen es Gesetzte zum offenem Waffentragen und auch eine weitverbreitete Waffenkultur gibt, wo rechte Demonstrant*innen schon zuvor auf ihren eigenen Demonstrationen sichtbar bewaffnet erschienen waren. Jedoch tauchten sie bis vor kurzem nicht bei den Protesten ihrer politschen Gegnern auf. 2014 erschienen Mitglieder einer rechten Miliz (Oath Keepers) Sturmgewehre tragend in den Straßen von Ferguson. Während die meisten Politiker*innen und Gesetzeshüter*innen nach außen hin diese Herausforderung an das staatliche Gewaltmonpol verurteilten, begann der Staat an einigen Orten offen mit der Basis der extremen Rechten zusammen zu arbeiten. Im Juni wurde in Multnomah County, Oregon, in der Republican Party positiv darüber abgestimmt, dass künftig Three Percenters bei Parteiveranstaltungen den „Schutz" vor Gegendemonstrant*innen stellen dürfen.

Währenddessen gibt es langsam aber sicher bei der Alt-Right Bewegung und anderen Faschos eine Eskalation von Bedrohungen im Internet bis hin zu gewalttätigen Angriffen. Das Massaker, welches Dylan Roof 2015 in einer „Black church" in Charleston, South Carolina, anrichtete, entzündete zwar nicht, wie eigentlich von ihm vorgesehen, einen „Rassenkrieg". Jedoch wurde die Wahl eines Präsidenten im darauffolgenden Jahr, der offen weiße Nationalist*innen umwarb, zu einem Impulsgeber für das Ansteigen von Gewalt durch extreme Rechte.

Mehrere Medien verzeichneten einen sofortigen Anstieg rassistischer, xenophobischer und anti-muslimischer Aktionen nach der Wahl Trumps, welche von Graffitis über Beleidigungen bis hin zu körperlichen Angriffen reichten. Fanatiker*innen erhöhten die Angriffe auf Moscheen von Minnesota bis Tennessee während ein Mann in Portland, Oregon, diesen Frühling zwei Menschen erstach, während er islamophobische Sachen rief.

Während viele dieser Angriffe als generelle Einschüchterung marginalisierter Gruppen gedacht waren, wurde



der Protest gegen Unterdrückung ein spezifisches Angriffsziel für Faschos. 2015 feuerten schwer bewaffnete Rechte in Minneapolis in eine Besetzung von Black Lives Matter und verletzten fünf Demonstrant*innen; Augenzeug*innen berichteten sie hätten „Polizeitaktiken benutzt". Während der Wahlkampagne Trumps, griffen seine Unterstützer*innen häufig Gegendemonstrant*innen gewalttätig an, wie zum Beispiel der weiße Nationalist Matthew Heimbach, der dieses Frühjahr angeklagt wurde eine Schwarze während einer Wahlkampfrede angegriffen zu haben.

Bei einer Demonstration im Januar in Seattle gegen Milo Yiannopolis schoss ein rechter Fan Milos einem antirassistischem Demonstranten in den Bauch, nachdem er zuvor im Internet damit gedroht hatte „anzufangen Schädel zu spalten". Dennoch blieben die Antifaschist*innen und Anarchist*innen, die Schurken in dem Diskurs, der von Politiker*innen, den Bullen und „Experten" der Medien verbreitet wurde, während die Attacken der Rechten weiter eskalierten.

Dies unterstreicht, dass ihr Ziel weder Frieden noch Law and Order ist, sondern ihre Macht gegen alle zu bewahren, die sie bedrohen.

Die letzte Tat in diesem anschwellen von Hass und Gewalt war der Mord an Heather Hey in Charlottesville. Ihr Tod muss von uns in den Kontext des Krieges der Rechten gegen jeglichen Protest eingeordnet werden. Die Zustände haben sich in den letzten Jahren unsausweichlich zu so einem Resultat hin entwickelt.

Wenn rechte Bürger nicht die Initiative ergriffen hätten, Demonstrant*innen zu bedrohen und zu verletzten, hätten Politiker*innen in North Dakota sicher nicht neue Gesetzte hervorgebracht, um sie zu beschützen. Die wachsenden Bewegungen der Three Percenter und der Milizen haben es sich zum Ziel gemacht, in Angesicht des weitverbreiteten Widerstands, die Stabilität von Trumps Regierung mit Gewalt zu sichern. Die Geschichten, die wir von den Straßen von Charlottesville -wie aus vielen anderen Städten- hörten, zeugen davon, dass die Bullen froh sind, den Faschos ihre blutige Arbeit auf der Straße zu überlassen.

Und falls die Faschos zu weit gehen und eine öffentliche Gegenreaktion provozieren, wie es bei dem Mord an Heather Hey geschehen ist, dann werden die Politiker*innen versuchen auch dies zu ihrem Vorteil zu nutzen. Durch das entwerfen eines Bildes von Faschismus und Antifaschismus als symmetrische Kräfte des Chaos und der Störung, wie Trump es explizit in seiner ersten Reaktion tat, präsentieren sie den Staat als die einzige Kraft, der es möglich ist die Ordnung wieder herzustellen. Und zwar mithilfe von mehr Bullen, Überwachung und Kontrolle. Egal ob sie die Gewalt der Bürgerwehren taktisch ablehnen oder verdammen, die rechten Politiker*innen ziehen selbst aus diesen Situationen Profit für sich.

Was heißt das alles?

Wir sollten nicht einem Irrtum unterliegen: Die Menschen, die wollen, dass wir weiße Vorherrschaft und Umweltzerstörung akzeptieren, und die Mörder der Polizei arbeiten zusammen, um uns von der Straße fernzuhalten. Weil sie Angst vor unserer Stärke haben, tun sie dies unter Einsatz jeder möglicher Taktik, von Masseningewahrsamnahmen über neue Gesetzte bis hin zu unverblümtem Mord.

Sie geben sich solche Mühe, weil überall auf der Welt Menschen zusammenkommen, um ihre Privilegien und Profite zu bedrohen. Unzählige Tausende von uns haben die Arterien des Kapitals verstopft, den Wert des Lebens von Schwarzen gegen die Brutalität der Bullen behauptet, sich Pipelines und Kraftwerken entgegengestellt, unsere Nachbarn vor Abschiebungen abgeschirmt, Wache gehalten vor Moscheen gegen Fanatiker, das Recht auf den eigenen Körper verteidigt und uns über die Grenzen hinweg, die sie unserem Land und unseren Herzen aufdrücken wollen, organisiert. Sie wissen ganz genau, dass ihre Tage an der Macht gezählt sind, wenn sie uns nicht zurück in die Unterwerfung terrorisieren können.

Kurz zusammengefasst: die Rechte hat dem Protest den Krieg erklärt, weil wir die Macht haben sie zu stürzen. Es wird nicht schnell gehen und es wird nicht leicht sein, aber es ist möglich und das wissen sie. Sie versuchen den Preis Widerstand zu leisten so in die Höhe zu treiben, dass wir auf Governor McAuliffe hören und uns zu verstecken, während sie fortfahren uns weiter verarmen zu lassen, Immigranten*innen und Muslime*a zu Sündenböcken machen, people of color brutal behandeln, Frauen unterwerfen, die Erde vergiften, die Grenzen militarisieren und polizeiliche Kontrolle und Überwachung ausufern lassen.

Die Handlungsoptionen sind klar: Auf die Straße gehen und zusammen kämpfen oder sich zu Hause verstecken bis sie uns eine*n nach der anderen holen kommen. Du hast die Wahl!

Quelle: Crimthinc

Rodungsarbeiten im Hambacher Forst vorläufig ausgesetzt

Am Montag, den 27. November starteten die Räumungsarbeiten im Hambacher Forst. Etwa 200 Aktivist*innen protestierten gegen die Rodungen und versuchten die Baumrodungen zu blockieren. Dabei kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. RWE-Mitarbeiter und Cops wurden mit Steinen beworfen. Bereits in der Nacht setzten laut Polizei-Meldung Unbekannte in Kerpen-Manheim an der Forsthausstraße eine Trafostation in Brand, so dass diese völlig zerstört wurde. Eine weitere Trafostation in der Nähe wies Spuren eines versuchten Aufbruchs auf. Zwei Pumpstationen wurden sabotiert.

Das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster hat die Abholzungen am Braunkohletagebau dann am Abend des 28. November vorläufig gestoppt. Das Land Nordrhein-Westfalen müsse sicherstellen, dass RWE die Rodungsarbeiten einstellt, teilte das Gericht mit.

Der Beschluss der Richter geht auf einen Antrag des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) zurück. Die Organisation hatte eine sogenannte Zwischenentscheidung beim OVG beantragt. Der Stopp gilt so lange, bis das Oberverwaltungsgericht über die Beschwerde des BUND gegen einen Beschluss vom Verwaltungsgericht entschieden hat. Das OVG argumentierte, dass in der komplexen Materie ein effektiver Rechtsschutz gewährleistet sein solle. Außerdem sollten „irreversible Zustände" vermieden werden. Der Tagebaubetreiber RWE Power teilte mit, das Unternehmen nehme den Gerichtsbeschluss überrascht zur Kenntnis. Man gehe aber davon aus, dass der BUND mit seiner Beschwerde keinen Erfolg haben werde.

Juristische Einschätzungen, dieser Stopp könne die gesamte Rodungssaison über bis Ende Februar 2018 gelten, wurden von den Hambis bislang nicht kommentiert. Wir sollten auf eine Aufhebung des Rodungsverbots vorbereitet sein!

Zum Hintergrund: Deutschland ist der größte Braunkohleproduzent der Welt; das Rheinische Revier die größte CO2-Schleuder Europas und der Tagebau Hambach die größte & tiefste Mine – ein gigantisches Loch in der Erde. Der Hambacher Forst gehört mit seiner Jahrtausende alten Geschichte zu den letzten großen Mischwäldern in Mitteleuropa. Durch die Rodungen für den Kohleabbau sind schon 90% davon vernichtet worden.

Seit 2012 gibt es im Hambacher Forst Baumbesetzungen, die den Vorstoß der Bagger aufhalten und sich so dem Klimakiller Kohleindustrie entgegenstellen. Seit über fünf Jahren wehren sich die Aktivist*innen mit den Besetzungen gegen die Waldvernichtung, Abholzung und die geplante Tagebauerweiterung, gemeinsam mit lokalen Bürgerinitativen, Umweltschutzgruppen und Klimaschutzgruppen.

Derzeit gibt es über 30 Baumhäuser im Wald, viele sind durch mehrere Bäume in der Luft durch Walkways verbunden. Sie sind Winter tauglich, die Wände sind mit Stroh isoliert und es kann mit Öfen geheizt werden. Auf einigen Baumhäusern gibt es Strom von selbst installierten Solarpanelen und Internet. Das höchste Baumhaus im Wald ist 25m hoch - je höher, desto schwerer zu räumen. Baumbesetzungen sind sehr effektiv, da es aufwändig ist, sie zu räumen. Unbesetzte Bäume werden einfach gefällt. Deswegen ist es wichtig, die Häuser 365 Tage im Jahr besetzt zu halten – mit Erfolg seit mittlerweile 5 Jahren.

Weitere Infos: https://hambacherforst.org/





